



Innenausschuss

8. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

19. Januar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:07 Uhr bis 16:22 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff, Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

8

Der Ausschuss kommt entgegen der ursprünglichen Tagesordnung überein, TOP 20 – Stichwort „Castrop-Rauxel“ – als TOP 3 aufzurufen und die TOPs 2, 8 und 14 in Verbindung miteinander zu beraten.

1 27. Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

9

Vorlage 18/18

In Verbindung mit:

Stellungnahme der Landesregierung zum 27. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Vorlage 18/485

– Gespräch mit Bettina Gayk (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen)

¹ nichtöffentlicher Teil mit der Fortsetzung von TOP 3 siehe nöAPr 18/28

- 2 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])** **18**

In Verbindung mit:

- 8 Geplante Räumung von Lützerath: Irreführende Aussagen des Innenministers Reul – gab es doch keine Koordination und Kommunikation im Vorfeld und ist die (rechts-)sichere Räumung von Lützerath nun in Gefahr? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/570

In Verbindung mit:

- 14 Sachstand zur Situation in Lützerath (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) (Präsentationsvorlage s. Anlage 4)**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/738

- 3 Anti-Terror-Einsatz in Castrop-Rauxel (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])** **43**

In Verbindung mit:

Castrop-Rauxel: FBI warnte Behörden vor islamistischem Terroranschlag (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/739

– Wortbeiträge

- 4 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Stiftungsgesetz NRW – StiftG NRW)** **46**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1921

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt nach Eingang der schriftlichen Stellungnahmen für die noch durchzuführende Anhörung erneut aufzurufen.

Innenausschuss

19.01.2023

8. Sitzung (öffentlicher Teil)

bas

5 Straftaten unter Verwendung von Schusswaffen in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])* **47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/573

– Wortbeiträge

6 Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Urteil des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts zur Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand bei Feuerwehrbeamtinnen und -beamten? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8])* **48**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/574

– Wortbeiträge

7 Polizeieinsatz in Münster zum G7-Gipfel der Außenministerinnen und Außenminister am 03. und 04.11.2022 *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 9])* **49**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/572

– Wortbeiträge

9 Innenminister Herbert Reul widerspricht Thomas Haldenwang – Geht Nordrhein-Westfalen nun endlich entschlossen gegen sogenannte Klimaaktivisten vor? *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10])* **50**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/571

– Wortbeiträge

- 10 Mann verletzt Ehefrau schwer mit Messer** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 18/44
- keine Wortbeiträge
- 11 Bergheim: Mann stirbt nach körperlicher Auseinandersetzung** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **52**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/578
- keine Wortbeiträge
- 12 Köln-Ostheim: Mann durch Schuss verletzt** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **53**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/596
Vertrauliche Vorlage 18/46
- keine Wortbeiträge
- 13 Angriffe auf Einsatzkräfte – Bilanz der Silvesternacht** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 11]*) **54**
- In Verbindung mit:
- Ausschreitungen in nordrhein-westfälischen Städten in der Silvesternacht 2022/2023** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)
- In Verbindung mit:
- Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in der Silvesternacht** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 12]*)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/748
- Wortbeiträge

- 15 Entwicklung der Einbruchszahlen in Nordrhein-Westfalen** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **62**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/719

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 16 Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen Jugendlichen bei einem Polizeieinsatz in Dortmund am 08.08.2022** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **63**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/734

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 17 Zahl der Neueinstellungen von Kommissaranwärtern und -anwärterinnen im Jahr 2022** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 13])* **64**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/721

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 18 Aktuelle Erkenntnisse über eine mutmaßliche Beteiligung eines Unternehmens aus Nordrhein-Westfalen beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **65**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/717

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 19 Festnahme eines Tatverdächtigen im Zusammenhang mit einer Anschlagdrohung auf den Düsseldorfer Weihnachtsmarkt am 05.12.2022** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **66**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/731

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 20 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen der Polizei NRW“** *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 12])* **67**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/725

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 21 Düsseldorf: Mann nach Schlägerei in der Altstadt gestorben** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])* **68**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/718

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 22 Faeser sieht Deutschland im „Zielspektrum“ von islamistischem Terror** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])* **69**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/720

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 23 Ibbenbüren: Schüler ersticht Lehrerin** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 14])* **70**

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 24 Verschiedenes** **71**

a) Debattendisziplin **71**

b) Bedarfstermin am 9. Februar 2023 **71**

Der Ausschuss kommt überein, den Bedarfstermin am 9. Februar 2023 wegen der heute nicht behandelten TOPs wahrzunehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Unter Hinweis darauf, heute möglichst alle angesetzten TOPs behandeln zu wollen, bittet **Vorsitzende Angela Erwin** die Ausschussmitglieder um Debattendisziplin.

Der Ausschuss kommt entgegen der ursprünglichen Tagesordnung überein, TOP 20 – Stichwort „Castrop-Rauxel“ – als TOP 3 aufzurufen und die TOPs 2, 8 und 14 in Verbindung miteinander zu beraten.

1 27. Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Vorlage 18/18

In Verbindung mit:

Stellungnahme der Landesregierung zum 27. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Vorlage 18/485

– Gespräch mit Bettina Gayk (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen)

Vorsitzende Angela Erwin: Frau Gayk, ich begrüße Sie und Ihren Begleiter und Stellvertreter Herrn Tieden ganz herzlich.

Bettina Gayk (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich, dass ich in diesem Ausschuss vortragen darf, auch mit Blick auf die Replik der Landesregierung. Ganz besonders danke ich Ihnen auch dafür, dass Sie diesen Punkt trotz der vielen aktuell anstehenden Themen an erster Stelle der Tagesordnung belassen haben. Der Bericht ist sehr kompakt, die Stellungnahme der Landesregierung dementsprechend auch. Zum Teil liegt es daran, dass das Thema „Informationsfreiheit“ dieses Jahr nicht mit umfasst ist.

Ich habe im Vorwort meines Berichts auf die schwierige personelle Situation der Behörde abgehoben. In diesem Zusammenhang danke ich ausdrücklich dafür, dass uns der Landtag mit dem Haushalt 2023 neue Stellen zugewiesen hat. Dies gibt uns die Möglichkeit, uns organisatorisch neu aufzustellen und die bestehenden Rückstände hoffentlich bald abzarbeiten.

Die Landesregierung hat hervorgehoben, dass sie es gut fände, wenn ich einen Schwerpunkt auf die Beratung setzen würde. Diesbezüglich wünsche ich mir persönlich mehr. Wir haben kleine Fortschritte im Bereich der Homepage gemacht, auf der wir Informationen inzwischen aktiver bereitstellen. Nach dem Ende der Coronapandemie können wir jetzt auch wieder mit Vertretern von öffentlichen wie privaten Stellen in den aktiven Erfahrungsaustausch eintreten. Das haben wir teilweise zwar schon getan, aber mehr kann man sich natürlich immer wünschen.

Die Situation im Haus ist einem ständigen Wandel unterworfen. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Datenstrategie auf EU-Ebene eine ganze Reihe von neuen Regelungen bedingt, die dann national umzusetzen sind und die möglicherweise auch wieder neue Aufgaben für uns bedeuten. Zum anderen müssen wir mit der rasanten technischen Entwicklung Schritt halten. Als Stichwort genannt sei nur die Künstliche Intelligenz mit allen ihren Möglichkeiten. Diese Herausforderungen stehen uns noch bevor.

Die Landesregierung hat sich in ihrer Stellungnahme vor allem auf die Punkte „Schulbereich“, „Coronatestzentren“ und „Sicherheitsthemen“ konzentriert. Missstände im privatwirtschaftlichen Bereich hat sie nur dort kommentiert, wo es Aufsichtszuständigkeiten und möglicherweise Parallelen zur Verwaltung geben könnte. Letztere gibt es offensichtlich nicht. In der Verwaltung sind manche Missstände, die im privatwirtschaftlichen Bereich auftreten, Gott sei Dank kein Thema – Stichwort „Überwachung von Beschäftigten“.

Ein auch im Landtag sehr wichtiges Thema ist der Schulbereich. Die Landesregierung hat darauf hingewiesen, dass bei Softwareprodukten für das Homeschooling die von der EU-Kommission in Aussicht gestellte Angemessenheitsentscheidung eine Hilfe sein könnte. Ich muss leider ein bisschen Wasser in den Wein gießen, weil es sich dabei nur um das halbe Problem handelt. Die andere Hälfte des Problems besteht darin, dass US-Unternehmen – das Hauptthema ist immer Microsoft 365 – durchaus auch personenbeziehbare bzw. personenbezogene Daten für eigene Zwecke auswerten. Das ist aus Sicht des Unternehmens nachvollziehbar, denn man will Produkte verbessern. Es wird aber dann zum Problem, wenn es um personenbezogene Daten von öffentlichen Stellen geht, denn öffentliche Stellen dürfen Daten für solche Zwecke nicht an Dritte übermitteln. Wir sind mit anderen Datenschutzbehörden in einer Arbeitsgruppe, um Hinweise dazu zu geben, was öffentliche Stellen, die solche Produkte einsetzen, tun müssen, damit sich die Situation verbessert.

Ein auch in diesem Ausschuss sehr intensiv debattiertes Thema war das Datensystem DAR von Palantir, das die Polizei einsetzt. Inzwischen gibt es eine Rechtsgrundlage; darauf hat die Landesregierung hingewiesen. Nach unserem Kenntnisstand gibt es aber schon eine Klage gegen diese Rechtsgrundlage. Kurz vor Weihnachten hat es ein erstes Verfahren bezüglich Rechtsgrundlagen in Hessen und Hamburg gegeben, wo man sich auch mit solchen Programmen befasst. Für den 16. Februar wurde ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Aussicht gestellt, das wir natürlich auswerten werden. Sie werden wissen, dass ich mir für die Anwendung des Programms einen engeren Rahmen gewünscht hätte als in der Rechtsgrundlage festgelegt. Wir werden uns natürlich genau anschauen, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagt, und beratend auf das Innenministerium zugehen.

Ein anderes Thema war die BAO „Janus“. Dabei ging es um rechtsextreme Aktivitäten in einem Bereich der Polizei und den Versuch, weitere mögliche Aktivitäten aufzudecken. Es kam zu einer massenhaften Datenübermittlung. Dazu haben die Landesregierung und ich bekanntlich unterschiedliche Rechtsansichten. Mehr als auf verfassungsrechtliche Probleme hinzuweisen, die im Klageverfahren Schwierigkeiten bereiten könnten, kann ich in diesem Fall momentan nicht tun. Von solchen Verfahren erfahren wir immer erst im Nachhinein, wir können also nicht aktiv ins Verfahren hineingehen.

Die Videoüberwachung im polizeilichen Bereich hat die Landesregierung in ihrer Stellungnahme auch thematisiert. Nach unserer Wahrnehmung ist das PP Köln absoluter Spitzenreiter, dort gibt es eine ganze Reihe von Rechtsstreitigkeiten. Eine abschließende Entscheidung liegt noch nicht vor, vielmehr gibt es in allen Verfahren bisher nur Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz.

Wir würden uns in diesem Zusammenhang mehr Zurückhaltung wünschen, da es wohl auch Zeiten gibt, in denen kaum Kriminalität stattfindet. Es gibt aber Hinweise, dass in Köln auch zu Zeiten überwacht wird, in denen wenig bis keine Kriminalität feststellbar ist. Zu anderen Tageszeiten ist eine Überwachung hingegen klar gerechtfertigt.

Gelobt wurde ich dafür, dass ich berate und bei Bußgeldern nicht sehr aktiv bin. Dies hat natürlich etwas damit zu tun, dass man nur Bußgelder verhängen kann, wenn man etwas feststellt. Wir hatten eine Anzahl von kleinen Bußgeldern, aber in dem Bericht wird auch ein Verfahren erwähnt, bei dem wir 134.000 Euro verhängt haben. Aus unserer Sicht war das aufgrund der Umstände gerechtfertigt. Sie werden aber vielleicht beobachtet haben, dass andere Datenschutzbehörden durchaus Bußgelder im Millionenbereich verhängen.

Das Problem besteht darin, dass die Datenschutz-Grundverordnung – dem Grunde nach dem Kartellrecht entliehen – Datenschutzverstöße von Beschäftigten immer dem Unternehmen zurechnet. Dazu gibt es inzwischen ein Verfahren vor dem EuGH. Unser Ordnungswidrigkeitenrecht hingegen verlangt, dass das Verschulden einer Führungsperson nachweisbar sein muss, was häufig nicht ganz einfach ist. Die Rechtsprechung in Deutschland ist da uneinheitlich.

Wir haben die kuriose Situation, dass für Bußgelder des Bundesbeauftragten das Landgericht Bonn zuständig ist. Dort ist man der Auffassung, dass das kartellrechtliche Verständnis nach der Datenschutz-Grundverordnung greifen müsse, während das für uns zuständige Gericht in Düsseldorf dazu neigt, dass wir einen Verstoß auch auf ein Verschulden der Führung der Unternehmen zurückführen müssen. Aufgrund dieser Problematik können wir teilweise nicht zu hohen Bußgeldern greifen.

Ein wichtiger Bereich, den ich gerne noch ansprechen möchte, weil er ein Erfolg für meine Behörde ist: die EU-Zusammenarbeit. Wir haben als erste Behörde in Deutschland ein mit dem Europäischen Datenschutzausschuss abgestimmtes Zertifizierungsverfahren betreut. Dieses steht als wichtiger Baustein der Datenschutz-Grundverordnung kurz vor der Genehmigung durch die deutsche Akkreditierungsstelle. Es gibt nur in Luxemburg ein weiteres Zertifizierungsverfahren, das europaweit abgestimmt ist. Wir haben ordentliche Arbeit geleistet und einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht.

Insgesamt sind wir dadurch, dass sich Mitarbeiter von uns in den Arbeitsgruppen befinden, sehr gut mit dem EDSA vernetzt. Einer Mitarbeiterin haben wir eine Hospitation ermöglicht. Das ist sehr wichtig, denn die Datenschutz-Grundverordnung fordert von uns, dass wir uns in Europa eng abstimmen und im Gleichschritt durch die Verfahren gehen.

Ein kurzes Schlaglicht auf den privaten Bereich: Im Datenschutzbericht wird die Kontrolle von Versorgungsunternehmen angesprochen, die wir fortsetzen wollen, weil wir einige schwarze Schafe entdeckt haben. Dieses Thema und das Thema „Smart Meter“, also elektronische Messverfahren im Versorgungsbereich, bewegen die Menschen teilweise sehr, wie wir an den Beschwerden merken. Es gibt die Sorge, man könne über die Verbräuche von Wasser, Strom und anderen Dingen ausgekundschaftet werden. Wir sind intensiv dabei, eine Handreichung zu entwickeln. Es handelt sich dabei um einen wichtigen Themenschwerpunkt mit Blick auf die Privatwirtschaft.

Natürlich ist auch der kreditwirtschaftliche Bereich wichtig. Wir haben innerhalb der Datenschutzkonferenz den Vorsitz des AK „Kreditwirtschaft“. Sehr wichtige Themen sind der Datentransfer zwischen Banken und Zahlungsdienstleistern sowie die Auswertung von Bankdaten für Werbezwecke. Wenn Sie auf Ihren Kontoauszug schauen, werden Sie feststellen, dass man aus Bankdaten eine Menge ablesen kann. Daraus darf man aber nicht ohne Weiteres Persönlichkeitsprofile für Werbezwecke erstellen. Wir stehen sowohl mit dem EDSA als auch mit der Kreditwirtschaft in einem engen Austausch, um ordentliche Verfahren hinzukriegen.

Mein vorletzter Punkt: Es freut mich sehr, dass mein Haus im vergangenen Jahr zusammen mit dem Landtag NRW eine Veranstaltung zum IFG durchgeführt hat. Landtagsvizepräsident Schmeltzer – ein wunderbarer Zeitzeuge – hat Ihr Haus vertreten. Wer von Ihnen dort war, hat mitbekommen, dass es eine spannende Veranstaltung war.

Mein letzter Punkt: Wir überlegen gerade, den Datenschutzbericht – nicht den nächsten, aber den übernächsten – neu zu gestalten. Wenn Sie besondere Wünsche an unser Haus haben, worauf im Bericht Wert gelegt werden sollte oder was Sie im Bericht interessieren würde, können Sie das gerne an uns adressieren. Dann können wir das in diese Überlegungen einbeziehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vorsitzende Angela Erwin: Frau Gayk, herzlichen Dank für Ihren schriftlichen Bericht und die ergänzenden Ausführungen. – Ich eröffne nun die Fragerunde.

Sebastian Watermeier (SPD): Frau Gayk, vielen Dank für den Bericht und Ihre Ausführungen. – Unter Punkt 6.4 haben Sie über die Übermittlung von mehr als 12.500 Telefonnummern durch die Polizei an mehr als 20 Sicherheitsbehörden berichtet. Sie haben es selber angesprochen: Die Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme zu Ihrem Bericht mitgeteilt, dass sie Ihre rechtliche Bewertung nicht teile, sondern die Übermittlung der Nummern für rechtmäßig halte. Können Sie uns erläutern, warum Sie die Übermittlung für rechtswidrig halten und gegen welche datenschutzrechtlichen Regelungen Ihrer Ansicht nach verstoßen wurde?

Marc Lürbke (FDP): Liebe Frau Gayk, herzlichen Dank für den Bericht und Ihnen und Ihrem Team natürlich vielen Dank für die Arbeit. – Mit zunehmender Digitalisierung aller Lebensbereiche sind die Aufgaben bei Ihnen natürlich immer mehr geworden. Sie haben gerade lobend erwähnt, dass Personal in Aussicht stehe. Wann rechnen Sie damit? Erhalten Sie da Unterstützung? Vielleicht können Sie uns schildern, wo in Ihrem Bereich neben dem Thema „Personal“ noch der Schuh drückt.

Sie sprachen gerade an, dass Sie den Bericht neugestalten wollen würden. Ich kann mir noch nicht genau vorstellen, was Sie damit meinen. Vielleicht können Sie es noch ein bisschen erläutern, dann fällt es uns vielleicht auch leichter, Ihre Anregungen mit Leben zu füllen und unsere Ideen einzubringen.

Ansonsten hätte ich Fragen zu Palantir und zur Datenschutzzertifizierung gehabt, die aber schon beantwortet sind. Deswegen habe ich nur noch eine Frage zu den Coronatestzentren. Sie haben in Ihrem Bericht ausgeführt, dass dort gerade zu Beginn Daten missbräuchlich erhoben worden seien. Sind Ihnen Fälle bekannt, bei denen Daten im Zusammenhang mit den Coronatestzentren in betrügerischer Absicht verwendet worden sind, beispielsweise zum Identitätsdiebstahl? Wurden diese Probleme dort abgestellt?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Vielen Dank für Ihren Bericht. – Datenschutz ist für alle Bürger*innen ein wichtiges allgemeines Persönlichkeitsrecht und hat Verfassungsrang. Sie sind für den Persönlichkeitsschutz der Menschen in NRW zuständig. Deshalb ist es wichtig, dass wir einmal pro Jahr im Ausschuss die Gelegenheit haben, uns zu diesem Thema auszutauschen. Also vielen Dank, dass Sie bei uns sind und unsere Nachfragen beantworten.

Einige Fragen hat Ihr zusätzlicher mündlicher Bericht schon geklärt. Mich würde Folgendes interessieren: Wie viele Verfahren sind in Bezug auf die Coronatestzentren anhängig? Gibt es konkrete Zahlen zu den Verstößen? Wie viele Beschwerden sind bei Ihnen eingegangen? Haben Sie etwas zum Schutz von Schnelltestergebnissen vor unbefugtem Zugriff unternommen?

Dr. Christos Katzidis (CDU): Sehr geehrte Frau Gayk, herzlichen Dank für den schriftlichen Bericht und für das Angebot, Wünsche äußern zu können. Dem möchte ich nachkommen und einen Wunsch äußern.

Aus dem Bericht ergibt sich für uns beispielsweise nicht, wie die Bearbeitungsdauer der Verfahren ist. Sie haben sehr viele unterschiedliche Verfahren. Dauern diese alle gleich lange? – Sie schütteln schon den Kopf. – Sind diese alle unterschiedlich aufwendig und haben unterschiedliche Verfahrensdauern? Das ist ein Punkt, zu dem wir uns den einen oder anderen Hinweis wünschen würden.

Im Übrigen gilt dies genauso für Zahlen, Daten und Fakten zur personellen Situation. Sie haben von personellen Problemen gesprochen. Wir möchten ein Gefühl dafür bekommen, wie hoch der tatsächliche Aufwand ist. Wie viel Personal ist vorhanden? Wie viele Stunden werden wofür aufgewendet? Daraus leiten sich weitere Dinge ab, die notwendig sind. Wenn man mehr Personal braucht, darf das nicht nur gefühlt so sein, sondern muss in irgendeiner Form berechenbar sein. Das würden wir uns wünschen, um dem ein oder anderen Punkt besser nachkommen zu können.

Zur Höhe der Verwarnungsgelder bzw. Bußgelder, auch mit Blick auf die Zukunft: Sie haben eben dargestellt, welche Bandbreite es dafür gibt. Können Sie dazu noch etwas mehr sagen? Sprechen wir bei den Verwarnungen von sehr geringen Beträgen? Sprechen wir von fünf-, sechs-, siebenstelligen Beträgen? Welches Ausmaß haben diese und wie verteilt sich das?

Was den Bericht angeht: Zur inhaltlichen Gestaltung haben wir nicht so viele Fragen, das ist für uns alles weitgehend schlüssig. Was die unterschiedlichen Rechtsauffassungen angeht, zum Beispiel bezüglich der 12.500 übermittelten Rufnummern, teilen

wir diejenige des Innenministeriums. Darüber haben wir im Innenausschuss hinreichend diskutiert.

Wie unterschiedlich die Rechtsauffassungen sein können, sieht man auch bei den Staatsanwaltschaften: Die eine Staatsanwaltschaft gibt Akten heraus und die andere Staatsanwaltschaft nicht. Deshalb bedarf es gegebenenfalls einer Harmonisierung, sofern diese möglich ist. In Bezug auf die 12.500 Rufnummern unter Punkt 6.4 in Ihrem Bericht habe ich eine dezidierte und tiefgehende polizeirechtliche Bewertung vermisst. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Vielen Dank für den Bericht, Frau Gayk. – Ich habe eine Frage zur sogenannten strategischen Fahndung. Ihre Vorgängerin als LDI hatte sich im Bericht von 2019 dazu geäußert, als das zum ersten Mal umgesetzt wurde. Die strategische Fahndung nach § 12a Polizeigesetz ist seitdem schon öfter angewandt worden, sodass wir mittlerweile eine größere Datenbasis und ein vollständigeres Bild haben.

Planen Sie, das Thema in nächster Zeit auf die Agenda zu nehmen und eine Stellungnahme dazu abzugeben? Als Abgeordnete aus Bonn, wo die strategische Fahndung bis vor Kurzem lief, würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Bettina Gayk (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen): Die Antwort zur ersten Frage bezüglich BAO „Janus“ packe ich an den Schluss; dazu kam ja von mehreren Seiten etwas.

Wann rechne ich mit Personal? Herr Lürbke, das steht im Haushalt, sodass wir jetzt anfangen können, einzustellen. Wir tun das im Grunde auch schon. Wir haben zudem vor, die Behörde neu zu strukturieren. Wir werden das in zwei Gruppen aufteilen, weil es sonst in der Leitungsspanne – auch auf der Ebene meines Vertreters – zu viel wäre.

Dort, wo neue Aufgaben anstehen, werden wir sofort einstellen. Wir gehen davon aus, dass es dort, wo im Zuge der Neuorganisation Aufgaben verstärkt wahrgenommen werden sollen, im Sommer so weit ist. Außerdem werden wir in einem zweiten Schritt Referats- und Gruppenleitungen besetzen. Das läuft also, die Stellen sind vorhanden.

Um das gleich vorweg zu sagen, weil es von anderer Seite nachgefragt wurde: Ich fordere keine neuen Stellen, sondern will jetzt erst einmal abwarten.

(Marc Lürbke [FDP]: So haben wir das auch nicht verstanden!)

Wir wollen zunächst schauen, ob diese Maßnahmen fruchten, und werden dann weitermachen.

Was ich mit „Bericht neugestalten“ meine, weiß ich noch nicht genau. Meine Pressestelle arbeitet gerade daran, herauszufinden, was die anderen Kollegen machen, denn die sind stärker darauf ausgerichtet, bestimmte Entwicklungen aufzuzeigen. Unser Bericht ist sehr fallbezogen. Er ist also keine so starke Darstellung dessen, was im Datenschutz läuft, dieser wird eher allgemein betrachtet. Wenn es im Ausschuss bzw. im Landtag bestimmte Wünsche gibt – Herr Katzidis hatte eben etwas angesprochen –, können wir erwägen, diese zu berücksichtigen. Natürlich dient der Bericht dazu, Landes-

regierung und Landtag ein Bild über den Datenschutz und die Informationsfreiheit zu vermitteln. Deshalb die Bitte: Melden Sie sich bei uns.

Zu den Coronatestzentren: Ich kann keine Zahlen liefern und weiß nicht, ob unsere Übersicht das hergeben würde. Möglicherweise könnten wir einen Schätzwert herausziehen, aber das müsste ich – wenn es gewollt ist – im Haus intern nachfragen.

Fälle von Identitätsdiebstahl haben wir nicht beobachtet. Betrügerische Aktivitäten hat es gegeben. In einem sehr prominenten Fall wurden Daten in der Türkei gehalten, das war datenschutzrechtlich nicht astrein. Wahrscheinlich wurden Gelder für Tests hinterzogen, die gar nicht stattgefunden haben. Es gab auch Verquickungen mit Straftaten.

Wir sind zweigleisig vorgegangen, denn gerade in der Anfangszeit war es eine Art Testfeld. Es musste ja alles sehr schnell gehen, und jeder hat irgendein Verfahren aufgesetzt. Wir haben dort, wo es Fehler gab, beraten. Wenn die Testzentren daraufhin ihr Verfahren umgestellt haben, war das in Ordnung. Wenn nichts passiert ist, haben wir zu Bußgeldern gegriffen. Diese Mittel haben wir eingesetzt, dann hat es in der Regel auch funktioniert. In unserer aktuellen Aufsichtspraxis ist das kein Thema mehr, weil Tests nicht mehr so häufig stattfinden. Die Landschaft scheint sich ein bisschen konsolidiert zu haben.

Herr Katzidis, ob der Datenschutzbericht der richtige Rahmen ist, um detailliert über unsere Stellensituation zu berichten, weiß ich nicht. Im Vorfeld etwaiger neuer Stellenforderungen würden wir dem Landtag diese Informationen natürlich liefern. Ich habe im Koalitionsvertrag gelesen, dass der Landtag die Beratungsleistung stärken wolle. Das ist ein Bereich, in dem man sicher immer mehr tun kann. Im Auge habe ich zudem den technischen Bereich, den wir aber noch nicht unterfüttert haben. Bisher haben wir nur Forderungen aufgestellt, um die Beschwerdeflut meistern zu können. Dort kann man sicherlich gut beraten, aber wir sind nur begrenzt leistungsfähig.

Die unterschiedlichen Rechtsauffassungen der Staatsanwaltschaften wurden angesprochen. Ich hoffe auf ein Gespräch mit dem Justizminister noch Anfang des Jahres. Das Justizministerium hatte dazu bei allen Justizministerien eine Umfrage gemacht. Herr Biesenbach hat seinerzeit gesagt: Das warten wir jetzt erst einmal ab, und dann reden wir weiter darüber. – Ich will den Gesprächsfaden mit dem Justizminister aufgreifen, weil ich es nicht sehr glücklich fände, wenn die Staatsanwaltschaften selbst entscheiden könnten, ob sie sich meiner Kontrolle unterwerfen oder nicht. Die Gesetze, die das festlegen, sind von der Landesregierung beraten oder mit beraten worden. Ich hoffe, dass die Landesregierung auch eine eigene Auffassung dazu hat und diese auch für die Staatsanwaltschaften verbindlich macht.

Zur BAO „Janus“: Wesentlich sind § 23 Abs. 2 Polizeigesetz und § 27 Abs. 1 Polizeigesetz. Voraussetzung dafür, dass man nach § 23 Abs. 2 Polizeigesetz tätig werden kann, ist ein Ansatz: Entweder stellt eine Person eine Gefahr dar, oder es gibt Anhaltspunkte dafür, dass sie eine Straftat begangen hat.

Die BAO befasste sich mit einigen Polizisten, die leider mit sehr rechten Ansichten auffällig geworden waren. Auf deren Handys befanden sich viele Telefonnummern. Sicherlich könnten einige dieser Kontakte eine rechtsextreme Gesinnung haben, denn Leute, die so denken, stehen natürlich im Austausch mit ebenso Denkenden. Allerdings

hatten alle viele Telefonnummern auf ihren Handys, deshalb sind natürlich auch zahlreiche Personen dabei, die keinen Anlass bieten, zu vermuten, etwas im Bereich „Rechtsextremismus“ getan zu haben. Nun wird das aber in der ganzen Polizeiwelt übermittelt und gescannt, obwohl es sich um Personen handelt, die aus sich heraus überhaupt nichts gemacht haben.

Das ist in der Welt der Datenverarbeitung – in der man alles festhalten kann, wenn man es denn nur will – ein Problem geworden. Ich versuche mal, ein Beispiel aus der Offlinewelt zu geben: Früher war es selbstverständlich, dass niemand den Briefverkehr von Menschen überwachen konnte; es sei denn, man hatte einen Anhaltspunkt dafür, dass diese Person irgendwie kriminell unterwegs war. Heutzutage ist es eine Selbstverständlichkeit, die Durchsuchung von Datenbeständen von Personen – ob nun etwas gegen sie vorliegt oder nicht – zu fordern, um überhaupt erst Anhaltspunkte zu schöpfen. Das Bundesverfassungsgericht setzt dem enge Grenzen, die nach unserer Auffassung aber nicht eingehalten worden sind.

Man hätte zunächst in den Handys schauen müssen: Was ergibt sich aus diesen Chats, und mit wem genau haben sich diese Polizisten über rechtes Gedankengut ausgetauscht? Nur das ist der Personenkreis, für den es Anhaltspunkte gibt, die weitere Maßnahmen rechtfertigen. Ich kann sehr gut verstehen, dass man das auf einfache Art angehen will, aber man muss trotzdem im Blick behalten, dass man in eine solche Maßnahme immer eine große Zahl von Menschen einbezieht, gegen die überhaupt nichts vorliegt.

In einem neuen Fall geht es um ein Portal, auf dem sich Menschen anmelden konnten, um ukrainischen Flüchtlingen Unterkünfte anzubieten. Nun gab es allerdings auch Fälle, bei denen dies nicht aus Freundlichkeit passierte, vielmehr handelte sich um Menschen, die sexuell übergriffig wurden. Es gab dann den Wunsch eines Portalbetreibers, der solche Unterkunftsangebote vermitteln wollte, dass Personen, die dort Wohnungen angemeldet haben, durch die Polizei überprüft werden. In diesem Fall sind bundesweit alle Menschen, die Wohnungen für Flüchtlinge angeboten haben – was sie in der überwiegenden Zahl aus altruistischen Gründen taten –, überprüft worden, ohne dass es Anhaltspunkte dafür gab, dass sie in irgendeiner Weise gefährlich werden könnten, dass sie Straftaten begangen oder Gefahrenlagen geschaffen hätten. Das ist verfassungsrechtlich problematisch – ich kann das nur so ausdrücken.

Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Verfahren deutlich gemacht, dass es nicht angehen könne, ohne Anhaltspunkte solch weitgreifende Maßnahmen gegen Personen zu ergreifen. Das sei nur in einem sehr engen Rahmen und mit einer expliziten Rechtsgrundlage möglich. Ich sage nicht, dass es gar nicht gehen würde, es geht aber nur bei sehr gravierenden Gefahrenlagen.

Frau Höller, Sie haben die strategische Fahndung angesprochen. Ich fange mit dem Fall in Bonn an: In der Presse wurde kolportiert, ich wolle mich dazu nicht äußern. Inzwischen haben wir die Zeitung angeschrieben, um das klarzustellen. Meine Vorgängerin hatte eine kritische Haltung zur strategischen Fahndung. Die bisherigen Prüfungen geben keinen Anlass, diese Haltung aufzugeben, deswegen teile ich diese kritische Auffassung und habe das auch der Presse gegenüber kundgetan.

Wir prüfen im Moment drei Polizeipräsidien in Bezug auf die strategische Fahndung; Bonn gehört nicht dazu. Wir haben uns auf diese drei beschränkt – zwei davon hatten wir schon einmal geprüft –, um eine Entwicklung nachvollziehen zu können. Krefeld ist als drittes Präsidium hinzugekommen. Wir werden auswerten, ob diese Prüfung unsere Ansicht verändert oder ob wir nach wie vor feststellen müssen, dass strategische Fahndung ein Mittel bleibt, welches viele einbezieht, aber wenig Ergebnisse bringt. Kurz gesagt ist das das Problem bei dieser Maßnahme.

Markus Wagner (AfD): Vor meiner Frage noch eine kleine Anmerkung: Beim Durchlesen des Berichts kann man den Eindruck gewinnen, dass Sie dem Gendersternchen durch die übertriebene Verwendung desselben eine satirisch-kritische Note verleihen wollten: 163 Sternchen in 60 Begriffen – das macht das Lesen schon schwierig, vor allen Dingen dann, wenn sie auch noch falsch platziert werden, wie beispielsweise bei „Sparkassen*kundinnen“. Manchmal werden sie auch ganz vergessen, bei „Eigentümergezustimmung“ oder „Arbeitgeber“ zum Beispiel. Diese extreme Gendersprache macht das Lesen eines solchen Berichts sehr mühsam.

(Lachen von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Auf Seite 18 Ihres Berichts schreiben Sie über die Vorabkonsultierung der LDI durch Ministerien. Dort heißt es unter anderem – ich zitiere –:

„Versäumen es die zuständigen Ministerien, diese frühzeitige Beratung zu nutzen, entsteht nicht selten großer Unmut, wenn die LDI NRW nachträglich auf nicht ausreichenden Datenschutz hinweisen muss und sich das Verfahren dadurch verzögert.“

Mich interessiert in dem Zusammenhang, zu wie vielen solcher Fälle es im Berichtszeitraum gekommen ist.

Bettina Gayk (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen): Es tut mir leid, Herr Wagner, ich kann Ihnen ad hoc keine Zahlen nennen. Das müsste ich im Haus abfragen. Diese Fälle gab es. Mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen.

(Markus Wagner [AfD]: Würden Sie das nachreichen?)

– Das kann ich machen.

(Markus Wagner [AfD]: Herzlichen Dank!)

Vorsitzende Angela Erwin: Frau Gayk, ich darf mich bei Ihnen für den Besuch und die Bereitschaft bedanken, die aufgeworfenen Fragen mit uns zu besprechen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag und freue mich auf unsere nächste Begegnung.

2 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

In Verbindung mit:

8 Geplante Räumung von Lützerath: Irreführende Aussagen des Innenministers Reul – gab es doch keine Koordination und Kommunikation im Vorfeld und ist die (rechts-)sichere Räumung von Lützerath nun in Gefahr? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/570

In Verbindung mit:

14 Sachstand zur Situation in Lützerath (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) (Präsentationsvorlage s. Anlage 4)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/738

Minister Herbert Reul (IM): Da es sich um drei Sachverhalte handelt, die zusammenhängen, finde ich es klug, dass wir sie zusammen besprechen. Ich brauche dann aber auch ein paar Minuten, um vorzutragen.

Zur Rechtslage: Dazu gibt es nicht viel Neues zu sagen, das kann man kurz machen. Die Allgemeinverfügung des Kreises Heinsberg wurde erlassen und vom Verwaltungsgericht Aachen und vom OVG Münster einstweilig bestätigt. Der Kreis hat dann ein Vollzugshilfeersuchen an das Polizeipräsidium Aachen gestellt. Das war also alles entschieden, formal auf den Weg gebracht, juristisch geklärt.

Thema „Räumung“: Ich habe schon Ende des vergangenen Jahres gesagt, dass das kein Alltagseinsatz ist, da er sich schwierig und komplex gestaltet. Sie erinnern sich, dass allein die Vorbereitungszeit für den Einsatz vom Polizeipräsidium Aachen auf rund acht Wochen taxiert wurde. Auch wenn sich das erst einmal lang anhörte, wissen wir heute, dass es genau richtig war, den Räumungseinsatz gründlich vorzubereiten. Schon die Anzahl der Einsatzkräfte spricht eine eindeutige Sprache: In der Spitze, also nicht durchgehend, waren es rund 3.700 Kräfte. Sie kamen nicht nur aus NRW, vielmehr wurden wir aus fast allen Ländern und vom Bund unterstützt. Das waren Hundertschaften, technische Einheiten, Spezialisten für den Einsatz in der Höhe, für den Einsatz von schwerem Gerät, zum Öffnen, zum Lösen, usw. Das war nötig, weil der Einsatz so vielfältig war. Es gab unter anderem besetzte Häuser, Holzhütten, Baumhäuser, Monopods, Tripods und Lock-ons, also festgeklebte oder angekettete Menschen.

Für die länderübergreifende Unterstützung möchte ich mich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich bedanken. Zusammenarbeit muss koordiniert werden, das muss gut

aufeinander abgestimmt werden. Allein die Logistik vor Ort ist eine Herausforderung. Da ist außer der Braunkohlegrube und der paar Häuser in Lützerath nur ein großes Feld, also eigentlich muss alles organisiert werden: die Unterbringung von Einsatzkräften, Zelte zum Aufwärmen, Essen, Getränke usw. usf.

Der eigentliche Räumungseinsatz: Alle Räder mussten ineinandergreifen. Am 10. Januar waren die Vorbereitungen für den Einsatz abgeschlossen. Am 11. Januar um 7 Uhr startete die eigentliche Räumung auf Grundlage eines ausgefeilten Einsatzkonzepts, das vor Ort hochprofessionell umgesetzt wurde. Das geschah trotz der widrigen Umstände, insbesondere der Angriffe seitens der Besetzer in der ersten Phase. Am ersten Tag gab es sofort Angriffe auf Einsatzkräfte. Es flogen Steine, Flaschen, Molotowcocktails; es wurde mit Pyrotechnik auf Polizistinnen und Polizisten geschossen. Am 11. Januar, also am ersten Tag, wurde ein Störer wegen eines Molotowcocktailwurfs festgenommen und sitzt – so hat das Amtsgericht Mönchengladbach entschieden – aktuell in Untersuchungshaft.

Wir haben natürlich mit Widerstand und Gewalttätigkeiten gerechnet, das ist ja auch angekündigt gewesen. Ich habe es deshalb erwähnt, weil man manchmal denkt, das sei normal und gehöre irgendwie dazu. Nein, das gehört nicht dazu, und das ist auch nicht richtig. Polizistinnen und Polizisten stehen für Recht und Gesetz ein, setzen geltendes Recht um. Menschen, die sich illegal auf dem Gelände aufhalten, werden herausgeholt. Den Polizistinnen und Polizisten macht das keinen Spaß. Wenn ich sehe, mit welcher Selbstverständlichkeit zu Gewalt aufgerufen wird, wird mir schon ein bisschen anders. Ich will Beispiele nennen. Wir haben in Lützerath unter anderem folgende Schriftzüge gesehen: „Zwischen Bullenhelm und Nasenbein passt immer noch ein Pflasterstein“; „Cops töten“. – Ich finde, dass der Spaß da endgültig aufhört. Das ist kein Aufruf zu einem friedlichen Miteinander, das ist nicht romantisch; das ist ein Rechtsbruch. Wir haben übrigens ein paar Bilder mitgebracht, das ist aber nur eine Auswahl.

(s. Anlage 4)

Pressearbeit: Weil uns klar war, dass es während der Räumung auch Falschbehauptungen geben wird – das war ja immer so –, war es uns wichtig, im Einsatz von Anfang an volle Transparenz zu gewährleisten. Das geht natürlich am besten, indem man die Presse voll einbindet. Dazu hat die Polizei in Essen ein tolles umfassendes Konzept gehabt. Es gab eine Akkreditierungsstelle außerhalb von Lützerath, von dort ging ein Shuttleservice nach Lützerath. Es gab eine Medienanlaufstelle innerhalb der Zaunanlage mit Containern zum Aufenthalt und Aufbewahrungsmöglichkeiten. Grundsätzlich bestand jederzeit – darauf lege ich Wert – Bewegungsfreiheit in Lützerath; das galt natürlich nicht für die Gefahrenbereiche. Dafür wurden wir übrigens gelobt. Ich zitiere aus dem Facebook-Beitrag eines Journalisten: Ich konnte mich überall und jederzeit frei bewegen. Ich konnte sogar mit einer Hundertschaft in den Einsatz laufen. Wenn die Polizei Journalisten dazu aufgefordert hat, einen Bereich nicht zu betreten, hatte das nichts mit Einschränkungen der Pressefreiheit zu tun – wie einige Journalisten der Polizei jetzt vorwerfen –, sondern nur damit, dass es in diesem Bereich gefährlich werden könnte und die Journalisten die Polizei behindert hätten. – Zitatende. Es gab übrigens fast 900 Akkreditierungen und über 3.400 bearbeitete Medienanfragen.

Auch das Parlament wurde selbstverständlich eng eingebunden. 41 parlamentarische Beobachter, teilweise Mitglieder des Innenausschusses, waren häufig vor Ort, manchmal auch bei Einsätzen. Ich nenne diese Zahlen, weil sie ein Beleg für die Transparenz sind, die die Polizei hier an den Tag gelegt hat.

Der Einsatz war schon am 15. Januar, nach fünf Tagen, beendet. Es hat also nicht so lange gedauert, wie alle Experten – auch ich – geschätzt hatten, Lützerath von den Besetzern zu räumen und das gesamte Gelände an RWE zu übergeben. Das war die Aufgabe der Polizei – nicht mehr und nicht weniger. Es ging also schneller als gedacht. Am Anfang hatten wir ja immer von vier Wochen geredet. Das hatte aber auch damit zu tun – das gehört zur Wahrheit dazu –, dass viele Besetzer den Bereich freiwillig geräumt haben. Unsere Appelle hatten also eine deeskalierende Wirkung. Dafür bedanke ich mich. Die Schnelligkeit bestätigt, was meine Polizeiexperten sagen: Das Einsatzkonzept für die Räumung ist voll aufgegangen.

Ich möchte auch auf die Versammlung am 14. Januar eingehen, über die ebenfalls heftig diskutiert wird. Damit das klar ist und nichts falsch verstanden wird, sage ich vorab: Es ist das gute Recht eines jeden Menschen in unserem Rechtsstaat für sein Anliegen zu demonstrieren, friedlich und im Rahmen der Absprachen zwischen Polizei und Veranstalter auf die Straße zu gehen. Um Missverständnissen vorzubeugen, sage ich auch, dass sich am Samstag sehr viele Demonstranten genau daran gehalten haben. Bedauerlicherweise hat ein großer Teil das aber nicht getan. Mehrere Tausend Versammlungsteilnehmer sind von einem gerichtlich bestimmten Aufzugsweg ausgeschert, der eigentlich sowohl vonseiten der Polizei als auch vonseiten der Veranstalter akzeptiert worden war. Sie sind dann auf die Tagebaukante, auf Lützerath zugerannt. Das war nicht nur nicht abgesprochen, das war sogar verboten; Stichwort „Allgemeinverfügung“. Das war übrigens auch saugefährlich. RWE hatte gesagt, dass man sich wegen des Dauerregens der vergangenen Tage lieber von der Kante fernhalten sollte. Aber dann musste ich sehen, dass da rund 1.000 Menschen standen; Männer und Frauen, teilweise mit Kindern. Diesen Hinweis gebe ich, damit man sich die Szenerie vorstellen kann.

Es gab ein mehrstufiges Konzept zur Absicherung der Versammlungslage. Unter uns gesagt: Wenn man sich an die Regeln hält, braucht man keins. Wir aber brauchten eins und haben das natürlich vorher erstellt. Ein paar Beamtinnen und Beamte haben die Versammlung entlang der abgesprochenen Route begleitet. Zwischen der Abbruchkante und der Versammlungsrouten sind zusätzlich noch Kräfte der Landesreiterstaffel unterwegs gewesen. Etwa auf der Hälfte der Strecke zwischen dem Platz der Abschlusskundgebung – übrigens eine eigens für den Tag bereitgestellte und hergerichtete Fläche – und Lützerath gab es eine erste relativ locker stehende Kette aus Bereitschaftspolizeibeamten, und unmittelbar vor Lützerath stand eine zweite Polizeikette. Direkt vor dem Zaun um den Weiher Lützerath waren verstärkend eine Fahrzeugkette sowie Wasserwerfer positioniert.

Nun noch ein paar Worte zu den Störerinnen und Störern, also dem Teil der Demonstranten, die sich nicht an die Regeln gehalten haben, die auf Lützerath zugerannt sind. Mir wurde von Menschen berichtet, die komplett schwarz gekleidet oder verummmt waren, Beine, Arme und sonstige Körperteile unter der Kleidung abgepolstert hatten

und Brillen gegen Reizgas getragen haben. Normalerweise geht man so nicht zu einer Demonstration. Es gab auch Leute, die Werkzeuge dabei hatten, zum Beispiel Seitenschneider. Diejenigen, die da waren, haben all das vielleicht auch gesehen. Da fragt man sich schon, was das noch mit einer Versammlung zu tun haben soll. Menschen, die ich kenne, laufen jedenfalls nicht so herum, wenn sie zu einer Demonstration gehen wollen. Das war für die allermeisten dieser Personen aber auch nicht das Ziel.

Es wurden Steine auf Polizisten geworfen, und es wurde mit Holzplatten auf Polizisten eingeschlagen. Es wurde Pyrotechnik gezündet und auf Polizisten gezielt – das konnten wir ja schon von der Silvesternacht. Darunter waren auch dicke Feuerwerkskörper mit sehr starker Explosionswirkung, die berüchtigten Polenböllern. Teilweise wurden diese Feuerwerkskörper in Schlammklumpen gepackt, um eine größere Wurfreichweite zu ermöglichen. Mir wurde berichtet, dass versucht wurde, Polizistinnen und Polizisten an ihren Einsatzmehrzweckstöcken, nach denen gegriffen wurde, aus Absperrketten herauszuziehen. Es wurde außerdem berichtet, dass Störer gezielt nach Schusswaffen gegriffen haben. Teilweise ist es gelungen, eine der Sicherungen am Holster zu lösen. Ich will mir gar nicht ausmalen, was da alles hätte passieren können.

Eine Sache will ich Ihnen auch noch mitgeben: Es wurde bewusst versucht, Pferde der Reiterstaffel scheu zu machen. Die Störer sind mit Rettungsdecken – diesen gold-silberfarbenen Decken, wie man sie aus Rettungswagen kennt – und unter Gebrüll und Getöse auf die Pferde zugerannt. Ein Pferd ist tatsächlich durchgegangen und mit der Reiterin im Sattel auf die Abbruchkante zu galoppiert. Die Polizeibeamtin hatte noch versucht, das Tier zu beruhigen, in einen ungefährlichen Bereich zu führen. Letztendlich hatte sie aber keine andere Wahl, als abzuspringen. Darauf hat das Pferd dann reagiert und gestoppt. Das wurde mir übrigens gestern – das muss ich einfügen – sehr emotional vorgetragen, als ich mit 20 Polizistinnen und Polizisten, die da im Einsatz waren, zusammengesessen habe. Ich habe nämlich gelernt, dass es immer gut ist, etwas von denjenigen zu hören, die dabei waren. Als die Frau von dem Pferd fiel, hat die große Masse der Störer, die da herumstand, gegrölt und applaudiert. Das müssen Sie selbst bewerten, aber mir macht das Sorgen. Es gab zu viele Menschen, die ein gutes Anliegen hatten, sich aber nicht von den Gewalttätern abgegrenzt haben. Unser Verfassungsschutz sagt: Hier haben Linksextremisten zivildemokratische Bündnisse zum Teil vereinnahmt und instrumentalisiert.

Es gab zu viele Redner, die auf der Versammlung aufgetreten sind und die Leute angestachelt haben. Es gab zwar auch welche, die als Redner, als Veranstalter gesagt haben: „Haltet euch an die Regeln, seid vernünftig, begeht keinen Rechtsbruch“, gleichzeitig gab es aber solche, die das Gegenteil erzählt haben. Auf der Bühne wurde zum Beispiel gesagt: Jeder kann machen, was er will. Jeder entscheidet selber, wie weit er geht. Lasst euch von der Polizei nicht aufhalten, macht alles, was ihr für richtig haltet. – Das sind Zitate, die auch durch die Medien gingen. Das geht einfach zu weit. Im Nachhinein wurde dann von manchen noch behauptet, dass das eine beeindruckende Aktion gewesen sei. Ein weiteres Zitat: Diese Gewalt ist vielleicht nicht legal, aber sehr wohl legitim. – Gemeint waren der Sturm auf die Tagebaukante und den Weiler Lützerath sowie die Angriffe auf die Polizeibeamtinnen und -beamte. Ich höre oft, dass das spontan und nicht geplant gewesen sei und dass die Polizei völlig überzogen reagiert habe. Sie können sich sicher sein, dass wir uns den Polizeieinsatz im

Rahmen der Nachbereitung genau anschauen. Das wird übrigens immer gemacht, aber hier machen wir es besonders gründlich. Wenn einzelne Polizistinnen und Polizisten Fehler gemacht haben sollten, werden sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür stehe ich ein, das haben wir bisher immer so gemacht, und das wird auch in diesen Fällen passieren.

Wenn selbst ein renommierter und oftmals äußerst kritischer Polizeiforscher dem Einsatz ein gutes Zeugnis ausstellt, kann er so schlecht nicht gelaufen sein. Ich zitiere aus der FAZ:

„Der Hamburger Polizeiforscher Rafael Behr, der dafür bekannt ist, dass er die Polizei nicht schont, ist sich nach seiner bisherigen Videoauswertung sicher: ‚Es gab keinen kollektiven oder gar angeordneten Gewaltexzess. [...] Der Einsatz fügt sich ganz in die NRW-Tradition, besonnen und sehr lange höchst kommunikativ zu agieren, und erst dann robust vorzugehen, wenn die Gegenseite rote Linien übertritt.‘“

Diesen Eindruck habe ich auch.

Gerade habe ich schon ein paar Ausführungen dazu gemacht, wie Sie sich die Lage vor Ort vorzustellen haben. Ich habe gestern bewusst den Austausch mit betroffenen Polizistinnen und Polizisten gesucht, weil das hilft. Das waren Beamtinnen und Beamte der Bereitschaftspolizei und der Reiterstaffel, also solche, die ganz vorne gestanden haben. Offen gesagt klangen die Schilderungen für mich nicht nur sehr authentisch, sondern zum Teil auch beklemmend. Wenn ein Beamter, der schon seit vielen Jahren in Hundertschaften Dienst tut und eine Vielzahl von anstrengenden und schwierigen Einsätzen hinter sich hat, sagt, dass das einer seiner härtesten Einsätze gewesen sei, will das schon etwas heißen. Auch die Berichte darüber, dass die Störer kriegsähnliche Zustände angestrebt hätten und eine – in Anführungszeichen – Schlacht vom Zaun gebrochen worden sei, stehen für sich. Der Einsatz war gerade für die jungen Beamtinnen und Beamten kein Spaziergang und bestimmt kein Alltag. Zum Teil standen sie neun Stunden lang in der Kette, ohne essen, trinken oder auf die Toilette gehen zu können.

Die Polizisten haben den Einsatz für uns alle durchgeführt; für unseren Rechtsstaat, dafür, dass Recht und Gesetz durchgesetzt werden. Das Gute ist, dass die Polizisten gezeigt haben, dass unser Rechtsstaat funktioniert. Dafür möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – egal, ob vorbereitend, nachbereitend oder im Einsatz tätig – ganz herzlich danken. Das schließt die äußerst besonnene Führungsriege des Polizeipräsidiums Aachen unter Leitung des Polizeipräsidenten Weinspach ausdrücklich ein. Es ist gut und professionell gelaufen.

Diejenigen, die Polizistinnen und Polizisten angegriffen haben, ob während der Räumung oder am Rande der Versammlung am 14. Januar, werden Probleme bekommen. Das darf und wird sich der Rechtsstaat nicht bieten lassen.

Ich komme nun zu den Behauptungen, die aufgestellt wurden. Es gibt Entwicklungen, die mir gegen den Strich gehen. Aus bestimmten Richtungen heraus werden, ohne Fakten bzw. Belege liefern zu können, Behauptungen aufgestellt, die dann munter im Internet und Fernsehen verbreitet werden. Zum Beispiel wird kolportiert, dass der

Sturm auf Lützerath eine spontane Aktion gewesen sei. Wer so gekleidet dort ankommt, handelt nicht spontan. Das betrifft natürlich nicht alle. Ich lege Wert darauf, dass wir das sauber unterscheiden. Das waren sehr unterschiedliche Gruppen. Ich rede jetzt nur über diejenigen, die gestört haben. Nach allem, was ich gehört habe, wurde bereits zu Beginn der Versammlung aufgefordert, nach Lützerath zu gehen. Die Polizeiexperten sagten mir, dass es viele Hinweise darauf gebe, dass dieser Teil der Aktion, die Störaktion, gesteuert war. Stichwort „Fünffingertaktik“ – das kennen wir aus anderen Einsatzlagen –: Auf dem Weg nach Lützerath wurde an bestimmten Stellen zeitgleich Pyrotechnik in unterschiedlichen Farben gezündet, oder es wurden Fahnen in unterschiedlichen Farben geschwenkt, und vor der Polizeikette hatten sich Personen positioniert, die durch Zeichen mit den Armen Einfluss auf die Menge nahmen. Ich habe Ihnen ja schon geschildert, wie die Störer aus der ersten Reihe aussahen und präpariert waren: gepolstert, verumumt, schwarz. Aus den hinteren Reihen heraus gingen die anderen Störer die Polizisten dann mit Wurfgeschossen an. Das kann kein Zufall sein, diese Störungen sehen für mich sehr organisiert und orchestriert aus. Natürlich gab es im Vorfeld auch entsprechende Vorbereitungscamps.

Es wird kolportiert, dass Einsatzmehrzweckstöcke gezielt gegen Köpfe von Menschen eingesetzt worden seien. Die Wasserwerfer wurden kritisiert: Es gebe lebensgefährlich Verletzte. Zu den Fakten – so wie sie heute kennen, wir sind ja noch lange nicht fertig –: Natürlich wurden Einsatzmehrzweckstöcke eingesetzt, und zwar überall da, wo es nicht anders ging. Dafür steht er den Polizistinnen und Polizisten schließlich zur Verfügung. Der Einsatz damit wird übrigens sorgfältig trainiert. Es gibt zu diesem Einsatzmittel eine Grundqualifizierung mit acht Trainingsblöcken, monatliche Wiederholungstrainings und eine jährliche Überprüfung. Dabei ist immer klar, dass Hals, Kopfbereich, Rückgrat, Nieren, Brustbein und Rippenbögen verbotene Trefferzonen sind. Wer die Überprüfung nicht besteht, bekommt keinen Einsatzmehrzweckstock. Wasserwerfer wurden in der Tat eingesetzt. Das geschah aber erst nach wiederholter Androhung über Lautsprecherdurchsagen und dann nicht mit gezielten Wasserstößen gegen Störer, sondern als Wasserregen in der Luft über den Köpfen der Menschen, vergleichbar mit einem Warnschuss – das Wort ist nicht gut gewählt, aber ich will es verdeutlichen. Es wurde jedenfalls niemand direkt getroffen. Natürlich gab es so auch eine Wirkung, aber es wurde niemand verletzt. Man nennt das Verhältnismäßigkeit.

Angeblich soll es viele schwer bzw. lebensgefährlich verletzte Menschen gegeben haben. Nachdem ich gesagt hatte: „Das stimmt nicht, das ist gelogen“, sind diejenigen, die das behauptet haben, zurückgerudert und haben gesagt: Die gibt es nicht, wir haben uns vertan. – Es soll auch ein Rettungshubschrauber im Einsatz gewesen sein. Niemand hat den gesehen. Es gab zwar Hubschrauber, aber keine Rettungshubschrauber. Das ist also auch nicht wahr. Ich muss aber auch sagen, dass die Informationen, die wir heute haben, nur vorläufig sind. Ich kann nur berichten, was bis heute ermittelt wurde. Ich wette, es werden noch eine ganze Menge Daten nachgeliefert, weil es manchmal einfach eine Zeit dauert, bis sie durchgegeben worden sind. Wir wissen von 14 Transporten in Krankenhäuser, die werden ja gemeldet. In fünf Fällen wurden nach Auskunft des Polizeipräsidiums Aachen Polizistinnen und Polizisten transportiert. Der Rest war aus der großen Gruppe der Demonstranten. Die Verletzungsmuster waren im Wesentlichen Fuß-, Bein-, Arm- und Handverletzungen sowie Platzwunden. Die

schwerste Verletzung war eine Gehirnerschütterung. Das war übrigens – so wurde mir berichtet – diejenige Person, die angeblich lebensgefährlich verletzt worden sei. Angeblich waren bei der Erstversorgung der Person durch Demosanitäter Kameras dabei. Das sieht also ein bisschen so aus, als hätte man da etwas vorbereitet. Bei der angeblich lebensgefährlich verletzten Person hat die Polizei beim Abtransport mittels Rettungswagen sogar geholfen. Das wird man auf den Bildern wahrscheinlich nicht mehr sehen. Da lag jemand, schwer verletzt, und die Kamera war schon da. Als der Arzt dann aber später festgestellt hatte, dass nur eine Gehirnerschütterung vorlag, ist die angeblich lebensgefährlich verletzte Person aufgestanden und gegangen.

Ich kann im Zusammenhang mit dem Einsatz in Lützerath, also den Vorarbeiten, der Räumung, aber auch der Versammlungslage selbst, noch keine abschließenden Zahlen nennen, da die noch alle unter Vorbehalt stehen. Das liegt auch daran, dass viele Anzeigen vermutlich noch gar nicht geschrieben sind oder sich noch auf dem Weg befinden; es kommt manchmal auch zu zeitverzögerten Erfassungen. Das wird aber alles nachgearbeitet, und ich sage Ihnen zu, dass wir Sie bezüglich der Zahlen immer auf dem Laufenden halten, da es keinen Sinn machen würde, wenn Sie jedes Mal nachfragen müssten. Es sind also vorläufige Zahlen, die sich sicherlich noch ändern werden; es ist ein erster Überblick mit Stand vom 18. Januar, 12 Uhr: Im Vorfeld zu den offiziellen Räumungsarbeiten, also bevor es richtig losging, wurden polizeilich bereits knapp 30 Straftaten erfasst. Die haben wir aber nicht öffentlich gemacht, weil wir die Situation nicht anheizen wollten. Ganz überwiegend ging es da um Widerstände, tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte, Landfriedensbrüche, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Mit Beginn der Räumungsmaßnahmen kamen nach derzeitigem Stand knapp 400 Straftaten hinzu. Polizeilich erfasst wurden dabei überwiegend Nötigungen, Widerstände, tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte, Hausfriedensbrüche, Körperverletzungsdelikte und Sachbeschädigungen. Nach jetzigem Stand wurden im Rahmen des Versammlungsgeschehens am 14. Januar, also dem Samstag, über 50 weitere Straftaten erfasst. Darunter waren überwiegend Widerstände, tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte, schwere Landfriedensbrüche und Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen.

Um das klarzustellen: Auch gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wird im Verdachtsfall ermittelt. Das kennen Sie von mir, und dabei bleibt es auch. Jedem Hinweis wird nachgegangen, egal, von welcher Seite er kommt; so funktioniert der Rechtsstaat. Wir haben bislang – das sagt aber noch nichts aus – in fünf Fällen Ermittlungen gegen eingesetzte Kräfte eingeleitet. Das betrifft übrigens nicht nur NRW-Beamte, sondern auch Unterstützungskräfte aus anderen Bundesländern. Da geht es vor allem um Körperverletzung im Amt, es steht aber auch eine sexuelle Belästigung im Raum.

Im Vorfeld, während der Räumung und im Zuge der Versammlungslage wurden mehr als 100 Beamtinnen und Beamte verletzt. Zu den meisten Verletzungen, über 80 %, kam es beim Einsatz rund um die Versammlung am vergangenen Samstag – das ist nicht sehr überraschend. Im Vorfeld und während der Räumung entstanden viele Verletzungen ohne Fremdeinwirkungen, etwa durch Umknicken im morastigen Terrain oder Ähnlichem. Am Samstag hat sich dieses Bild geändert: Hier waren über die Hälfte der Verletzungen auf Fremdeinwirkungen zurückzuführen. Einige dieser Szenen habe ich schon beschrieben, und ich muss das nicht wiederholen. Glücklicherweise haben die

allermeisten weiterarbeiten können, doch es kam in einigen Fällen auch zu schweren Verletzungen wie Knochenbrüchen und Ähnlichem. Jeder Verletzte ist einer zu viel – das gilt übrigens für beide Seiten.

Zur Verletzungslage aufseiten der Störerinnen und Störer habe ich Ihnen die uns vorliegenden überprüfbaren Zahlen genannt. Das ist garantiert nicht alles, aber das ist das, was wir haben. Ich kann hier nur diejenigen Fälle nennen, die wir kennen, die nachprüfbar sind. Weitere Erkenntnisse liegen uns nicht vor. Ich habe darum gebeten, das fortlaufend zu übermitteln, weil wir sonst nicht weiterkommen.

Mir ist klar, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Einsatz nicht vorbei ist. Das ist ein Thema, über das man weiter streiten muss. Das merkt man übrigens auch an den Aktionen, die vor dem Ministerium, vor dem Landtag, manchmal auch bei prominenten Akteuren der Klimaschutzbewegung stattfinden. Manchmal sind prominente Akteure der Klimaschutzbewegung aber auch selbst mit dabei. Wenn es dann nicht mehr um Demonstrationen, sondern um Rechtsbruch geht, irritiert mich das schon. Ich sage: Jeder – egal, ob prominent oder nicht prominent – muss sich die Frage stellen lassen, ob er sich an Recht und Gesetz hält. Meine Bitte ist, dass Menschen, die Führungsaufgaben wahrnehmen, etwa in der Politik oder in irgendwelchen gesellschaftlichen Bewegungen, dabei helfen, zu deeskalieren. Deeskalation ist keine Einbahnstraße – das ist mein Standpunkt.

Entschuldigung, dass es etwas länger gedauert hat. Das ist aber garantiert noch nicht das Ende der Berichterstattung, vielmehr war das nur der heutige Stand.

(Beifall)

Marc Lürbke (FDP): Vorweg möchte ich – ich glaube, das ist ganz wichtig – allen Einsatzkräften, allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die dort Dienst geleistet haben, meinen herzlichen Dank übermitteln. Das war einer der größten Einsätze in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich selbst war – wie viele andere hier auch – vor Ort und fand es beeindruckend, zu sehen, wie geduldig, wie besonnen, wie deeskalierend unsere Polizeibeamten dort trotz ständiger Beleidigungen und erheblicher Gefahren agiert haben. Ich danke aber nicht nur unserer NRW-Polizei, sondern auch den Polizeibeamten aus den anderen Bundesländern. Ein besonderer Dank gebührt außerdem – das will ich hier deutlich sagen – dem PP Aachen, denn das zu koordinieren, war eine große Herausforderung. Ich finde, dass das gut gelungen ist. Es war kein einfacher, sondern ein harter Job, dort tagelang in Matsch, Wind, und Kälte und unter erheblichen Gefahren Dienst zu schieben und den Rechtsstaat durchzusetzen. Ich meine, dass von diesem Ausschuss das Signal ausgehen muss, dass unsere Polizeibeamten dafür Dank und Respekt verdient haben. Das gilt insbesondere dann, wenn, wie am Samstag, ein militanter Teil unter dem Deckmantel des Klimaschutzes dem Hass und der Gewalt gegenüber dem Rechtsstaat und unseren Einsatzkräften freien Lauf lässt, ohne dabei seitens der übrigen Demonstranten großen Widerspruch zu erfahren. Das haben Sie, Herr Minister, gerade sehr eindrücklich dargelegt.

Ich habe das Gefühl, dass es einem Teil der Protestierenden genau darum ging. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Ein großer Teil war friedlich und hat sich an

alle Regeln gehalten. Aber im Innenausschuss müssen wir natürlich insbesondere über jenen Teil reden, der sich nicht daran gehalten hat. Dem ging es nicht um den Klimaschutz, das ist deutlich geworden. Man darf friedlich demonstrieren, aber man darf sich nicht die Fingerkuppen abschleifen und vollvermummt und schutzbewaffnet auf einen Acker bei Lützerath ziehen, um sich polizeilichen Anordnungen zu widersetzen und zu versuchen, Polizeiketten zu durchbrechen. Das dient nicht dem Klimaschutz.

Ich fand es gut, dass Sie hier die Bilder gezeigt haben. Das hat mich vor Ort sehr erschrocken. Sprüche wie „Zwischen Bullenhelm und Nasenbein passt immer noch ein Pflasterstein“ oder „Kill Cops“ haben mit Klimaschutz nichts zu tun. Was macht das wohl mit unseren Polizeibeamten, wenn sie da vor Ort sind? Ein Hundertschaftsführer sagte mir, dass das oftmals sehr junge Beamte bei ihrem ersten größeren Einsatz seien. Sie tun dort unter erheblichen Gefahren und bei ständigen Beleidigungen Dienst und werden dann auch noch mit Vorverurteilungen und Vorwürfen angeblicher Polizeigewalt konfrontiert. Natürlich muss alles nachgearbeitet werden, das ist eine Selbstverständlichkeit im Rechtsstaat. Ich habe es noch nie erlebt, dass Einsätze nicht nachbearbeitet worden wären. Aber was hier passiert ist, war stellenweise eine Frechheit gegenüber unserer Polizei.

Seit Monaten haben wir vor der Radikalisierung eines Teils der Klimaschutzbewegung und der weiteren Unterwanderung durch Linksextremisten gewarnt. Wir wurden dafür häufig belächelt. – Frau Kollegin Dr. Höller, ich schaue Sie an. –

(Lachen von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Wir hatten beispielsweise im November noch einen Antrag, in dem wir gewarnt hatten: Die bauen Barrikaden. Die graben Tunnel. Die sammeln Wurfgeschosse. – Aber Ihre Aussagen in unsere Richtung waren: Sie tragen zur Eskalation bei. Sie gießen Öl ins Feuer. – Das war damals schon falsch, aber jetzt zeigt sich natürlich, wie grundlegend falsch es war und dass es sich eigentlich um einen schlechten Scherz handelte.

(Lachen von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Wir haben damals gesagt: Jeder Tag zählt, weil sich die Gefahren für die Einsatzkräfte stetig erhöhen. – Es ist sehr gut, dass der Einsatz so zügig und professionell durchgeführt werden konnte, aber das Risiko war natürlich da, und es hätte zu deutlich mehr Verletzungen aufseiten der Beamten kommen können, weil sich der militante Teil im Camp vorbereitet hatte. Ich durfte dort hindurchgehen. Es gab ein Infoboard auf dem als Jour fixe stand: jeden Morgen 9 bis 11 Uhr Barrikaden bauen, Steine bzw. Wurfgeschosse sammeln. – Man hat sich akribisch vorbereitet. Da ging es nicht um Klimaschutz, da ging es gegen unsere Polizei und den Rechtsstaat.

Frau Dr. Höller, die Grünen haben hier eine besondere Rolle. Sie haben Einfluss, aber Sie haben sich nicht distanziert.

(Lachen von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

– Ja, das stimmt. Ihre Vorfeldorganisationen, auch grüne Abgeordnete, die in Berlin teilweise dafür gestimmt haben, haben vor Ort dagegen demonstriert, haben das Ganze angeheizt.

(Lachen von Dr. Julia Höller [GRÜNE] – Zuruf von den Grünen: Bullshit!)

Das finde ich unverantwortlich. Sie haben doch Einfluss auf die Leute. Sie waren vor Ort. Sie haben Einfluss auf Demoteilnehmer, auf grüne Abgeordnete. Sie stellen den PP, die zuständigen Minister im Land und im Bund. Sie stellen künftig den Cheflobbyisten von RWE. Sie haben also Einfluss, aber Sie haben ihn nicht vollumfänglich genutzt, um sich von diesem militanten Teil abzugrenzen. Das ist genau das Problem: die Abgrenzung von Linksextremismus und Verfassungsfeinden in den eigenen Reihen. – Sie schütteln mit dem Kopf. Haben Sie mal bei der Grünen Jugend angerufen und mit denen gesprochen? Haben Sie die mal gefragt, ob es richtig sei, die Situation anzuheizen und Zerrbilder über Polizeigewalt zu vermitteln?

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Wissen Sie was? Ja!)

– Das haben Sie gemacht? Dann würde ich mir wünschen, dass Sie das deutlicher machen. Sie haben gestern eine PM herausgegeben, in der mit keinem Wort unseren Einsatzkräften gedankt wird. Sie haben also wieder die Chance verpasst, sich von diesem militanten Teil zu distanzieren und sich hinter die Einsatzkräfte zu stellen. Frau Dr. Höller, ich will Ihnen und den Grünen sagen: Sie können froh sein, dass Sie da vorne einen Minister sitzen haben, der ein sehr gutes Gespür dafür hat, wann für den Koalitionspartner die Luft dünn wird. Er hat Sie mit entsprechenden Äußerungen sogar noch in Schutz genommen. Der Minister hat nämlich ein gutes Gefühl dafür. Sie als Grüne haben das ein Stück weit mitzuverantworten, weil Sie sich nicht distanzieren. Das ist das Problem. In Lützerath hat man wie unter einem Brennglas gesehen, was passiert, wenn sich das linksgrüne Lager über Jahre hinweg nicht von Verfassungsfeinden in den eigenen Reihen distanziert. Man kann nicht erst Brandstifter sein und dann als Feuerwehr auftreten wollen. Uns vorzuwerfen, wir würden Öl ins Feuer gießen, geht wie gesagt auch nicht.

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Puh! – Zuruf von den Grünen: Haben Sie es jetzt?)

– Nein, noch nicht.

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Luft holen!)

Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie deutlich und sichtbar widersprechen. Das können Sie hier gleich machen, darauf freuen wir uns alle. Wie gesagt: Sie haben Glück, dass der Minister es so macht.

(Lachen von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Ich komme zu einigen Fragen: Wurde bei allen Störern, die in Lützerath bei der Räumung oder am Samstag Rechtsbrüche begangen haben, etwa Widerstandshandlungen oder Hausfriedensbruch, versucht, die Identität festzustellen? Bei wie vielen Personen wurde am Samstag die Identität festgestellt? Können Sie sagen, ob man da nur Fotos gemacht hat? Können Sie sagen, wie viele Personen die Fingerkuppen verklebt hatten bzw. versucht haben, sich absichtlich einer Identitätsfeststellung zu entziehen? Ist in diesem Zusammenhang von den Möglichkeiten des verlängerten Gewahrsams nach Polizeigesetz Gebrauch gemacht worden? Hat man das versucht bzw. ist das angeordnet worden? Sollten Identitäten festgestellt worden seien: Waren das am Samstag womöglich dieselben Leute, die man vorher aus dem Camp getragen hatte?

Sind sie dann wieder vor Ort gewesen und haben versucht, Polizeibeamte anzugreifen? Weiß man, woher sie kommen? Das ist ja wohl kein bürgerlicher Protest aus Lützerath. Ich habe von Reisebussen aus Berlin gelesen. Gab es auch ausländische Linksextremisten, die sich dort gezielt und steuernd unter die Klimaschutzbewegung gemischt haben? Ist es nicht ein falsches Signal, wenn man Straftätern einen Abzug ohne Feststellung der Personalien garantiert bzw. ermöglicht? Hat das nicht schon etwas von Strafvereitelung? Wird sich das für die NRW-Polizei bei weiteren Einsätzen möglicherweise rächen? Sie haben gerade von fast 900 Akkreditierungen gesprochen. Das ist ein Wort und spricht für eine sehr gut aufgestellte Medienlandschaft in Nordrhein-Westfalen. Ich frage mich allerdings, wer alles dabei war.

(Minister Herbert Reul [IM]: Weltweit!)

Haben Sie Hinweise darauf, dass Journalisten von militanten Protestierenden angegriffen worden sind? Es gab ja Hinweise, dass beispielsweise die Antifa Journalisten angegriffen hat. Können Sie uns dazu etwas sagen?

Christina Kampmann (SPD): Auch aus Tokio waren Journalisten angereist, Herr Lürbke.

(Marc Lürbke [FDP]: Genau!)

Ich dachte, dass ich aus Bielefeld eine vergleichsweise weite Anfahrt gehabt hätte – das war aber nicht der Fall.

(Heiterkeit)

Wir haben die Aktuelle Viertelstunde beantragt, weil wir finden, dass die Vorfälle rund um Lützerath politisch aufgeklärt werden müssen. Es muss sachlich aufgeklärt werden, eine undifferenzierte Kriminalisierung bringt uns hier nicht weiter.

Wie andere auch war ich am ersten Tag als parlamentarische Beobachterin vor Ort. Vielen Dank dafür, dass dort so viel erklärt wurde und es wirklich der transparente Polizeieinsatz war, der angekündigt wurde. Ich konnte mich, wie wohl wir alle, über die Medien davon überzeugen, dass es ein hochprofessioneller und deeskalierender Einsatz war. Man hatte insgesamt den Eindruck, dass der Erfolg dieses Einsatzes weniger der Nulltoleranzstrategie des Innenministers als vielmehr der guten Strategie eines sehr besonnen Polizeipräsidenten geschuldet war, der aus dem Hambacher Forst gelernt zu haben schien.

(Lachen von Markus Wagner [AfD])

Unser ausdrücklicher Dank, da schließen wir uns der FDP an, gilt den Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort unterschiedliche und schwierigste Anforderungen zu bewältigen hatten. Die haben da einen richtig guten Job gemacht, und ich finde, das kann heute nicht oft genug erwähnt werden – ganz herzlichen Dank von der SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen.

Herr Minister, Sie haben gesagt, es sei zu gewalttätigen Szenen gekommen. Wir möchten hier deutlich sagen, dass wir jegliche Form von Gewalt verurteilen. Wir haben die Aktuelle Viertelstunde auch beantragt, weil die vergangenen Tage gezeigt haben,

dass der Protest mit der Räumung von Lützerath noch nicht abgeschlossen ist. Man sieht, dass Aktivist*innen den Protest weiter in die Region tragen und mit weiteren Aktionen immer wieder Polizeikräfte binden. Nach allem, was man hört, sind auch diese Aktionen schon länger geplant, weshalb uns auch hier die Strategie der Landesregierung interessiert. Dazu, wie damit umgegangen werden soll, haben Sie eben noch nichts gesagt, Herr Reul. Nimmt man das einfach so hin, oder gibt es Kommunikationsangebote? In der Presse war zu lesen, dass viele Anwohnerinnen und Anwohner in der Region sehr besorgt sind und sich große Sorgen machen. Ich glaube, dass es eine proaktive Strategie braucht, um darauf zu reagieren.

Sie haben die Kommunikation des grünen Regierungspartners gelobt. Uns hat es ehrlich gesagt irritiert, dass grüne Spitzenpolitiker*innen Videos aus Lützerath gepostet haben, in denen so getan wurde, als hätte man mit der Entscheidung, Lützerath räumen zu lassen, überhaupt nichts zu tun und als läge diese Verantwortung allein bei der CDU, der SPD und möglicherweise auch der FDP. Ich fand das an vielen Stellen schwer erträglich, denn natürlich haben auch frühere Regierungen ihren Teil dazu beigetragen. Im Gegensatz zu den Grünen stehen die übrigen Beteiligten aber dazu und tun nicht so, als könnte man die Räumung und die Klimafrage vollkommen isoliert voneinander betrachten. Sich so zu verhalten, ist aus unserer Sicht verantwortungslos und wird der guten Arbeit sicher nicht gerecht, die die Polizistinnen und Polizisten leisten, um die politischen Entscheidungen umzusetzen, die auch die Grünen getroffen haben.

Herr Reul, Sie haben schon viel zur Anzahl der verletzten Polizistinnen und Polizisten und Aktivistinnen und Aktivisten gesagt und ein paar Bilder gezeigt. Es gab auch zahlreiche Bilder in den Medien. Ich finde es richtig, dass wir die hier im Ausschuss einordnen.

Sie haben Vorwürfe gegenüber der Polizei im Zusammenhang mit der Presse und zwei grenzwertige Situationen erwähnt. Es soll sich dabei nach Ihren Aussagen um Filmaufnahmen handeln, die nicht gut ausgesehen hätten. Vielleicht können Sie gleich sagen, um was für Vorgänge es sich dabei konkret gehandelt hat, wie der Ermittlungsstand ist und ob es weitere solcher grenzwertigen Situationen gab.

Es gab außerdem eine Mitteilung, dass es zu unverhältnismäßigen Einschränkungen der Pressearbeit gekommen sei. Mir bot sich in Lützerath ehrlich gesagt ein anderes Bild. Journalistinnen und Journalisten konnten sich – Sie haben es gesagt – sehr frei bewegen und dementsprechend berichten. Wegen der Pressemitteilung der dju möchte ich hier aber fragen, ob Sie Kenntnis über Einschränkungen erlangt haben und wie damit umgegangen wird.

Sie haben gerade die gefährliche Situation an der Abbruchkante des Tagebaus geschildert. Uns interessiert, wie es dazu kommen konnte. Wurde die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer falsch eingeschätzt? Wie konnten sich so viele nähern? Wir haben gelesen, dass auch Kinder an der Abbruchkante gewesen seien. Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie viele Kinder sich in dieser gefährlichen Situation befunden haben bzw. von den Eltern dieser ausgesetzt wurden?

Laut Berichten in den Medien haben sich unter die Demonstranten – darüber haben wir gerade schon gesprochen – auch Gruppen von gewalttätigen Autonomen gemischt.

Wie ist hier der aktuelle Kenntnisstand? Wissen Sie, wie viele das waren, von wo aus dem Ausland sie angereist waren, und welche konkreten Straftaten von ihnen ausgingen?

Markus Wagner (AfD): Zunächst einmal muss man natürlich der Polizei für ihre hervorragende Arbeit danken. Was da geleistet worden ist, innerhalb so kurzer Zeit diesen Ort zu räumen, war ausgezeichnete Arbeit. Sicherlich hat auch der Innenminister etwas damit zu tun, auch wenn Sie das nicht so sehen. Ich aber bin gerne bereit, auch einmal zu loben.

Herr Lürbke, Sie haben vorhin zu Recht gesagt, dass sich die Grünen nicht distanziert hätten. Wenn es nur das wäre, würde ich sagen: Das kennt man schon. – Sie haben sich aber nicht nur nicht distanziert, sie haben sich gemeingemacht mit linksextremen Gewalttätern. Bundestagsabgeordnete, Funktionsträger der Partei waren in dem Bewusstsein in Lützerath, dass dort gewalttätige Ausschreitungen vorbereitet werden. Sie haben sich in eine linksextremistisch dominierte Mischszene begeben.

Ohnehin würde mich interessieren, wie der Verfassungsschutz das sieht: Hat es sich dabei Ihrer Meinung nach um eine Mischszene gehandelt, und war diese linksextremistisch dominiert? Ein Großteil derjenigen, die in Lützerath waren, haben sich schließlich auf Gewalttaten vorbereitet. Ich erinnere mich an ein Bild, auf dem zu sehen war, dass angespitzte Baumstämme aufgestellt worden waren, die dazu dienen sollten, Polizeipferde aufzuspießen. Molotowcocktails usw. kennt man ja schon.

Ich finde es gut, dass die SPD diesen Polizeieinsatz lobt, aber dann hätte sie nicht dazu beitragen sollen, ihn zu erschweren. Das SPD-Bündnis „Klima.Gerecht“ hat dazu aufgerufen, in Lützerath klare Kante zu zeigen, und das zu einem Zeitpunkt, als schon klar war, was dort vor sich geht. Es war schon klar, dass gewalttätige Linksextremisten, freundlich begleitet von grünen Politikern, die Polizei angreifen, weshalb ich mir die Frage stelle, ob das Lob an die Polizei für den guten Einsatz nicht auch ein gewisses Maß an Heuchelei beinhaltet.

Besonders in Erinnerung geblieben sind die Bilder von Menschen, die ihre Kinder mit nach Lützerath genommen haben. Ich muss schon sagen: Das ist ein starkes Stück. Das war zu einem Zeitpunkt, als bereits die Räumung lief und Gewalt ausgeübt wurde. Wenn das keine Kindeswohlgefährdung ist, dann weiß ich es auch nicht. Ich stelle mir die Frage, ob das für die betreffenden Erziehungsberechtigten Konsequenzen nach sich zieht.

Greta Thunberg war in Lützerath. Wir waren mit einigen Abgeordneten als parlamentarische Beobachter dort. Uns hat man gesagt, dass ein Abgeordneter zwei Mitarbeiter als parlamentarische Beobachter mit nach Lützerath bringen könne. Greta Thunberg war auf Betreiben der grünen Bundestagsabgeordneten Kathrin Henneberger in Lützerath und wurde dort als parlamentarische Beobachterin mitgenommen. Mir stellt sich die Frage, ob Greta Thunberg mittlerweile Mitarbeiterin im Bundestagsbüro von Kathrin Henneberger ist oder wie so etwas sonst zustande kommt.

Auch Luisa Neubauer hat sich auf dem Gelände aufgehalten, und zwar zu einem Zeitpunkt, als es bereits gesperrt war. Luisa Neubauer ist, wie wir alle wissen, Mitglied der Grünen. Ich frage mich, wie sie zu einem Zeitpunkt auf das Gelände gelangen konnte,

als es bereits gesperrt war. Wurde sie möglicherweise durch andere Personen eingeschleust? Wurde Strafanzeige gegen Frau Neubauer erstattet?

Außerdem frage ich mich, welche linksextremistischen Organisationen vor Ort waren; von der „Interventionistischen Linken“ ist es mir bekannt. Welche Organisationen waren in dieser – aus meiner Sicht – linksextremistisch dominierten Mischszene noch vertreten?

Der Innenminister hatte angedeutet, dass bei der am Samstag stattgefundenen Demonstration offiziell dazu aufgerufen worden sei, nach Lützerath zu marschieren, also Rechtsbruch zu begehen. Sprengt es nicht den Rahmen einer friedlichen Demonstration, wenn mit einem Mikrofon von der Bühne herab zum Sturm auf Lützerath aufgerufen wird? Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Ich möchte mich zunächst bei allen bedanken, die in den vergangenen Wochen zur Deeskalation rund um die Räumung in Lützerath beigetragen haben. Das gilt für alle Beteiligten, sowohl bei der Einsatzplanung im Vorfeld als auch bei der Räumung vor Ort. Ganz explizit möchte ich mich bei den Polizistinnen und Polizisten bedanken, die bei Wind und Regen, in der Kälte Tag und Nacht in Lützerath waren und durch ihr Tun vor Ort sowie ihre Geduld und Umsicht zur Strategie der Deeskalation beigetragen haben. Für sie war der Einsatz unter diesen Bedingungen und unter der besonderen Beobachtung sehr schwierig.

Ich wünsche mir eine besonnene Debatte, die differenziert und nicht pauschalisiert und vor allem keine voreiligen Schlüsse zieht. Angesichts der heutigen ersten Debattenbeiträge halte ich diesen Wunsch aber für unrealistisch.

Es ist wichtig, dass wir zwischen zwei Dingen differenzieren: dem Polizeieinsatz während der Räumung über mehrere Tage hinweg und dem Polizeieinsatz bei der Demonstration gegen den Braunkohleabbau im Rheinischen Revier am Samstag. Wir haben alle die sozialen Medien verfolgt, wir haben heute die Beiträge hier gehört, und wir merken, dass von vielen Seiten versucht wird, hinsichtlich dieser Einsätze ein Narrativ zu schaffen und so die Deutungshoheit zu bekommen. Wir als Grünenfraktion möchten uns daran nicht beteiligen, sondern diese beiden Einsätze sachlich und mit der gebotenen Ruhe parlamentarisch aufarbeiten.

Zum Räumungseinsatz: Er war unserer Beobachtung nach durch Deeskalation sowie die Einsatzmittel „Transparenz“ und „Kommunikation“ geprägt. So sieht es die NRW-Line vor, und diese Strategie hat sich bewährt. Sie kann aber auch nur funktionieren – und das muss allen Beteiligten klar sein –, wenn es auf beiden Seiten die Bereitschaft dazu gibt. Ich danke beiden Seiten für die Bereitschaft zur Kommunikation und Deeskalation. Auch die Protestierenden – und das fehlt mir in dieser Debatte ein wenig – haben sich nämlich während der Räumung bis auf wenige Ausnahmen kommunikativ und kooperativ verhalten und damit dazu beigetragen, dass dieser Einsatz insgesamt so ruhig verlaufen ist.

Sicherlich gab es einige Situationen, die während der Räumung hätten klüger gelöst werden können – wir haben da einige Situationen beobachtet. Über einzelne Fälle und

darüber, wie man vielleicht noch besser hätte vorgehen können, muss mit den Beteiligten noch einmal in aller Ruhe gesprochen werden.

Insgesamt gab es wenig Widerstand durch die Besetzerinnen, und die Kommunikation von beiden Seiten lief gut. Ich habe aber auch viele erschreckende Videos gesehen, etwa mit Pyrotechnik und Steinwürfen. Dafür habe ich kein Verständnis, und das verurteile ich klar, so wie ich es übrigens auch schon in meiner Plenarrede getan habe. Ich verbitte es mir, dass hier ständig Unwahrheiten gesagt werden. Das macht man nicht, das ist einfach nicht richtig.

(Lachen von Marc Lürbke [FDP])

– Sie können es im Plenarprotokoll nachlesen. Es geht nicht, dass hier ständig Unwahrheiten verbreitet werden.

Was können wir für die Zukunft lernen? Das ist doch die Frage, wegen derer wir hier zusammensitzen. Was ziehen wir für politische Schlussfolgerungen? Beim Räumungseinsatz – das haben wir beobachtet – hat der Einsatz der Kommunikationsteams gut funktioniert, zumindest dort, wo sie kommunizieren konnten. Wir müssen nach vorne schauen und überlegen, wie wir diese Kommunikationsteams in der Fläche einsetzen können.

Wie gesagt trenne ich die beiden Einsätze in der Bewertung. Zum Polizeieinsatz bei der Demo möchte ich folgende Punkte nennen: Ich bin froh, dass sich so viele Menschen größtenteils friedlich für den Klimaschutz und die Beendigung des Braunkohleabbaus im Rheinischen Revier eingesetzt haben – diese Bilder fehlten mir hier übrigens. Der Schutz von Versammlungen ist ein wichtiges Gut in unserer Demokratie. Mein Dank geht an die Polizistinnen und Polizisten, die bei diesem Einsatz versucht haben, die Demonstrationsfreiheit zu gewährleisten. Gewalt ist niemals ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung, und wir verurteilen sie klar.

Menschen, die in einem Rechtsstaat Straftaten begehen, müssen damit rechnen, dass das verfolgt wird. Wir haben alle die verstörenden Bilder von Samstag vor Augen. Sie zeigen auch – Sie haben es wahrscheinlich alle bei Twitter und ähnlichen Medien gesehen – ein hartes Vorgehen einzelner Polizeibeamter und -beamtinnen bei dem Einsatz während des Demogeschehens. Wenn es Fehlverhalten vonseiten der Polizei gibt, muss es benannt werden. Das wird geprüft. Sie, Herr Reul, haben gesagt – und darin stimme ich Ihnen zu –, dass alle Straftaten, auch solche, die möglicherweise von einzelnen Polizistinnen ausgegangen seien, verfolgt werden müssten.

Es waren mehrere Tausend Polizeibeamte im Einsatz, und deswegen verbietet sich eine Pauschalisierung. Die Staatsanwaltschaft wird jedem Hinweis auf unverhältnismäßiges Verhalten Einzelner nachgehen. Auch wir als Politik werden das tun und uns weiterhin erkundigen. Die Kontrolle der Exekutive ist unsere Aufgabe.

Abgeordnete der Grünenfraktion waren jeden Tag als parlamentarische Beobachter vor Ort. Dazu gibt es Listen, die wir der Transparenz halber gerne öffentlich machen können. Wir waren jeden Tag da, wir waren nachts da – ich glaube, es gab keine Stunde, in der nicht irgendjemand von uns da war. Das heißt nicht, dass wir jede Situation beobachten konnten, aber wir haben viel beobachtet. Wir standen im Regen, wir

standen in der Kälte. Wir haben beobachtet, wir haben dokumentiert, wir haben kommuniziert, und wir haben – im Gegensatz zu anderen – zur Deeskalation beigetragen. Wir haben nicht nur an der Abbruchkante herumgestanden und Interviews gegeben, vielmehr haben wir durch unsere Anwesenheit zur Deeskalation beigetragen.

Wir sollten alle froh sein, dass der Räumungseinsatz so friedlich verlaufen ist. Es ist ziemlich schäbig, hier weiter Öl ins Feuer zu gießen.

(Marc Lürbke [FDP]: Schon wieder? Jetzt ist es aber genug!)

Ich danke allen Beteiligten.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Dr. Christos Katzidis (CDU): Es freut mich wirklich sehr, dass ich hier, trotz der in Teilen differierenden Statements, einen uneingeschränkten Konsens bezüglich der Professionalität dieses Einsatzes herausgehört habe und dass es niemanden gibt, der diese in Zweifel zieht. Ganz im Gegenteil: Alle haben in besonderer Weise herausgestellt, dass das ein herausragender polizeilicher Einsatz gewesen sei. Er ist nicht nur gut gelaufen, sondern wird sicherlich auch Gegenstand von Vorträgen an der Deutschen Hochschule der Polizei sein, um als Muster für andere Bundesländer, was die Qualität solcher Einsätze angeht, dienen zu können.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle etwas früher ansetzen und darauf hinweisen, was die Polizei für sich selbst aus vergangenen Einsätzen hinsichtlich Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung lernt. Der Einsatz hat für mich in besonderem Maße gezeigt, dass aus den vergangenen Einsätzen sehr gute Schlussfolgerungen gezogen worden sind, was Einsatztaktiken, Einsatzdurchführungen und Einsatzvorbereitungen angeht. Die Polizei hat wieder gezeigt, dass sie insgesamt eine hochprofessionelle Organisation ist. Sie zieht aus jedem Einsatz – oftmals schneller als die Politik – Lehren, die in zukünftige Einsätze einfließen. Dafür gebührt ihr aus meiner Sicht ein besonderer Dank, denn nur so sind solche guten Einsätze möglich.

Für die Vorbereitung – das wurde hier teilweise schon angesprochen – gebührt dem Polizeipräsidium Aachen ein besonderer Dank. Der gute Informationsfluss und die Einladung zu einer Informationsveranstaltung, bei der sich auch Parlamentarier im Vorfeld über die Besondere Aufbauorganisation und die Planungen zur Durchführung informieren konnten, haben sicherlich nachhaltig zur Transparenz beigetragen.

Bei der Durchführung kam es in vielen Bereichen zu sehr emotionalen Situationen. Ich bin selber schon in solchen Situationen gewesen, kann das also ein Stück weit nachvollziehen. Es ist für die Beamtinnen und Beamten extrem schwierig, professionell zu bleiben, besonnen zu reagieren und so zu kommunizieren, wie von der Polizeiführung vorgegeben, wenn man provoziert, beleidigt, bespuckt wird und noch anderen Dingen ausgesetzt ist. Das verdient eine enorme Hochachtung, einen enormen Respekt und macht klar, dass die Polizei bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht ohne Grund mit das höchste Vertrauen genießt. Das war wirklich sehr beeindruckend, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es ein politisch und emotional aufgeladenes Thema war. Das hat die Situation für die Einsatzkräfte noch einmal erschwert.

Von uns gibt es dafür ein riesiges Dankeschön, nicht nur für das Polizeipräsidium Aachen, sondern auch für die Polizeiführer, die Abschnitts-, die Unterabschnittsleiter und alle vor Ort eingesetzten Kräfte aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern. Sie alle haben in der überwiegenden Zahl der Fälle gute Arbeit geleistet. In Einzelfällen mag es vielleicht suboptimal gelaufen sein, aber man muss auch immer die Gesamtverläufe betrachten. Ich gehe davon aus, dass die genannten Vorfälle aufgeklärt und etwaiges Fehlverhalten, etwaige Straftaten verfolgt werden.

Herr Minister Reul hat dargelegt, wie es um die Straftaten bestellt war, wie von Gewalttätern agiert wurde, wie Personen identifiziert wurden und wie Aufklärung erfolgen kann. Hoffentlich verbindet die Justiz das mit entsprechenden Strafen, da es das falsche Signal in die Gesellschaft wäre, wenn Gewalttäter mit solchen Taten davonkommen könnten.

Aufseiten der kriminellen Gewalttäter wurde hier teilweise sehr professionell agiert, wobei auch ich unterschreiben würde, dass sie im Verhältnis zu allen Demonstrantinnen und Demonstranten eine Minderheit darstellten; sehr viele Menschen haben friedlich für die Sache demonstriert. Auch ich glaube, dass es wichtig und richtig ist, das nicht zu pauschalisieren, sondern differenziert zu betrachten. Hoffentlich werden diejenigen identifiziert, die immer wieder versuchen, Themen oder sogar Menschen zu instrumentalisieren. Gibt es Erkenntnisse oder werden Ermittlungen dazu geführt, ob Spender, Hintermänner, Netzwerke existieren, die solche professionellen gewalttätigen Aktionen unterstützen?

Der Kinder- und Jugendschutz ist für uns hier in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich ein großes Thema. Sind Jugendämter darüber informiert worden, was dort gelaufen ist? – Herr Minister Reul nickt schon. – Wenn da Identifizierungen vorgenommen worden sind, ist die Frage schon beantwortet. Hervorragend; das finde ich sehr wichtig, auch wegen des Zeichens, das damit in Sachen Verantwortung und Sorgerecht gesetzt wird.

Abschließend danke ich nochmals allen für die besonnene Durchführung dieses Einsatzes, der in der Bundesrepublik Deutschland sicherlich als Blaupause dienen wird.

Minister Herbert Reul (IM): Das waren sehr unterschiedliche Fragen; einige davon würde ich gerne beantworten und dann weitergeben.

Es ist wohl Konsens, dass die Sache insgesamt gut gelaufen ist. An dem Samstag gab es aber Sachverhalte, die wir ablehnen. Wenn jemand verletzt wird, ist das immer schlecht – Punkt. Ich hätte mir eine Demonstration mit folgendem Ablauf gewünscht: Sie laufen die Strecke ab, die abgesprochen ist, machen eine Kundgebung und gehen nach Hause – Ende. Insofern kann man diesbezüglich nicht sagen, dass es gut gelaufen ist.

Die Menschen, die demonstriert und die, die besetzt haben, kann man nicht in eine Gruppe fassen, wahrscheinlich noch nicht einmal in zwei – ich bin da vorsichtig. Es gab diejenigen, die wirklich demonstrieren wollten, die ein Anliegen hatten; die sind auf dem Kundgebungsplatz stehen geblieben, das waren 6.000 bis 8.000 von den insgesamt 15.000. Dann gab es die professionellen Störer, die das systematisch machen

und die von irgendwoher gekommen sind – dazu werden wir gleich noch etwas hören. Außerdem gibt es noch eine Gruppe – ich weiß gar nicht genau, wie ich die beschreiben soll –, die dazwischensteht und sich nicht distanziert. Unter den 3.000 Leuten, die vorne standen und auf die Polizei zu gerückt sind, waren ja nicht nur solche aus dem Schwarzen Block, sondern auch andere. Hier stellt sich die Frage: Warum distanzieren sie sich nicht? Es wäre für die Polizei viel einfacher, wenn sie sagen könnte: Wir kümmern uns jetzt nur um die wirklichen Gewalttäter und Störenfriede. – Aber es gibt dazwischen auch solche, die entweder mitgezogen wurden oder mitmachen wollten, aber nicht in die erste Reihe gehen wollten, weshalb man hier wahrscheinlich auch noch einmal unterscheiden muss.

Frau Kampmann, ich hatte es eben schon gesagt, aber ich wiederhole es gerne: Wir ermitteln zurzeit in fünf Fällen gegen Polizisten. Das kann sich aber noch ändern, weil wir alles prüfen müssen. Manchmal erhalten wir auch im Nachhinein noch Hinweise oder es kommen Anzeigen herein. Das würde ich nicht ausschließen wollen. Zu den laufenden Ermittlungen kann ich inhaltlich nichts sagen.

Ich nehme mal einen Fall heraus, an dem man etwas – in Anführungszeichen – Positives ablesen kann: Da war ein Polizist, der jemanden vor das Bein geschlagen hat, aber eine Polizistin, die in der Nähe stand, hat ihn dann zurückgehalten. Ersteres wünsche ich mir natürlich nicht, aber wenn es doch so weit kommt, wünsche ich mir, dass es so abläuft, dass Polizisten also aufpassen, sich untereinander kontrollieren und auch einmal sagen: So geht es nicht.

Eine Frage zielte darauf ab, ob wir die Anzahl unterschätzt haben. Das ist sehr schwer zu beantworten. Am Anfang haben wir von 3.000 geredet, dann waren wir bei 5.000 und dann bei 8.000. Am Schluss gingen wir von 10.000 Teilnehmern aus; es waren dann 15.000. Man kann also sagen, dass es mehr waren, als wir gedacht haben. Unter uns gesagt: Das ist auch nicht so einfach einzuschätzen. Mit der Schätzung von 10.000 waren wir aber – das sagen mir zumindest meine Leute – hinsichtlich der Einsatzfähigkeit durchaus ordentlich aufgestellt. Da gibt es also nichts zu kritisieren.

Es gibt noch keine fertige Strategie dazu, wie es jetzt weitergeht, sondern nur die Absprache, dass die BAO vorläufig bestehen bleibt. Wenn wir merken, dass es noch mehr wird, wird sie auch wieder hochgefahren. Da muss man situationsangemessen reagieren. Vieles passiert jetzt dezentral, etwa beim Wirtschaftsministerium, beim Innenministerium, beim Landtag oder anderswo. Man muss vor Ort reagieren. Wenn jetzt noch etwas stattfindet, kommen wir schon damit klar. Man muss sich jetzt vor allem um die Dörfer bzw. die Menschen dort kümmern. Hier greift die übliche Strategie: Transparenz, also informieren, reden und kümmern. Das ist es, was wir machen müssen, und Sie können davon ausgehen, dass wir das auch tun.

Für die Kommunikationsbeamten gab es Lob. Das ist übrigens nicht neu, das machen wir immer so. Die waren nicht nur bei der Räumung, sondern auch an dem Samstag dabei. Da hatten sie aber – das konnte man im Fernsehen sehen – eigentlich keine Chance mehr. Gegen diese Welle der Unruhe, des Ärgers, der Gewalt kamen sie nicht an. Sie wollten beispielsweise irgendwo einen Rollstuhlfahrer retten, das war aber nicht mehr zu machen. Übrigens war es deren Polizeiauto – und das ist schon tragisch –, das angezündet worden ist. Das sind Dinge, die man einfach nicht verstehen kann.

KD Markus Gemünd (IM): Ich versuche, die Detailfragen zu beantworten. Zur Frage nach dem längerfristigen Gewahrsam: Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand sind bzw. waren zehn Personen im längerfristigen Gewahrsam; teilweise sind sie schon entlassen. Die Voraussetzungen dafür waren unterschiedliche Delikte: Widerstand, Hausfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung. Das längerfristige Gewahrsam ist im Prinzip immer dadurch begründet gewesen, dass die jeweiligen Personen ihre Fingerringe so verklebt hatten, dass eine Identitätsfeststellung nicht möglich war, wir mit erkennungsdienstlichen Maßnahmen also nicht an die Identität gekommen sind.

Zur Frage nach den gewalttätigen Autonomen und den Straftaten: Hier kann ich mich momentan noch nicht festlegen. Auf den Bildern zu erkennen sind – wie eben bereits geschildert – Würfe von Pyrotechnik, Feuerwerkskörpern, Polenböllern, Steinen usw. Wir reden von der gesamten Straftatenpalette, angefangen mit der Körperverletzung bis hin zum schweren Landfriedensbruch. Die Konkretisierung muss natürlich durch die Ermittlungsarbeit im Nachhinein und im Abgleich mit der Staatsanwaltschaft erfolgen, um gerichtlich Verwertbares verifizieren zu können.

Mit Blick auf den Schwarzen Block bzw. die Autonomen haben wir gesicherte Erkenntnisse dazu, dass die Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und aus dem benachbarten europäischen Ausland, aus unterschiedlichen Ländern, kamen. Aber auch hier müssen die Ermittlungsmaßnahmen weitere Details bringen. Ich gehe davon aus, dass Herr Kayser gleich die Fragen zur Mischszene beantworten wird.

Ich möchte die Frage aufgreifen, ob wir die Menge der Teilnehmer unterschätzt haben. Diesbezüglich haben wir uns weiterentwickelt. Von der Anmeldung bis zur Versammlungslage ist es ein fortlaufender Prozess. Die Kolleginnen und Kollegen beobachten, was in den sozialen Medien passiert und was an Absprachen woanders stattfindet. Es gibt geplante Bus- und Zugreisen, Mitfahrbörsen usw. Die Zahlen verändern sich fortlaufend und werden ständig beobachtet. Dementsprechend entwickeln sich auch die von uns prognostizierten Teilnehmerzahlen, wobei es faktisch nahezu unmöglich ist, festzustellen, wie viele Individualreisen stattfinden werden; das bleibt immer die Unbekannte.

IdP Michael Schemke (IM): Zur Frage von Herrn Lürbke nach dem Abzug ohne Identitätsfeststellung: Das war mit der Staatsanwaltschaft zum Teil so abgesprochen. Wir hatten letztlich 159 Identitätsfeststellungen und 372 Personen, die ohne Identitätsfeststellung abgezogen sind. Im Nachhinein glaube ich, dass das klug war, da es sehr zur Deeskalation beigetragen hat.

Frau Kampmann, Sie hatten gefragt, warum wir nicht hätten verhindern können, dass sie zur Kante gegangen sind. Diejenigen, die zur Kante gegangen sind, waren dieselben, die auf Lützerath zugegangen sind. Sich mit denen an der Kante zu schlagen, wäre lebensgefährlich gewesen; sie an der Kante aufzuhalten, wäre für alle ein Todeskommando gewesen. Angesichts der Masse hätten wir es ohnehin nicht verhindern können – das muss man offen sagen. Es war besser, sie kurz vor Lützerath zu stellen.

Dorothea Deppermann (GRÜNE): Es waren deutliche Unterschiede erkennbar zwischen dem strategischen Vorgehen der Hundertschaften aus Berlin und denen aus

den übrigen Bundesländern. Da wurde wahnsinnig wenig kommuniziert, es wurde wenig deeskaliert, es wurde auch wenig mit uns parlamentarischen Beobachtern gesprochen. Mich würde daher interessieren: Wie gewährleistet die Polizei NRW, dass die Einsatzkonzepte und -taktiken auch von den anderen eingesetzten Kräften beachtet werden?

Es gibt Aufnahmen von Faustschlägen von Polizeibeamt*innen gegen Gesichter bzw. Köpfe von Protestierenden. In welchen Fällen sind Schläge gegen den Kopf bzw. das Gesicht einsatztaktisch zulässig?

Marc Lürbke (FDP): Ohne das jetzt episch machen zu wollen: Frau Dr. Höller, die Einschätzung, dass die Grünen hier besonnen agiert und maßgeblich zur Deeskalation des Konflikts beigetragen hätten, haben sie exklusiv. Das ist nicht die Wahrnehmung derjenigen, mit denen ich gesprochen habe. Und ich glaube auch nicht, dass es die allgemeine Wahrnehmung ist. Im Gegenteil: Schauen Sie doch mal, was Ihre Vorfeldorganisationen, was grüne Abgeordnete in den vergangenen Tagen – eigentlich ist der Zeitraum aber noch viel länger – getwittert haben und wie sie sich geäußert haben. Das trägt doch nicht zur Deeskalation bei. Wenn man den Zeitraum länger fasst, kann man folgendes Beispiel nennen: Sie haben einen Parteitag an der Abbruchkante abgehalten. Mona Neubaur hat damals gesagt: Das gibt uns neuen Schwung. – Am Ende wird gerade durch solche Aktionen und durch fehlende Abgrenzung die Saat für linken Ökoextremismus gesät – die Geister, die ich rief.

Frau Dr. Höller, Sie haben sich hier eben von Gewalt distanziert. Das nehme ich Ihnen ab, warum auch nicht. Das Problem aber ist, dass Sie sich nicht von den Gewalttätern distanzieren. Sie sagen eben nicht: Die Extremisten innerhalb der Klimaschutzbewegung wollen wir nicht. Wir wollen sie vor die Tür schmeißen, weil sie der gesamten Klimaschutzbewegung einen Bärendienst erweisen. – Warum sagen Sie denn nicht einfach, dass „Ende Gelände“, die „Interventionistische Linke“ und all diese Verfassungsfeinde, die dort unterwegs sind, nichts für den Klimaschutz leisten und Sie sie deshalb nicht wollen. Wenn Sie das in Ihren Ausführungen hier noch ergänzen könnten, wäre das ein deutliches Signal der Abgrenzung von diesen Extremisten. Das würde wirklich helfen, gerade auch – der Minister hat es dargelegt – den Polizeibeamten. Wenn Sie das aber nicht tun, tragen Sie auch nicht zur Deeskalation bei – im Gegenteil.

Markus Wagner (AfD): Das waren gerade recht witzige Ausführungen. Die Grünen sollen zur Deeskalation in Lützerath beigetragen haben. Man kann sich die Wahrheit auch zurechtbiegen. Wenn ein Funktionsträger der Grünen Jugend mit erhobener linker Faust auf einem Foto zu sehen ist, dann weiß man, wessen Geistes Kind der junge Mann ist. Wenn grüne Abgeordnete und andere Funktionsträger sich zu einem Zeitpunkt nach Lützerath begeben haben, als dort Steine gesammelt wurden, um damit auf Polizisten zu werfen, andere Vorbereitungen getroffen wurden, um gewalttätige Aktionen durchzuführen und Barrikaden errichtet wurden, hat das mit Deeskalation nun wirklich gar nichts zu tun. Vielmehr ist das eine Solidarisierung mit denjenigen, die dort gewalttätig gegen die Polizei vorgehen wollten.

Ich hatte vorhin einige Fragen gestellt, die noch nicht beantwortet wurden. Ich weiß nicht, ob sie in der zweiten Runde beantwortet werden. Ich möchte das wiederholen: Greta Thunberg war als parlamentarische Beobachterin in Lützerath. Wie konnte es mit Blick auf die uns gegenüber kommunizierten Bedingungen für parlamentarische Beobachter dazu kommen?

Luisa Neubauer hat sich auf dem Gelände aufgehalten, nachdem es bereits gesperrt war. Wie konnte sie dorthin gelangen? Wurde Strafanzeige gegen sie erstattet?

Herr Kayser, es geht um die linksextremistische bzw. die linksextremistisch dominierte Mischszene. Bei der Demo mag das vielleicht anders ausgesehen haben, aber im Ort Lützerath selbst scheint mir das doch sehr eindeutig gewesen zu sein. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Christina Kampmann (SPD): Wir haben noch eine Frage zur Abgrenzung der Security von RWE vom Polizeieinsatz. Uns ist nicht klar, was es da für Vereinbarungen gab. Das betrifft insbesondere das Ende, als die beiden Aktivisten noch im Tunnel waren. Das hatte dann ja offensichtlich RWE übernommen. Ich habe außerdem gehört, dass auch eine Schweizer Beratungsfirma zum Zuge kam. Vielleicht können Sie sagen, wie die konkreten Verabredungen zur Abgrenzung waren.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Eine Frage, die ich noch habe, schließt an Frau Kampmann an: Inwieweit wussten die Sicherheits- bzw. Einsatzkräfte von RWE über die Deeskalationsstrategie Bescheid? Wurden sie entsprechend gebrieft? Uns wurde zugetragen, dass es da teilweise Probleme gab.

Haben Sie genaue Zahlen dazu, wie viele der Aktivistinnen und Aktivisten Lützerath bzw. den umfriedeten Bereich freiwillig verlassen haben? Und wie viele Leute konnten dort als Gewalttäter, insbesondere im Zusammenhang mit Körperverletzungen, identifiziert werden?

Minister Herbert Reul (IM): 372 Personen haben Lützerath im Zuge der Räumung freiwillig verlassen. Das geschah ohne Identitätsfeststellung; das war ihnen angeboten worden, und das war eine große Hilfe. Die haben uns – im Gegensatz zu den anderen, von denen ich eben sprach – keine Sorgen bereitet.

Was die von RWE eingesetzten Service- bzw. Sicherheitskräfte angeht: Ich weiß es nicht, aber ich würde fast jede Wette eingehen, dass der Polizeipräsident und seine Leute mit RWE über die Frage gesprochen haben, wie gearbeitet und welche Strategie verfolgt wird. Es ist natürlich der Job von RWE, das dann an die Kräfte weiterzugeben. Es war notwendig, dass da so viel Security war, weil die Polizei nur für die Räumung zuständig war. Es ging darum, die Menschen zu entfernen, die RWE daran hinderten, auf dem eigenen Gelände zu arbeiten. Um mehr ging es nicht, dann war RWE dran. Das Problem mit der Höhle musste RWE selber lösen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sie sich dafür externer Kräfte bedient haben, weil das eine wirklich schwierige Geschichte war. Am Ende ist es gelungen, auch wegen des klugen Zuredens von vielen

Externen, die den Kontakt gesucht haben. Die RWE-Security wurde außerdem gebraucht, um den Zaun zu sichern, weil auch das nicht die Aufgabe der Polizei war.

Es war natürlich wichtig, dass der Zaun schnell stand und nicht umgeworfen wurde, weil man erst so einen geschützten Raum hatte, in dem man ordentlich arbeiten konnte. Für die Polizei war das wichtig, aber RWE war dafür und für die Wege zuständig. Sie haben auch Sachen gemacht, die sie nicht hätten machen müssen. Zum Beispiel hat RWE den Versammlungsort hergerichtet. Das wäre sonst ein Matschplatz gewesen, aber sie haben ihn so hergerichtet, dass sich dort viele Tausend Menschen versammeln konnten. Natürlich haben sie das nicht aus Liebeshwürdigkeit getan, sondern weil sie es klug fanden, dass die Leute einen Platz haben, wo sie ordentlich stehen und sich benehmen können. Das war also vernünftig.

IdP Michael Schemke (IM): Frau Deppermann, Sie hatten gefragt, wie wir es gewährleisten würden, dass sich auch die Fremdkräfte deeskalierend verhalten. Sie wissen, wie Polizeibefehle aussehen. Sie wissen, dass der Polizeiführer seine Leitlinien da hineinschreibt und vorher all das kommuniziert, was besonders wichtig ist. Zudem halten wir es in Nordrhein-Westfalen so, dass in den einsatztragenden Abschnitten Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes das Sagen haben und dort die Abschnittsführung machen. Die Berliner waren auch in einem Abschnitt, aber nicht in einem der einsatztragenden.

Der Faustschlag ins Gesicht – auch das wissen Sie – ist Teil des unmittelbaren Zwangs in Form der einfachen körperlichen Gewalt und kann durchaus geboten sein. Auch ich musste davon hin und wieder schon Gebrauch machen. Sie müssten mir die jeweilige Situation genau erklären, und dann könnte ich Ihnen sagen, ob ich glaube, dass er angebracht war oder nicht. Es kann jedenfalls sein, dass er das Mittel der Wahl ist.

(Zwiegespräch zwischen Minister Herbert Reul [IM] und IdP Michael Schemke [IM])

– Der Minister weist mich gerade darauf hin, dass das polizeiliche Gegenüber wiederholt versucht hatte, die Abstände zu unterschreiten und nah an die Kräfte heranzurücken. So werden Distanzen geschaffen, bei denen es nicht mehr möglich ist, beispielsweise den Einsatzmehrzweckstock einzusetzen, und dann ist der Einsatz der Faust möglicherweise taktisch klug und ein verhältnismäßiges Mittel.

MDgt Jürgen Kayser (IM): Ich führe zu den Fragen aus, die noch offen sind. Herr Wagner hatte gefragt, wie wir die Zusammensetzung der Szenen in Lützerath bewerten. Der Minister hatte dazu schon ausgeführt, und ich will ergänzen. Das geschieht allerdings mit dem Hinweis, dass wir natürlich noch einen vorläufigen Informationsstand haben, weil uns noch nicht alle Berichte der Polizei und die Identitäten aller Personen vorliegen, die dort im Zusammenhang mit Straftaten angetroffen wurden. Gleichwohl kann man eine vorläufige Bewertung abgeben, wobei man zwischen dem Zeitpunkt bis zur Räumung und der Demonstration am vergangenen Samstag differenzieren muss.

Wir hatten im Vorfeld immer wieder gesagt, dass wir mit Blick auf die Szenen in Lützerath einen kleineren linksextremistischen Kern von Personen im niedrigen bis mittleren zweistelligen Bereich und einen großen Anteil bürgerlicher Klientel sehen, den wir zivildemokratischen Bündnisgruppen zuordnen. Das hat sich bis zum Tag der Räumung im Wesentlichen so gehalten. Das wurde ein Stück weit auch durch die Zahl derjenigen Personen bestätigt, die den Ort freiwillig verlassen haben, als die Räumung begonnen hatte. Das ist unsere Bewertung zu diesem Teil.

Was die Demonstration am Samstag angeht, muss man allerdings sagen, dass die Entgrenzungsstrategie der Linksextremisten – die wir immer wieder thematisieren – aufgegangen ist und verfangen hat. Einem Teil der Linksextremisten ist es gelungen, zivildemokratische Bündnisse für die eigenen Zwecke zu vereinnahmen. Die Zahlen bezüglich der Demonstration wurden ja schon genannt: Es waren rund 15.000 Personen, davon waren 10.000 überwiegend friedlich und haben sich am Versammlungsort aufgehalten, aber bis zu 5.000 Personen – auf jeden Fall mehrere Tausend – haben die vereinbarte Strecke verlassen, sich an die Abbruchkante begeben und sich dann auf den Weg nach Lützerath gemacht. Dort sind über 1.000 Personen angekommen; 300 bis 400 davon muss man dem Schwarzen Block zurechnen, aber die anderen haben die Polizeiketten eben auch überlaufen. Das ist das, was der Minister eben sagte: Sie haben sich von den Gewalttätern nicht distanziert, sondern sind weiter mitgegangen. Somit ist die Entgrenzungsstrategie der Linksextremisten aufgegangen: Personen aus eher zivildemokratischen Organisationen, die eigentlich keine extremistischen Ziele wie die Abschaffung des Staates oder des Kapitalismus verfolgen, sondern in erster Linie für den Klimaschutz eintreten, haben sich nicht distanziert und sind mitgelaufen. Mit Blick auf diesen Tag kann man also durchaus davon sprechen, dass wir einen linksextremistisch dominierten Versammlungsteil hatten, der auf Lützerath zugegangen ist.

Das hat sich auch in den Tagen danach bei manchen Äußerungen gezeigt; der Minister hatte die Formulierung „nicht legal, aber sehr wohl legitim“ schon erwähnt. Das ist eine klassische Äußerung, wie man sie aus dem extremistischen Spektrum kennt. Hinzu kommt das eher undifferenzierte Narrativ der Polizeigewalt bzw. der überschießenden Polizeigewalt. Es ist bereits gesagt worden, dass es Einzelfälle gab, die geprüft werden müssen, aber das Narrativ der überschießenden Polizeigewalt hat sich bislang nicht belegen lassen. Das ist ein klassisches Narrativ aus dem Linksextremismus, das hier von Teilen zivildemokratischer Bündnisse eher undifferenziert übernommen wurde. Das gilt auch für weitere Narrative, die wir sonst vor allem aus dem Linksextremismus kennen, etwa, dass die Polizei dazu gedient hat, den Kapitalismus und die Großkonzerne zu schützen. Das ist unsere Bewertung dazu.

Zur Frage, welche Bündnisse wir vor Ort gesehen haben: Das kann man nicht abschließend sagen, weil wie gesagt noch nicht alle Informationen vorliegen. Man muss aber auch hier differenzieren zwischen dem Zeitpunkt vor der Räumung und dem Zeitpunkt danach. Bis zur Räumung gab es auch in Lützerath verschiedene extremistische Bündnisse. Das waren im Wesentlichen die dort angetroffenen Hausbesetzer und Gruppen wie „Anarchists in Lützerath“ oder „Guerilla Activists Fighting For Anarchy“. Schon die Namen legen nahe, dass sie extremistisch ist, weil sie offenkundig das System überwinden wollen. Ansonsten haben wir folgende Bündnisse gesehen: die „Interventionistische Linke“ und „... ums Ganze!“, die wir als extremistisch bewerten, sowie

„Ende Gelände“, das wir als extremistisch beeinflusst einschätzen. Es gab also verschiedene extremistische und extremistisch beeinflusste Bündnisse, die sich im Bereich von Lützerath aufgehalten haben.

Vorsitzende Angela Erwin: Ich möchte einen Hinweis geben: Wir haben jetzt noch 50 Minuten, bis wir in den nichtöffentlichen Teil einsteigen. Von daher bitte ich um eine gewisse Disziplin.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Vielleicht habe ich die Antwort überhört, aber ich hatte gefragt, wie viele Leute Lützerath freiwillig verlassen haben und wie viele Gewalttäter identifiziert wurden. Das ist wichtig für das Gesamtbild.

Markus Wagner (AfD): Vielen Dank, Herr Kayser. Was die Demo betrifft, habe ich es verstanden. Was Lützerath selbst angeht, habe ich noch nicht verstanden, inwieweit Sie da Entgrenzungsphänomene bzw. Mischszenen sehen.

Man muss natürlich zwischen vor der Räumung und während der Räumung unterscheiden. Aber in Lützerath haben sich Personen aufgehalten, während dort Vorbereitungen für gewalttätige Auseinandersetzungen getroffen wurden. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, ob die Tatsache, dass sich dort Menschen aufhielten, die die Vorbereitungen zumindest beobachtet und nichts dagegen unternommen haben, nicht schon für Entgrenzung und linksextremistisch dominierte Mischszenen spricht. Und gilt das entsprechend auch für den Umstand, dass es Menschen gab, die zwar keine Gewalt angewandt haben, aber während der Räumung vor Ort geblieben sind?

Zudem möchte ich daran erinnern, dass meine Fragen nach Greta Thunberg und Luisa Neubauer, die sich auf dem Gelände befanden, als es bereits gesperrt war, noch nicht beantwortet sind.

Minister Herbert Reul (IM): Frau Dr. Höller, zu den Straftaten können wir nichts sagen, weil wir die gerade auswerten. Das müssen wir abwarten.

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Alles klar, danke schön!)

MDgt Jürgen Kayser (IM): Vielleicht ist es eben nicht ganz deutlich geworden, ich kann es gerne noch einmal erläutern: Bis zum Zeitpunkt der Räumung war der Anteil der Extremisten im Ort Lützerath nicht so groß wie der Anteil zivildemokratischer Akteure. Die zivildemokratischen Akteure haben den Ort dann zu einem Großteil – die Zahlen sind genannt worden – freiwillig verlassen. Wir können also nicht sagen, dass das bis zum Zeitpunkt der Räumung linksextremistisch dominiert gewesen wäre. Linksextremisten waren zwar vor Ort, haben aber wie gesagt nicht die Gesamtzusammensetzung dominiert.

Minister Herbert Reul (IM): Frau Thunberg ist von RWE auf das Gelände gelassen worden, weil sie angeboten hatte, bei den Herren im Tunnel zu deeskalieren.

(Markus Wagner [AfD]: Das hat aber nicht ganz geklappt!)

– Das weiß man nicht so genau.

(Markus Wagner [AfD]: Und für Frau Neubauer gilt das Gleiche?)

– Ja.

3 Anti-Terror-Einsatz in Castrop-Rauxel *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

In Verbindung mit:

Castrop-Rauxel: FBI warnte Behörden vor islamistischem Terroranschlag
(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/739

Vorsitzende Angela Erwin weist auf die Vorlage 18/679 des Ministeriums der Justiz hin.

Christina Kampmann (SPD) nennt als Grund für die Beantragung des Berichts und das Vorziehen des TOP die weiterhin hohe Gefahr, die vom islamistischen Terrorismus ausgehe. Man müsse daher prüfen, ob wirklich alles getan werde, um Anschläge zu verhindern.

Ihre Fraktion empfinde es als überaus beunruhigend, dass ein Mann, der wegen versuchten Mordes zu sieben Jahren Haft verurteilt worden sei, sich relativ frei bewegen könne; so habe er laut Medienberichterstattung 172 Mal Ausgang genehmigt bekommen, teilweise unbegleitet und inklusive Übernachtung. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob auf diese Weise nicht die innere Sicherheit Nordrhein-Westfalens gefährdet werde, zumal niemand wisse, wie viele verurteilte Straftäter noch frei herumlaufen, ohne dass Minister Herbert Reul (IM) Anstoß daran nehme.

Die zeitliche Abfolge hinsichtlich der Informationsweitergabe werfe ebenfalls Fragen auf: Wann seien die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal über die Anschlagpläne informiert worden? Habe es eine entsprechende WE-Meldung gegeben? Wieso seien entscheidende Beweise wie Substanzen zur Giftherstellung bei der ersten Durchsuchung übersehen worden? Wie könne es sein, dass die hiesigen Sicherheitsbehörden nach dem Hinweis eines ausländischen Nachrichtendienstes auf einen Gift- bzw. Sprengstoffanschlag mit zu erwartenden verheerenden Folgen lediglich eine oberflächliche Durchsuchung durchgeführt hätten?

Angesichts der großen Gefahren, die von Anschlägen mit biologischen bzw. chemischen Waffen ausgingen, äußert sich **İlayda Bostancıeri (GRÜNE)** erleichtert, dass die Sicherheitsbehörden die Hinweise ernst genommen und entsprechende Maßnahmen ergriffen hätten. Da die Ermittlungen noch am Anfang stünden, dürfe man nun aber keine voreiligen Schlüsse ziehen. In jedem Fall gelte es, dem Islamismus entgegenzuwirken, um die Gesellschaft und den Rechtsstaat zu schützen; in diesem Zusammenhang spiele die Präventionsarbeit eine wichtige Rolle.

Minister Herbert Reul (IM) möge entweder im öffentlichen oder im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung erläutern, welche Stoffe man in dem gefundenen Rucksack

entdeckt habe. Außerdem möge er darlegen, ob etwas über konkrete Anschlagziele bekannt geworden sei.

Gregor Golland (CDU) hält Christina Kampmann (SPD) vor, dass sie als Staatsministerin a. D. eigentlich wissen sollte, dass Minister Dr. Benjamin Limbach (JM) und nicht Minister Herbert Reul (IM) die Verantwortung für die Justiz in Nordrhein-Westfalen trage und die Verurteilung von Straftätern schon wegen der Gewaltenteilung nicht in die Zuständigkeit des Letzteren falle.

Er selbst empfinde es vor allem als dramatisch, dass die hiesigen Sicherheitsbehörden faktisch blind seien und dieser Zugriff – wie auch schon andere zuvor – nur aufgrund von Hinweisen eines befreundeten Nachrichtendienstes, offenbar aus den USA, habe erfolgen können. Es könne nicht sein, dass derartige Anschlagpläne, etwa aus Gründen des Datenschutzes, solange unentdeckt blieben, bis man von Dritten darauf aufmerksam gemacht werde. Zumal zu befürchten sei, dass man, wenn man immer nur nehme, aber niemals gebe, irgendwann keine derartigen Informationen mehr erhalten werde. Diesbezüglich sollten also strategische Überlegungen angestellt werden, wobei entsprechende Entscheidungen natürlich nicht auf Landes-, sondern auf Bundesebene getroffen werden müssten.

Nach dem Hinweis hätten die Behörden jedenfalls konsequent reagiert und den Anschlag verhindert. Nun gelte es, die Ergebnisse der laufenden Ermittlungen abzuwarten.

Markus Wagner (AfD) stimmt seinem Vorredner zu, dass weder die Justiz im Allgemeinen noch die Strafverhängung im Besonderen in die Zuständigkeit von Minister Herbert Reul (IM) fielen. Allerdings müsse die Frage erlaubt sein, warum ein wegen versuchten Mordes verurteilter iranischer Staatsbürger nicht abgeschoben werde. In Nordrhein-Westfalen falle zwar auch das nicht in den Bereich des Innenministeriums, in anderen Bundesländern aber schon. Zudem sollte es Sorge bereiten, dass immer mehr Verurteilte in den Maßregelvollzug überwiesen würden.

Die beiden tatverdächtigen Iraner hätten laut Bericht einen Anschlag im Auftrag des IS geplant, was insofern erstaune, als dass es sich beim IS um eine sunnitische Terrororganisation, bei Iranern aber in der Regel um Schiiten handle. Wisse man aufseiten des IM mehr über die Hintergründe dieser ungewöhnlich erscheinenden Verbindung?

Dorothea Deppermann (GRÜNE) fragt, ob das IM über nähere Erkenntnisse zu den Kontakten zum IS, zu möglicherweise anderen terroristischen Gruppen im Ausland oder zu Islamisten in Deutschland verfüge. Zudem interessiere sie, ob in den einschlägigen Szenen in Deutschland bzw. NRW Reaktionen auf den Einsatz der Sicherheitsbehörden beobachtet worden seien.

Minister Herbert Reul (IM) bittet eingangs um Verständnis dafür, einige Fragen, unter anderem zum zeitlichen Ablauf, nur im nichtöffentlichen Teil beantworten zu können.

Die Entscheidungen darüber, ob Täter im Straf- oder im Maßregelvollzug untergebracht würden, obliege Richtern, der Maßregelvollzug falle in die Zuständigkeit des MAGS, und über etwaige Ausgänge entschieden die zuständigen Ärzte. Die zunehmende Zahl der psychisch auffälligen Täter beunruhige ihn schon länger, aber bisher seien alle Versuche, in dieser Hinsicht etwas unternehmen zu können, vergeblich gewesen. Mittels des Projekts „PeRisikoP“ werde ein niederschwelliger Ansatz verfolgt, um möglicherweise zumindest einige Vorfälle verhindern zu können. Angesichts seines Ausmaßes reiche es aber wohl nicht aus, dieses Problem lediglich seitens der Landesregierung anzugehen, vielmehr müssten möglichst viele Akteure auf verschiedenen Ebenen tätig werden.

Die erste Dursuchung sei unter Vollschutz vorgenommen worden, was die Beweglichkeit und den Tastsinn beschränke und somit das Auffinden und Sichern von Spuren bzw. Beweisen erschwere. Bei der zweiten Durchsichtung hingegen habe man sogar Hunde einsetzen und somit viel gründlicher vorgehen können. Zur Beschaffenheit und Menge etwaiger Gefahrenstoffe dürfe er nichts sagen, da dieser Aspekt die laufenden Ermittlungen berühre, die in die Zuständigkeit von BKA bzw. GBA fielen; Rizin könne er allerdings ausschließen.

Christina Kampmann (SPD) hakt bei ihrem Vorredner nach, ob dieser im öffentlichen Teil wirklich gar nichts dazu sagen könne, wann die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden von den Anschlagplänen erfahren hätten.

Minister Herbert Reul (IM) bittet um Verständnis dafür, dazu nur im nichtöffentlichen Teil etwas sagen zu können, da er es nicht verantworten wolle, an falscher Stelle zu viel zu erzählen. Im öffentlichen Teil wolle er sich auf die Aussage beschränken, dass es sich um einen komplizierten Sachverhalt handle, aber keine Fehler passiert seien.

Markus Wagner (AfD) erinnert an seine Frage nach den Hintergründen der Verbindung zwischen den beiden iranischen Tatverdächtigen und einer sunnitischen Terrororganisation.

Die Annahme seines Vorredners bestätigend, dass es sich bei Iranern meist um Schiiten handle, ergänzt **LKD Martin Wentorf (IM)**, dass man zur Religionszugehörigkeit der beiden Tatverdächtigen keine konkreten Angaben machen könne. Da einer der beiden psychisch auffällig und im Maßregelvollzug untergebracht gewesen sei, bestehe aber die Möglichkeit, dass er skurrilen Weltbildern anhänge, was eine derartige Verbindung zumindest erklären könnte.

Angesichts relativer Transparenz im Bericht der Landesregierung hinsichtlich der zeitlichen Abfolge und entsprechender den Medien zu entnehmenden Informationen gibt **Christina Kampmann (SPD)** an, nicht nachvollziehen zu können, warum Minister Herbert Reul (IM) im öffentlichen Teil überhaupt nichts dazu sagen wolle.

Minister Herbert Reul (IM) entgegnet seiner Vorrednerin, sich auch deshalb auf den nichtöffentlichen Teil beschränken zu wollen, um im Zusammenhang berichten zu können.

Mit Blick auf die unter TOP 1 erörterten Vorkommnisse im Zusammenhang mit der BAO „Janus“ und die von Bettina Gayk geäußerten Bedenken möchte **Dr. Christos Katzidis (CDU)** wissen, ob die auf den sichergestellten Mobiltelefonen gespeicherten Telefonnummern im vorliegenden Fall überprüft würden – was er sehr hoffe.

Minister Herbert Reul (IM) sichert zu, dass das geschehen werde.

4 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Stiftungsgesetz NRW – StiftG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1921

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuss – federführend – sowie den Innenausschuss am 07.12.2022)

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt nach Eingang der schriftlichen Stellungnahmen für die noch durchzuführende Anhörung erneut aufzurufen.

5 Straftaten unter Verwendung von Schusswaffen in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/573

Marc Lürbke (FDP) möchte den Grund für die deutliche Zunahme der Schusswaffeneinsätze zwischen 2018 und 2019 von 665 auf 1.613 erfahren. Außerdem fragt er, ob es Erkenntnisse darüber gebe, dass der Schusswaffengebrauch im Zusammenhang mit Fluchtbewegungen, etwa aus der Ukraine oder über die Balkanroute, zunehme.

Benedikt Falszewski (SPD) bittet um Auskunft darüber, ob man in anderen Bundesländern auch derartige Steigerungen registriere. Zudem möchte er wissen, ob für 2022 bereits vorläufige Zahlen existierten oder ob man zumindest eine Einschätzung der Entwicklung vornehmen könne.

LdsKD Johannes Hermanns (IM) führt aus, dass es im Zusammenhang mit der Automatisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 2008 zu einem Verarbeitungsfehler in der Software gekommen sei. In NRW sei, anders als in anderen Bundesländern, die Zuordnung von Schusswaffen sowohl zu Taten als auch zu Personen möglich gewesen, wobei in letzterem Fall unterschiedliche Kriterien Berücksichtigung gefunden hätten: die Schusswaffe wurde mitgeführt, es wurde mit ihr gedroht, es wurde mit ihr geschossen. In anderen Bundesländern hingegen seien Personen zugeordnete Schusswaffen nur als mitgeführt erfasst worden. Im Zuge des Transfers zum BKA und der weiteren Erfassung habe dann keine geeignete Auswertung bzw. Ausweisung stattgefunden.

Seit 2019 gebe es bundeseinheitliche Erfassungskriterien, und erst ab diesem Zeitpunkt könnten valide Vergleiche zwischen den einzelnen Bundesländern angestellt werden. In diesem Zusammenhang müsse auch der deutliche Anstieg zwischen 2018 und 2019 betrachtet werden, der im Prinzip auf die Korrektur des Verbuchungsfehlers zurückgehe und demzufolge nur NRW betreffe. Berücksichtige man die Jahre 2019 bis 2021 gebe es einen moderaten Rückgang beim Schusswaffeneinsatz.

6 Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Urteil des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts zur Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand bei Feuerwehrbeamtinnen und -beamten? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/574

Auf den im vorliegenden Bericht erwähnten Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Gewerkschaften und den Fachverbänden Bezug nehmend, möchte **Benedikt Falszewski (SPD)** wissen, welche inhaltlichen Ergebnisse daraus resultierten.

Ina Blumenthal (SPD) fragt, bis wann das IM mit der Klärung der für die im Einsatz befindlichen Feuerwehrleute so wichtigen grundsätzlichen Fragen rechne.

MR'in Anke Mönter (IM) weist auf die noch in diesem Jahr einzuleitende und hoffentlich auch abzuschließende Änderung des LBG hin, die unter anderem den Aspekt des Ruhestands für Mitarbeitende des feuerwehrtechnischen Dienstes umfassen werde.

Im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Gewerkschaften und den Fachverbänden seien sehr facettenreiche Argumente ausgetauscht worden, die einer genaueren Prüfung bedürften. Derzeit würden verschieden Daten ausgewertet, um sie bei der Gesetzesänderung bzw. dessen Begründung berücksichtigen zu können. Insbesondere folgende Fragen gelte es, zu klären: Mit welcher Größenordnung habe man es zu tun? Wie sehe die Alterspyramide beim feuerwehrtechnischen Dienst aus? Welche Belastungen gebe es in den jeweiligen Laufbahnen?

7 Polizeieinsatz in Münster zum G7-Gipfel der Außenministerinnen und Außenminister am 03. und 04.11.2022 *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 9])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/572

Dorothea Deppermann (GRÜNE) dankt den Einsatzkräften der Polizei, den Beschäftigten der Stadt Münster und den Angehörigen privater Organisationen für ihr Engagement und der gesamten Stadtgesellschaft für die in Kauf genommenen Einschränkungen im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen. Positiv hervorheben müsse man zudem, dass die Proteste zwar hinreichend sichtbar gewesen, aber friedlich verlaufen seien. Sie selbst habe nur eine fragwürdige Situation wahrgenommen, was sie angesichts der Größenordnung des Einsatzes für beachtlich halte.

Sich dem Dank seiner Vorrednerin anschließend, weist **Dietmar Panske (CDU)** darauf hin, dass es sich für die Polizei um keinen einfachen Einsatz gehandelt habe, insbesondere deshalb, weil er innerhalb weniger Wochen zu organisieren gewesen sei. Die Polizei habe das aber hervorragend gemeistert und gezeigt, dass politische Großereignisse im urbanen Raum wieder möglich seien, wofür es seitens der internationalen Staatsgäste auch Lob gegeben habe.

Möglicherweise könnten die Einsatzgrundsätze und -maßnahmen im Zuge der Nachbereitung zur Vorlage für künftige vergleichbare Ereignisse werden. So stelle der eigens für die Einsatzkräfte betriebene Sender zur fortlaufenden Berichterstattung über die Geschehnisse in der Stadt sicherlich eine innovative Idee dar.

IdP Michael Schemke (IM) weist auf einen kleinen Fehler im vorliegenden Bericht hin: Nicht 3.500, sondern 3.800 Kräfte seien im Einsatz gewesen.

9 Innenminister Herbert Reul widerspricht Thomas Haldenwang – Geht Nordrhein-Westfalen nun endlich entschlossen gegen sogenannte Klimaaktivisten vor? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/571

Auf den Hinweis aus vorliegendem Bericht Bezug nehmend, dass die Gruppierung „Letzte Generation“ regelmäßig Straftaten begehe, zitiert **Markus Wagner (AfD)** die daran anschließenden Sätze:

„Derartige Straftaten sind, auch wenn sie aus einer politischen Motivation heraus begangen werden, für sich allein genommen aber noch kein Indiz dafür, dass die Aktivitäten darauf abzielen, den demokratischen Verfassungsstaat oder wesentliche Grundwerte unserer Verfassungsordnung zu beseitigen.“

Die „Letzte Generation“ versuche, demokratische Prozesse mittels Straftaten zu umgehen und ihre politischen Ziele in erpresserischer Art und Weise durchzusetzen. Damit werde seines Erachtens gegen das Demokratieprinzip und damit gegen einen der Grundwerte der Verfassungsordnung verstoßen.

MDgt Jürgen Kayser (IM) weist auf die Definition des Bundesverfassungsgerichts hin, laut derer sich das Demokratieprinzip dadurch definiere, dass das Volk seine Regierung in freien und geheimen Wahlen bestimmen könne. Derzeit gebe es keine Anhaltspunkte dafür, dass die „Letzte Generation“ dieses Prinzip infrage stelle bzw. dagegen verstoße, indem beispielsweise die Einführung eines Klimarats oder Ähnliches gefordert werde.

10 Mann verletzt Ehefrau schwer mit Messer (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10]*)

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 18/44

– keine Wortbeiträge

11 Bergheim: Mann stirbt nach körperlicher Auseinandersetzung (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/578

– keine Wortbeiträge

12 Köln-Ostheim: Mann durch Schuss verletzt (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 10]*)

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/596

Vertrauliche Vorlage 18/46

– keine Wortbeiträge

13 Angriffe auf Einsatzkräfte – Bilanz der Silvesternacht *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 11])*

In Verbindung mit:

Ausschreitungen in nordrhein-westfälischen Städten in der Silvesternacht 2022/2023 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

In Verbindung mit:

Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in der Silvesternacht *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 12])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/748

Minister Herbert Reul (IM): Auch dieses Silvester hatten Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste wieder viel zu tun. Es wurden 233 Personen von der Polizei in Gewahrsam genommen. Diese Zahl stammt aus einer Sondererhebung zu Silvester, sie umfasst alle Ingewahrsamnahmen der Nacht, egal, aus welchem Grund, also auch wegen Kneipenschlägereien oder Nachbarschaftsstreitigkeiten. Aber das sind ja nicht die Zahlen, die Sie interessieren, deshalb habe ich überprüfen lassen, wer aufgrund der besagten Silvesterkrawalle in Gewahrsam genommen worden ist. Dafür haben wir jede einzelne Ingewahrsamnahme nachträglich ausgewertet, das war kompliziert. Wir haben folgende Kriterien angelegt: eine Tumultlage, die Verwendung von Pyrotechnik aus einer Gruppe heraus, der Angriff auf Einsatzkräfte.

Das Ergebnis: Von den 233 Personen wurden 44 Personen aufgrund der Krawalle in Gewahrsam genommen – die Zahl ist also deutlich kleiner. Das ist eine Statistik für das ganze Land. Es waren vier Frauen und 40 Männer. 23 von ihnen haben ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit, vier haben die deutsche und eine weitere Staatsangehörigkeit, 17 haben keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die 44 in Gewahrsam genommenen Personen waren zwischen 15 und 55 Jahre alt; auffällig ist, dass mehr als die Hälfte dieser Personen jünger als 27 war. Fazit: überwiegend männliche, junge Personen, viele mit Migrationshintergrund.

Auf zwei Vorfälle will ich gesondert eingehen. Einer davon ereignete sich in Duisburg. Dort beschossen etwa 30 Personen ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr mit Böllern und Raketen und danach auch die Einsatzfahrzeuge der Polizei. Als ob das nicht genug gewesen wäre, haben sie das Feuerwehrfahrzeug auch noch gestürmt, sämtliche Türen aufgerissen und versucht, Gerätefächer zu öffnen. Es mussten erst viele Polizistinnen und Polizisten auftauchen, bevor diese Menschen das Weite suchten. Ich weiß nicht, wie man auf solche Ideen kommt, aber für mich zeigt sich hier ein unerträgliches Maß an Missachtung und an Respektlosigkeit gegenüber unserer Gesellschaft. Das sind keine Dummejungenstreiche mehr. Wenn in diesem Zusammenhang

jemand von einer Party- und Eventszene schreibt – das habe ich in manchen Zeitungen gelesen –, fällt mir nicht mehr viel ein; das ist einfach nur Verharmlosung.

Bei einem weiteren Vorfall in Bonn hat eine größere Gruppe einen Müllcontainer angezündet. Die alarmierte Feuerwehr und die Polizei wurden bei ihrer Ankunft auch hier gezielt mit Feuerwerkskörpern beschossen. Als sich die Einsatzkräfte aus taktischen Gründen zunächst zurückzogen, wurden sie von der Gruppe verfolgt, wieder flogen Feuerwerkskörper, auch Steine. Das haben Sie vielleicht in der Presse lesen können. Erste Erkenntnisse des Ermittlungsverfahrens zeigen uns, dass der Angriff in diesem Fall wahrscheinlich nicht spontan geschah, daher ermittelt nun auch der Staatsschutz. Dieser Fall ist anders als die anderen – mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen.

Auffällig ist, dass die Anzahl der Vorfälle in dieser Silvesternacht auf einem ähnlichen Niveau liegt wie vor der Pandemie. So sehr ich jeden einzelnen Vorfall verurteile, macht mir nicht die Quantität, sondern die Qualität Sorgen. Die Intensität der Gewalt, die kriminelle Energie, die Dreistigkeit, die Missachtung haben zugenommen. Man fragt sich, was für Menschen so etwas machen. Die Polizei hat dazu Daten erhoben: Mit Stand vom 6. Januar wurden 33 Strafanzeigen wegen Angriffen auf Einsatzkräfte gefertigt, 30 Tatverdächtige sind bisher dabei herausgekommen. Auch hier handelt es sich überwiegend um Männer bzw. Jungen zwischen 14 und 55 Jahren – es ist also eine ähnliche Spanne –, eine leichte Häufung ist bei den Tatverdächtigen unter 21 Jahren zu erkennen. 15 von ihnen haben die deutsche, vier eine doppelte und elf keine deutsche Staatsbürgerschaft. Ähnlich wie bei den Ingewahrsamnahmen hat also auch hier nur etwa die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft.

Es ist wichtig, zu sagen, dass die überwiegende Zahl der jungen Männer mit Migrationshintergrund gute Menschen, nette Leute, anständige Typen sind. Aber es gibt eben auch zu viele, die Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute, Rettungskräfte angreifen. Das ist übrigens kein Widerspruch. Das sollten sich sowohl diejenigen bewusst machen, die die Silvestervorfälle nutzen, um Ressentiments gegen Migranten zu schüren, als auch diejenigen, die aus ideologischen Gründen nicht bereit sind, klare Aussagen zu machen. Man muss das benennen, sonst kommt man nicht weiter, aber es ist nicht dafür geeignet, Stimmung zu machen.

Wir müssen uns gegen solche jungen Leute zur Wehr setzen. Das können wir nicht tolerieren, das werden wir nicht tolerieren. Sie können davon ausgehen, dass wir uns weiter darum kümmern werden. Wir sind noch nicht am Ende, da wir noch Videos auswerten und Zeugen befragen werden.

Die Kampagne „NRW zeigt Respekt!“ werden Sie kennen. Wir haben hier für Sie die Pins ausgelegt, weil wir denken, dass diese Silvesternacht die Chance bietet, sich verstärkt darum zu kümmern. Im Zuge der Coronapandemie hat die Kampagne ein bisschen gelitten, weil wir keine Zeit hatten, uns darum zu kümmern und weil man keine Leute treffen konnte. Ich bitte darum, dass Sie die von Ihnen vor ein paar Jahren beschlossene Kampagne gemeinsam wieder ein bisschen aufleben lassen. Das ist der Grund, warum wir die Pins noch einmal verteilt haben; es gibt genug Nachschub.

Christina Kampmann (SPD): Herr Minister, vielen Dank für die Pins; wir kennen die Kampagne. Ich glaube aber, dass wir uns heute darüber unterhalten müssen, ob das wirklich genug ist oder ob nicht noch mehr getan werden kann. Die Bilanz von 42 verletzten Beamtinnen und Beamten ist natürlich verheerend. Sie haben gerade gesagt, dass das Ganze sich nicht dafür eigne, Stimmung zu machen. Das könnten Sie mal Ihren Parteikollegen Friedrich Merz und Markus Söder sagen. Es ist mehr als grenzwertig, wie die beiden rassistische Ressentiments geschürt haben. Außerdem haben sie Berlin als Chaosstadt bezeichnet. Wir fragen uns, ob das angesichts dieser Zahlen auch für Nordrhein-Westfalen gelten muss.

(Lachen von Gregor Golland [CDU], Heinrich Frieling [CDU] und Thomas Schnelle [CDU])

Sie haben im Nachgang betont, dass die Strafe auf dem Fuße folgen müsse. Das klingt ein bisschen so, als hätten Sie bisher nichts damit zu tun gehabt, als wären Sie nicht schon seit fast sechs Jahren Innenminister. Wir haben uns die vergangenen Jahre angeschaut und festgestellt, dass zu Silvester 2020/21 auf dem Marktplatz in Essen-Altenessen rund 50 Täter randaliert hatten. Damals wurde nur gegen acht von ihnen ermittelt, und bis heute wurde kein einziger verurteilt. Wir fragen uns, wie das angesichts dieser Eskalation – die es offenkundig schon damals gab – und der Gewaltexzesse sein kann.

Wir haben gerade über die Kampagne gesprochen. Im Jahr 2019 haben Sie medienwirksam den Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt“ vorgestellt. Wenn ich es richtig verstehe, sollte dieser Aktionsplan eigentlich genau das verhindern, was dieses Silvester passiert ist. Deshalb würden wir uns wünschen, dass Sie gleich sagen, was aus diesem Aktionsplan geworden ist und welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt wurden.

Dass Sie es als Innenminister offensichtlich nicht schaffen, diejenigen Menschen zu schützen, die andere Menschen schützen sollen, und dass wir auch in Nordrhein-Westfalen an Silvester rechtsfreie Räume haben, muss uns allen Sorge bereiten. Das ist für uns nicht akzeptabel. Da bis heute keine Antwort auf diese Täter gefunden wurde, müssen wir uns gemeinsam fragen, wie man noch mehr tun kann. Was also ist aus dem Plan geworden? Wann hat der runde Tisch, der am Aktionsplan beteiligten Institutionen, zuletzt getagt? Gegen wie viele Täter wird nach heutigem Stand ermittelt?

Friedrich Merz und Markus Söder haben der Regierung in Berlin eine Mitschuld an den dortigen Ausschreitungen zugeschrieben. Wir fragen uns dann, welche Mitschuld Sie als Innenminister tragen. Tut die Landesregierung Ihrer Meinung nach wirklich genug, um die Einsatzkräfte zu schützen? Was können wir gemeinsam tun, damit wir zu Silvester künftig nicht mehr solche Szenen sehen müssen?

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Markus Wagner (AfD): Angesichts dessen, was jetzt an Silvester geschehen ist, wird es langsam bedenklich. Es gibt ja auch Vorfälle zu Halloween und am 1. Mai. Das sind natürlich unterschiedliche Tätergruppen.

Wir haben im Rahmen einer Kleinen Anfrage nach den Vornamen der deutschen Tatverdächtigen gefragt; die CDU in Berlin nimmt uns also mittlerweile als Vorbild. Das ist deswegen sinnvoll und wichtig, weil wir möglichst viel über die Täter, ihre Hintergründe,

ihre Sozialisierung wissen müssen, wenn wir über die Ursachen dieser Gewaltaktionen sprechen wollen. Das bedeutet natürlich nicht – das will ich hier ausdrücklich sagen, bevor wieder irgendetwas in den Raum gestellt wird –, dass es hier einen Generalverdacht gegen Leute mit Migrationshintergrund gebe würde. Es bedeutet lediglich, dass es diesbezüglich ganz offensichtlich eine Häufung von jungen Männern mit bestimmten Migrationshintergründen gibt. Und wenn wir dem auf den Grund gehen wollen, müssen wir das wissen. Ich erhoffe mir von der Landesregierung eine Antwort, damit es am Ende nicht läuft wie in Berlin.

Können Sie etwas dazu sagen, wie viele Einsatz- und Rettungskräfte im Zuge der Silvesterkrawalle verletzt worden sind?

Gregor Golland (CDU): Frau Kampmann, Sie sind immer noch im falschen Ausschuss. Der Innenminister ist nicht für die Verurteilung der Silvestertäter zuständig. Die Polizei ist dafür da, um zu ermitteln und diese Täter in Gewahrsam zu nehmen, aber nicht, um sie zu verurteilen. Das ist Gewaltenteilung. Sie sollten diese Fragen im Rechtsausschuss stellen.

Richtig ist, dass diese Täter möglichst schnell und möglichst hart verurteilt werden sollten. Der Gesetzgeber auf Bundesebene, nicht wir in Nordrhein-Westfalen, kann dafür den Rahmen setzen. Es ist schon eine Verschärfung erfolgt, indem Angriffe auf Rettungssanitäter, Feuerwehrleute, Polizisten mit Mindeststrafen versehen werden. Ich hoffe, dass die Staatsanwaltschaften und Richter das entsprechend umsetzen.

Ein Vergleich zwischen der politischen Chaosstadt Berlin und Nordrhein-Westfalen verbietet sich. Das Ergebnis dessen, was Ihre Partei in Berlin über Jahre hinweg angerichtet hat, konnte man an Silvester deutlich sehen. Im Gegensatz dazu hat unser Innenminister Ross und Reiter von vornherein klar benannt, und zwar – wie auch eben wieder – ohne Rassismus, ohne zu hetzen. Diesen Vorwurf verbitte ich mir auch gegenüber Merz und Söder. Es ist eine Unverschämtheit, jegliche Debatte immer mit einem Rassismustagel zu versehen, weil man die wahren Hintergründe verschweigen will. Ihr Innenminister Jäger hat genau das nach der Kölner Silvesternacht gemacht.

(Christina Kampmann [SPD]: Darum geht es jetzt nicht!)

Das war damals der Anfang vom Ende Ihrer Regierung unter Hannelore Kraft, die die Täter nicht klar benannt hat, weil es politisch nicht in ihr Weltbild passte. Das ist der Unterschied zum jetzigen Innenminister, und deswegen wird er nicht nur von der Polizei, sondern auch von der Bevölkerung hochgeschätzt. Darum, Frau Kampmann, gewinnen wir auch die Wahlen und nicht mehr Sie.

(Christina Kampmann [SPD]: Weil Sie immer die Wahlen gewinnen, stellen Sie ja auch den Innensenator in Berlin! – Gregor Golland [CDU]: Ja, das machen wir bald! – Zuruf von der CDU: Sehr guter Vorschlag! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dr. Christos Katzidis (CDU): Manche Dinge würden Berlin sicherlich guttun. – Mit Blick auf die Zeit möchte ich, bevor es wieder parteipolitisch wird, zur sachlichen Debatte zurückkehren.

Es ist in den Medien immer wieder kommuniziert worden, dass es einen exorbitanten Anstieg, eine Explosion der Fallzahlen gegeben habe. Der Bericht zeigt bei den Jahreswechseln zwar Abweichungen auf, aber objektiv betrachtet gibt es von 18/19 zu 22/23 keine exorbitante Steigerung. Insofern ist das, was in den Medien kommuniziert worden ist, so nicht zutreffend. Das können wir hier anhand der Zahlen feststellen.

Richtig ist sicherlich, dass man über die Ursachen debattieren muss. Aber innenpolitisch, Frau Kollegin Kampmann, – ich will es ein bisschen weiter fassen als der Kollege Golland – muss man woanders ansetzen. Mit Blick auf die Prävention gibt es einen bildungspolitischen Auftrag und weitere Aufträge, die nichts mit Innenpolitik zu tun haben. All das, was in dieser Hinsicht hier bei uns landet, stellt das Ende der Fahnenstange dar. Wenn es also einen Präventionsauftrag gibt, müssen wir darüber reden, was in Sachen Respekt und Wertschätzung an den Schulen verändert werden kann; das betrifft auch den gesellschaftlichen Umgang mit unseren Uniformträgerinnen und Uniformträgern und das Verhältnis zueinander. Ich glaube, dass es bei der Prävention entscheidend ist, da anzusetzen.

Bezüglich der Aufklärung von Straftaten gibt es schon das eine oder andere Mittel. Man muss natürlich beweissicher agieren. Die Bodycams, die wir angeschafft haben, sind sicherlich ein probates Mittel, genauso wie die Videobeobachtung im öffentlichen Raum, da man so Fälle beweissicher dokumentieren kann, was dann auch zu Strafurteilen führt. Wir haben heute eine Debatte mit der Landesdatenschutzbeauftragten führen müssen, diese Debatte können wir gerne in einem anderen Zusammenhang fortsetzen.

Vorsitzende Angela Erwin: Wir haben noch vier Minuten. Ich darf die nachfolgenden Redner um kurze Wortbeiträge bitten.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Ich bemühe mich. – Auch für uns sind Angriffe auf Rettungskräfte, Polizeibeamtinnen und -beamte natürlich völlig inakzeptabel. Diese Bilder sind auch deshalb so schockierend, weil sie diejenigen Menschen zeigen, die in dieser Nacht auf den Straßen für unsere Sicherheit gesorgt haben, während wir alle Silvester feierten.

Das ist einerseits ein spezielles Problem, andererseits ist es nicht nur in dieser Silvesternacht so gewesen. Es ist gut, dass Angriffe gegen Rettungskräfte Aufmerksamkeit bekommen, aber es ist ein Thema, das uns immer wieder verfolgt. Wir müssen genau darauf schauen, weil wir dafür eine gute Lösung brauchen.

Bei der Debatte würde ich aber um Differenzierung bitten. Ich weiß, dass das heute nicht die Stärke aller Beteiligten ist, aber ich glaube, dass das sehr wichtig ist. Teilweise wird versucht, sehr komplexen Problemen mit einfachen Lösungen zu begegnen. Ich glaube aber, dass das ein gesellschaftspolitisches Problem ist, und dafür gibt es keine innenpolitischen Lösungen. Viele dieser Fragen sind jugendpolitischer, gesellschaftspolitischer Natur und sollten daher in den entsprechenden Ausschüssen intensiver behandelt werden.

Ich fände es gut, wenn wir alle ein bisschen aufpassen. Es gibt immer Menschen, die jede Gelegenheit, jedes tagesaktuelle Thema nutzen, um rassistische Äußerungen

herauszuhauen. Ich fände es sehr wichtig, dass wir Demokratinnen und Demokraten die Probleme benennen und geeignete Lösungen dafür suchen.

Markus Wagner (AfD): Frau Kollegin Höller,

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Ja? – Heiterkeit – Dr. Julia Höller [GRÜNE]:
Bin ich schon wieder schuld?)

es ist doch zweifellos für jeden erkennbar gewesen, dass wir es bei den Tätern in der Silvesternacht überwiegend mit jungen Männern mit Migrationshintergrund zu tun hatten. Das ist keine rassistische Feststellung, sondern eine Tatsache. Wenn wir dieser Tatsache ins Auge blicken, müssen wir uns fragen: Was läuft da schief?

Es geht tatsächlich nicht um die Anzahl, Herr Katzidis, das ist ganz klar. Es geht, wie der Innenminister schon sagte, um die Qualität, um diese unglaubliche Verrohung, der wir uns gegenübersehen. Daher ist es wichtig, sämtliche Aspekte in den Blick zu nehmen, um gute Lösungen zu finden. Gesellschaftspolitisches Problem? – Ja, ja. Vor ein paar Jahren gab es das aber noch nicht. Warum gibt es das jetzt? Auch das ist eine Frage, die Sie sich stellen sollten.

Herr Kollege Golland, Sie haben natürlich recht damit, dass der Innenminister nicht dafür zuständig ist, Urteile zu sprechen. Aber die Landesregierung ist dafür zuständig, dass die Justiz personell so ausgestattet wird, dass sie in der Lage ist, schnell zu urteilen. Genau das ist in Nordrhein-Westfalen, wie auch anderswo, aber nicht der Fall. Das Problem daran ist, dass junge Männer – egal, welchen Migrationshintergrundes –, die solche Taten begehen und nicht unmittelbar die Konsequenzen dafür spüren, letztlich keinen Respekt vor der Justiz oder vor Einsatz- und Rettungskräften haben werden. Es geht nur, wenn man die Leute beeindruckt, indem man schnell urteilt und auch mal deutliche Urteile fällt.

Letztlich ist die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden, das heißt, der Justizminister kann die Staatsanwaltschaften anweisen, bei zu milden Urteilen in die Revision zu gehen. Davon muss man möglicherweise etwas häufiger Gebrauch machen.

Vorsitzende Angela Erwin: Herr Wagner, ein Hinweis: Wir befinden uns im Innen- und nicht im Rechtsausschuss.

Andreas Bialas (SPD): Die Geschmacklosigkeiten von Herrn Merz und Herrn Söder stehen für sich; ich würde die beiden zusammen mit Herrn Dobrindt zu einer Trias fassen wollen.

Es ist auffällig, dass die Zahl der Gewalttaten insgesamt fällt. Gegenüber Rettungs- und Polizeikräften steigt sie aber, zudem verändert sich nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität. Wir sagen schlicht und ergreifend: Das bekommen Sie nicht in den Griff. – Sie haben über Jahre hinweg immer wieder vorgeschlagen, die Gesetze zu ändern. Sie sind mittlerweile geändert, das hilft aber offenbar nicht. Dann haben Sie gesagt, dass wir diese oder jene Technik einsetzen müssten. Wir haben sie eingesetzt, das hilft aber auch nicht. Damit muss man sich ernsthaft auseinandersetzen.

Ich finde den Pin schön, aber er hilft nicht. Markige Worte sind schön und gut, helfen aber auch nicht. Was hilft? Dazu wollen wir gerne Details hören.

Ich darf auf das eingehen, was der Kollege Katzidis gesagt hat. Ich sehe das genauso und glaube auch, dass wir ein gesamtgesellschaftliches Problem haben, das wir angehen müssen. Wir haben das schon immer gesagt, aber das wurde als Erklärung nicht anerkannt; Sie hatten andere Ansichten. Seit ein paar Jahren haben aber auch Sie das als Argument entdeckt. Ich finde das gut, weil wir dann inhaltlich einer Ansicht sind.

Wenn wir einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz wählen, muss dabei auch die Polizei eine Rolle spielen. Nun ist es aber so, dass die Polizei selten bei Hochzeiten oder Sektempfängen in Erscheinung tritt, sondern meist in konfrontativen, für das jeweilige Gegenüber belastenden Situationen. Vor allem im Bereich der Bezirksdienste haben die Polizisten die Möglichkeit, mit den Bürgern in Kontakt zu treten. Deshalb sollten wir das ausbauen bzw. hinsichtlich der Aufgaben entschlacken, sodass die Polizisten verstärkt in Kitas und Schulen gehen können, um den Menschen zu begegnen und so Vertrauen an der Basis aufzubauen. Die Frage nach der einzusetzenden Technik greift also zu kurz, es geht auch um Aufgabenanalyse und Kräfteansatz: wer wohin geht. Ich kann deshalb nur dafür werben, den Bereich der Bezirksdienste zu stärken, weil es dort die Möglichkeit gibt, positiv gestaltete Kontakte zu breiten Bevölkerungsgruppen zu knüpfen.

Minister Herbert Reul (IM): Mir ging es mit der Vorlage bzw. dem Vortrag darum, das Thema zu versachlichen und differenziert zu betrachten, weil ich da ein bisschen unruhig wurde. Es ist leider nicht einfach, sondern kompliziert.

Da fängt mit der Frage an, wer da als Gewalttäter unterwegs war. Ich habe Ihnen die Zahlen vorgelegt. Das sind Leute mit Migrationshintergrund, die teilweise schon lange hier sind, und das sind Deutsche. Ich glaube, dass hier sehr unterschiedliche Fragen zu stellen sind.

Ich finde, dass man wenigstens so fair sein könnte, anzuerkennen, dass wir in Nordrhein-Westfalen an diesem Silvester wesentlich weniger Probleme hatten als Berlin. Man weiß natürlich nie, was kommt, aber in diesem Jahr war es ein Riesenunterschied. Silvester war ja auch schon mal eine nordrhein-westfälische Spezialität.

(Andreas Bialas [SPD]: Um Gottes willen! Das Thema versachlichen?)

Man darf das nicht dramatisieren, sollte es aber ernst nehmen, sich darum kümmern und sorgfältig nach Lösungen suchen. Um die Frage zu beantworten: Wir haben drei verletzte Rettungskräfte.

Mit dem Konzept „Sicher im Dienst“ bemühen wir uns, gegen Angriffe auf Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes vorzugehen, und das läuft großartig. Ich lasse das gerne mal hier vorstellen, das lohnt sich. Behörden bzw. Institutionen, wie etwa Ausländer- und Sozialämter oder die Polizei, vernetzen sich. Das ist ganz großen Kino, toll. Das ist mehr wert, als Sie es sich vermutlich vorstellen können. Da ist auch schon etwas passiert, wobei man Gewalttätigkeiten gegenüber Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes natürlich nicht von heute auf morgen abstellt. Aber man kann dafür sorgen, dass sich

alle besser wappnen können, dass man voneinander erfährt, dass es Materialien gibt. So kann man Konsequenzen ziehen und noch mehr machen.

In Ihrer Pressemitteilung, Frau Kampmann, hieß es, dass ich mich vor die Beamten stellen und ihnen den Rücken stärken solle – ich habe überlegt, die mit in den Karneval zu nehmen.

(Christina Kampmann [SPD]: Was ist falsch daran? – Zuruf von der CDU: Da gab es schon ganz andere Minister! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Fragen Sie einfach mal Feuerwehrleute, Polizisten oder Rettungskräfte, ob sie meinen, dass ich ihnen nicht den Rücken stärken würde. Sollten sie das meinen, können Sie sich bei mir melden, und dann kümmere ich mich darum. Ich bin ja lernfähig.

(Christina Kampmann [SPD]: Offensichtlich nicht genug, sonst gäbe es solche Angriffe ja nicht! – Zuruf: So ein Blödsinn! – Zurufe von der CDU)

Die Ermittlungen und die Aufklärung sind eigentlich die spannendsten Aspekte dieser Silvesternacht. Es geht nicht nur darum, wer das war, sondern vor allen Dingen auch darum, warum wir so schwer an die herankommen. Das ist die Frage, die mich am meisten beschäftigt – und die heute auch schon bei einem anderen Tagesordnungspunkt eine Rolle spielte. Natürlich ist es unheimlich mühsam, das zu ermitteln, da sie den Personen konkret etwas nachweisen müssen, damit der Richter dann auch – wie eben gefordert – Konsequenzen ziehen kann. Es reicht nicht, zu sagen, dass Raketen geflogen sind und daran irgendwelche Leute beteiligt gewesen sein müssen, man muss beweisen können, beispielsweise mittels Filmaufnahmen, dass Peter Müller eine Rakete abgefeuert hat. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

Es ist leichter, wenn es bei denjenigen, die drumherum stehen, aber eigentlich nichts damit zu tun haben wollen, ein Bewusstsein dafür gibt, dass sie einen Schutzwall bilden, sodass die Täter nicht erwischt werden. Das sind die Dinge, die mich viel mehr umtreiben. Ein Polizist ist relativ machtlos, wenn er nicht zufällig einen sieht und hineingehen kann. Es ist im Übrigen nicht einfach, in Gruppen von tobenden Menschen hineinzugehen. Deswegen haben wir Einheiten auf den Weg gebracht, die es vorher in diesem Bundesland nicht gab, Spezialisten bei der Bereitschaftspolizei. Wenn man hineingehen und Leute herausholen will – ich bin dafür –, muss man allerdings mit Bildern rechnen, wie sie hier eben beklagt wurden. Manchmal sind wir in der Debatte nicht konsequent. Wenn man Leute herausholt, gibt es unangenehme Bilder und Menschen werden verletzt, da die uns schließlich nicht einfach hineingehen lassen und sagen: Hier ist Peter Müller. Nehmt ihn mit. – Darüber müssen wir reden, wenn wir weiterkommen wollen. Wir müssen uns natürlich auch über die von Herrn Katzidis, Frau Höller und Herrn Bialas angesprochenen Aspekte unterhalten: gesellschaftliche Entwicklungen, Hintergründe und Ursachen. Das ist nicht meine Baustelle, aber es ist die wichtigste von allen. Wenn wir also konkret dagegen angehen wollen, müssen wir über diese Aspekte intensiver sprechen. Der Vorwurf, dass wir nichts machen würden, geht aber an der Wirklichkeit vorbei.

15 Entwicklung der Einbruchszahlen in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/719

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

16 Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen Jugendlichen bei einem Polizeieinsatz in Dortmund am 08.08.2022 (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/734

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

17 Zahl der Neueinstellungen von Kommissaranwärtlern und -anwärterinnen im Jahr 2022 (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 13]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/721

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

18 Aktuelle Erkenntnisse über eine mutmaßliche Beteiligung eines Unternehmens aus Nordrhein-Westfalen beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/717

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

19 Festnahme eines Tatverdächtigen im Zusammenhang mit einer Anschlagsdrohung auf den Düsseldorfer Weihnachtsmarkt am 05.12.2022 (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/731

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

20 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen der Polizei NRW“ *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 12])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/725

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

21 Düsseldorf: Mann nach Schlägerei in der Altstadt gestorben (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/718

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

22 Faeser sieht Deutschland im „Zielspektrum“ von islamistischem Terror (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/720

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

23 Ibbenbüren: Schüler ersticht Lehrerin (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 14]*)

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

24 Verschiedenes

a) Debattendisziplin

Mit Blick auf die heute aus Zeitgründen nicht behandelten TOPs mahnt **Vorsitzende Angela Erwin** für die kommenden Ausschusssitzungen Debattendisziplin an.

b) Bedarfstermin am 9. Februar 2023

Der Ausschuss kommt überein, den Bedarfstermin am 9. Februar 2023 wegen der heute nicht behandelten TOPs wahrzunehmen.

(Kurze Unterbrechung – Es folgt ein nichtöffentlicher Teil; s. nöAPr 18/28.)

gez. Angela Erwin
Vorsitzende

14 Anlagen

24.04.2023/27.04.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdB)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdB)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

16.01.2023

Beantragung einer Aktuellen Viertelstunde für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 eine Aktuelle Viertelstunde nach § 60 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen zum Thema:

Demonstration von Klimaaktivisten in Lützerath am 14.01.2023

Am 14.01.2023 protestierten in Lützerath mehrere Tausend Demonstrierende gegen den Braunkohleabbau. Die Polizei sprach in diesem Zusammenhang von rund 15.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen, die Veranstalter von ca. 35.000. Während der Demonstration kam es immer wieder zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen Aktivisten bzw. Aktivistinnen und der Polizei. Nach Polizeiangaben wurden am Nachmittag des 14.01.2023 immer wieder Absperrungen durchbrochen, weil Demonstrierende versuchten in den Tagebau einzudringen bzw. nach Lützerath vorzudringen. Dabei haben sich nach Pressemeldungen zahlreiche Personen auch in unmittelbare Nähe des Gefahrenbereichs der Abbruchkante begeben. Laut Polizei seien Pyrotechnik und Steine in Richtung der Einsatzkräfte geflogen. Die Polizei setzte wiederum Pfefferspray, Schlagstöcke und Wasserwerfer ein, um Demonstranten daran zu hindern, die abgesperrten Bereiche zu betreten. Erst bei Einbruch der Dunkelheit habe sich demnach am frühen Samstagabend die Lage wieder beruhigt.

Nach der Demonstration warfen sich sowohl die Polizei als auch die Aktivisten und Aktivistinnen gegenseitig Gewalttätigkeiten und konfrontatives Verhalten vor. Nach Angaben der Polizei vom 15.01.2023 wurden im Zuge der Räumung von Lützerath insgesamt mehr als 70 Polizisten verletzt. Zu den meisten Verletzungen sei es dabei bei den Protestaktionen am Samstag gekommen. Die Verletzungen seien zum Teil auf Gewalt durch Demonstrierenden zurückzuführen gewesen, teilweise seien die Verletzungen aber auch durch die Beschaffenheit des Geländes und den schlammigen Boden bedingt gewesen.

Wie viele Demonstrierende insgesamt verletzt wurden ist bisher nach den Medienberichten noch unklar. Nach Angaben der Polizei seien jedoch neun Aktivisten mit Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht worden. Eine Sprecherin des Sanitätsdienstes der Demonstrierenden sprach hingegen von einer „hohen zweistelligen bis dreistelligen Zahl“.

Seit Beginn der Räumung seien zudem etwa 150 Strafverfahren - etwa wegen Widerstands gegen Polizeibeamte, Körperverletzung und Landfriedensbruchs - eingeleitet worden.

Wir bitten die Landesregierung im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde um einen Sachstandsbericht zu den Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Demonstration vom 14.01.2023. Da sich durch die Ausschreitungen im Vergleich zu den übrigen Tagen des Räumungseinsatzes noch mal eine besondere Situation ergeben hat und diese Entwicklung die landespolitischen Diskussionen in den letzten Tagen eindeutig dominiert hat, besteht an der Beratung ein dringendes öffentliches und parlamentarisches Interesse, das über den bereits vorgesehenen Tagesordnungspunkt 12 zur allgemeinen Situation in Lützerath hinausgeht.

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des
InnenausschussesAngela Erwin MdL
Platz des Landtags
40221 Düsseldorf**Marc Lürbke**
Innenpolitischer Sprecher
FDP-Landtagsfraktion NRWmarc.luerbke@landtag.nrw.de
T: 02 11 | 884 4462
F: 02 11 | 884 3662

Düsseldorf, den 02. Dezember 2022

Beantragung eines Berichtes für die Innenausschusssitzung am 15.12.2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Ausschusssitzung am 15.12.2022 beantragen wir folgenden schriftlichen Bericht:

Geplante Räumung von Lützerath: Irreführende Aussagen des Innenministers Reul – gab es doch keine Koordination und Kommunikation im Vorfeld und ist die (rechts)- sichere Räumung von Lützerath nun in Gefahr?

Die Landesregierung hat sich im Rahmen des von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten und am 24.11.2022 im Landtag debattierten Antrages „Die Landesregierung muss alles unternehmen, damit in Lützerath kein Hambacher Forst 2.0 entsteht“ entschlossen gezeigt, noch in diesem Winter Lützerath zu räumen. Innenminister Herbert Reul hatte angekündigt, einen entsprechenden Großeinsatz in Lützerath zu planen. Der Innenminister betonte in der Debatte, dass dies nur mit einem Gesamteinsatz ginge, in dem die Barrikaden beseitigt, die Personen verbracht und alle Häuser abgerissen und die Bäume gerodet werden, also die Besetzungsinfrastruktur beseitigt wird.¹ Der Innenminister betonte, dass eine gründliche Vorbereitung im vollen Gange sei und man mit allen Beteiligten seit Längerem im intensiven Austausch stehe.² Die Landesregierung habe bereits den Kölner Regierungspräsidenten gebeten, eine Räumungsverfügung auf den Weg zu bringen. Danach seien der Kreis Heinsberg und die Stadt Erkelenz am Zug, wobei RWE die Stadt Erkelenz als für die Räumung zuständige Ordnungsbehörde am 5. Oktober 2022 offiziell in seine Planungen einbezogen habe.³

Angesichts des bevorstehenden Endes der Rodungsperiode Ende Februar besteht Zeitdruck, nach Auskunft der Gewerkschaft der Polizei spiele jeder Tag ohne entsprechende Vorbereitung- und Planungsmöglichkeiten den Radikalen in die Hände. Denn in Lützerath befinden sich mittlerweile diverse, auch von der linksextremistischen Szene beeinflusste

¹ Plenarprotokoll 18/15, S 39.

² ebd.

³ ebd.

Gruppen wie „Ende Gelände“,⁴ welche sich auf eine geplante Räumung durch die Polizei gezielt vorbereiten. Auch die Protestbewegung Fridays for Future bereitet sich vor und kündigte auf Twitter an: „Die Klimagerechtigkeitsbewegung wird die Räumung zum Desaster machen“.⁵ Mit jedem Tag, der verstreicht, wird Lützerath zur Festung.⁶

Die Entschlossenheit zur Räumung und ihrer Bedeutung für den Rechtsstaat unterstrich Innenminister Reul nochmals in einem Interview mit der WeLT: „Mit der Räumung von Lützerath wird auch der Rechtsstaat verteidigt.“, so der Innenminister. Er stellt eine Unterwanderung des Klima-Protests durch gewalttätige Linksextremisten fest und will keine Kompromisse machen, um Chaos zu vermeiden.⁷

Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt diese Haltung des Innenministers zur Räumung, denn eine mangelhafte bzw. nicht ausreichende Planung erhöht erheblich die Gefahren für alle Beteiligten, insbesondere für Einsatzkräfte der Polizei. Nunmehr sind jedoch offenkundig Unsicherheiten bezüglich des Räumungsplanes entstanden. Die Stadt Erkelenz sieht sich überhaupt nicht zuständig für die Räumung und verweist auf RWE, in dessen Besitz sich Lützerath befinden würde. So teilte der erste Beigeordnete der Stadt Erkelenz mit, dass man von Seiten der Stadt Erkelenz überhaupt nicht plane, ein Ersuchen auf Vollzugshilfe zu stellen.⁸

Vor diesem Hintergrund bitten wir das Ministerium um einen Bericht, in dem insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden soll:

1. Hat im Vorfeld der Planungen zur Räumung eine Absprache mit den betroffenen Akteuren, speziell mit der Stadt Erkelenz und dem Kreis Heinsberg, stattgefunden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Wieso sieht die Landesregierung den Kreis Heinsberg und die Stadt Erkelenz in der Pflicht, wenn diese laut eigener Aussage nicht für eine Räumung zuständig sind?
3. Teilt die Landesregierung die Rechtsauffassung des Ersten Beigeordneten der Stadt Erkelenz?

⁴ Schriftlicher Bericht des Ministers des Innern für die Sitzung des Innenausschusses am 17.11.2022 zu dem Tagesordnungspunkt: „Radikale Klimabewegungen in NRW“, S. 2.

⁵ Landeszentrale für politische Bildung NRW: „Kohleausstieg bis 2030 beschlossen: Ist der NRW-Kohlekompromiss gelungen?, abgerufen unter: <https://www.politische-bildung.nrw.de/themen/was-bewegt-nrw/details/kohleausstieg-bis-2030-beschlossen-ist-der-nrw-kohlekompromiss-gelungen/page-1>.

⁶ WeLT: Minister Reul zu Lützerath: „Wir machen da keine Kompromisse, sonst gibt es Chaos“, abgerufen unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus242372487/Reul-zu-Luetzerath-Wir-machen-da-keine-Kompromisse-sonst-gibt-es-Chaos.html>.

⁷ WeLT: Minister Reul zu Lützerath: „Wir machen da keine Kompromisse, sonst gibt es Chaos“, abgerufen unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus242372487/Reul-zu-Luetzerath-Wir-machen-da-keine-Kompromisse-sonst-gibt-es-Chaos.html>.

⁸ Nd: „Reuls Räumungsplan wankt: Stadt Erkelenz sieht sich nicht zuständig für Räumung von Lützerath“, von Sebastian Weiermann, abgerufen unter: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1168939.klimaproteste-reuls-raeumungsplan-wankt.html>.

4. Was unternimmt die Landesregierung nun konkret, um die Rodungsperiode in Lützerath nicht ergebnislos verstreichen zu lassen?
5. Auf welcher konkreten Rechtsgrundlage plant die Landesregierung nun eine Räumung mit Blick auf das Bauordnungsrecht, dem Bergbaurecht, dem allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts oder anderen Gesetzen des öffentlichen Rechts und wo sieht die Landesregierung die Schwierigkeit bei der Auswahl und Anwendung der jeweiligen, in Betracht kommenden Rechtsgrundlagen für eine Räumung?

Mit freundlichen Grüßen



Marc Lürbke MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (Mdl)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (Mdl)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

04.01.2023

Beantragung schriftlicher Berichte für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 folgende schriftliche Berichte:

1. Sachstand zur Situation in Lützerath

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Sachstandsbericht zur Situation im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Räumung des Weilers Lützerath im rheinischen Braunkohleabbaugebiet. Nach den aktuellen Presseberichten (Stand 04.01.2023) ist es bereits im Vorfeld der bevorstehenden Räumung zu Zusammenstößen zwischen Polizisten und Klimaaktivisten gekommen. Nach Berichten der Nachrichtenagentur dpa haben Aktivisten demnach Böller, Flaschen und Steine auf die Polizei geworfen. Wir bitten deshalb um Berichterstattung über die weiteren Entwicklungen bis zur Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023.

2. Ausschreitungen in nordrhein-westfälischen Städten in der Silvesternacht 2022/2023

In zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten ist es in der Silvesternacht 2022/2023 zu schweren Krawallen, Gewaltexzessen und zu brutalen Angriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte gekommen.

So schossen nach Medienberichten Randalierer in Essen Raketen auf Feuerwehrleute und bewarfen sie mit Böllern, als diese versuchten mehrere brennende Müllcontainer zu löschen. Ebenfalls in Essen wurden Polizistinnen und Polizisten aus einer Gruppe von Menschen heraus mit Feuerwerkskörpern beschossen. Die Polizeikräfte seien zuvor alarmiert worden, weil sich etwa 200 Menschen gegenseitig mit Feuerwerk beschossen.

In Hagen haben nach den Berichten Randalierer Mülltonnen und Sperrmüll angezündet und damit Barrikaden auf der Straße errichtet. Die Einsatzkräfte die daraufhin kamen, wurden ebenfalls mit Feuerwerksraketen beschossen. Auch in der Bochumer Innenstadt sollen rund 300 Menschen Einsatzkräfte mit Feuerwerkskörpern beworfen haben, nachdem die Polizei einem 17-Jährigen eine Pistole abgenommen hatte.

In Duisburg sollen sich mehrere Gruppen gegenseitig mit Feuerwerkskörpern beschossen haben. Auch hier wurde die Polizei demnach bei ihrem Eintreffen mit Böllern beschossen und mit Steinen und Glasflaschen beworfen. Dabei sei ein Streifenwagen beschädigt worden. In Duisburg-Hochfeld sollen mehrere Menschen E-Scooter angezündet haben und anschließend Böller auf ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr geworfen haben. In Duisburg-Marxloh wurden nach Presseberichten durch brennende Mülltonnen und Paletten Straßenbahnschienen beschädigt.

Auch in Bonn sollen laut Angaben der dortigen Polizei Jugendliche Müllcontainer angezündet und die Feuerwehr beim anschließenden Löscheinsatz mit Steinen und Pyrotechnik beworfen haben.

Wir bitten die Landesregierung vor diesem Hintergrund um einen umfassenden schriftlichen Sachstandsbericht über die Situation in der Silvesternacht 2022/2023 in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere bitten wir in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

- In welchen nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden kam es in der Silvesternacht zu Krawallen durch Gruppen bzw. zu Angriffen auf Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste und um welche Vorgänge handelte es sich dabei im Einzelnen?
- Wie viele Polizeikräfte waren an den jeweiligen Tatorten im Einsatz?

- Wie viele Polizisten und Polizistinnen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Feuerwehren bzw. Rettungsdiensten sowie unbeteiligte Dritte wurden durch die Krawalle und die gezielten Angriffe verletzt und wie groß ist der entstandene Sachschaden an den jeweiligen Orten der Krawalle?
- Welche Tätergruppen wurden in den einzelnen Städten jeweils identifiziert und wie viele Personen wurden verhaftet bzw. gegen wie viele Personen wurden Strafverfahren eingeleitet?
- Welche Maßnahmen wird die Landesregierung einleiten, um Gewaltausbrüche wie am Silvesterabend insgesamt sowie Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte im Besonderen zu bekämpfen und wie ist der Umsetzungsstand beim 2019 vom Innenminister verkündeten Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt“, der Feuerwehrlaute und Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen soll?

3. Entwicklung der Einbruchszahlen in Nordrhein-Westfalen

Nachdem die Zahl der Einbrüche in Nordrhein-Westfalen in den Vorjahren weiter zurückgegangen war, ist sie nach Presseberichten im Jahr 2022 wieder angestiegen. Bereits nach den für das erste Halbjahr 2022 vorgelegten Zahlen des Landeskriminalamts war die Zahl der Einbrüche demnach in diesem Zeitraum von knapp 28.000 im entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 32.270 gestiegen.

Wir bitten die Landesregierung um eine Übersicht über die Entwicklung der Einbruchszahlen in Nordrhein-Westfalen im Gesamtjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr sowie um eine entsprechende Aufschlüsselung der Zahlen nach Kreispolizeibehörden. Wir bitten zudem um Mitteilung, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung auf wieder steigende Einbruchszahlen reagieren will.

4. Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen Jugendlichen bei einem Polizeieinsatz in Dortmund am 08.08.2022

Am 08.08.2022 kam es in Dortmund im Rahmen eines Polizeieinsatzes zum Tod eines 16-jährigen Jugendlichen. Die Staatsanwaltschaft hatte Ende November 2022 angekündigt, dass voraussichtlich im Januar 2023 mit einem Ergebnis der Ermittlungen zu rechnen sei. Wir bitten diesbezüglich um einen aktualisierten schriftlichen Sachstandsbericht.

5. Zahl der Neueinstellungen von Kommissaranwärtern und -anwärterinnen im Jahr 2022

In einem Bericht für die Sitzung des Innenausschusses am 22.09.2022 hatte die Landesregierung mitgeteilt, dass die Zahl der ernannten Kommissaranwärter und -anwärterinnen für das Einstellungsjahr 2022 am 13.09.2022 insgesamt 2.387 Personen betrug. In dem Bericht wurde darauf hingewiesen, dass dies noch nicht die endgültige Einstellungszahl sei, da eine Aufnahme des dualen Studiums voraussichtlich noch bis Anfang Oktober möglich sei.

Wir bitten die Landesregierung um Mitteilung, wie viele Kommissaranwärter und -anwärterinnen bis zum Ende des Aufnahmeverfahrens für das Jahr 2022 ernannt wurden.

6. Aktuelle Erkenntnisse über eine mutmaßliche Beteiligung eines Unternehmens aus Nordrhein-Westfalen beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran

Für die Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2022 hatte die SPD-Fraktion eine Aktuelle Viertelstunde zur mutmaßlichen Beteiligung eines Unternehmens aus Meerbusch beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran beantragt. Hintergrund war, dass bei der Firma mit dem Namen Softqloud der Verdacht besteht, dass sie als Tarnfirma der iranischen Techfirma Arvancloud fungiert, die enge Verbindungen zur iranischen Regierung unterhalten soll. Der Innenminister hatte im Rahmen der Aktuellen Viertelstunde berichtet, dass die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit den Anschuldigungen bereits tätig geworden seien und dass sich unter anderem der Staatsschutz des Polizeipräsidiums Düsseldorf mit den Vorwürfen gegen das Unternehmen befasse. Konkretere Erkenntnisse lagen nach Aussage des Ministers am 27.10.2022 jedoch noch nicht vor, da sich die Ermittlungen zu diesem Zeitpunkt noch in einem Vorstadium befunden hätten. Der Innenminister hatte allerdings eine spätere Berichterstattung über den weiteren Verlauf der Ermittlungen zugesagt.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um einen aktualisierten Sachstandsbericht.

7. Festnahme eines Tatverdächtigen im Zusammenhang mit einer Anschlagsdrohung auf den Düsseldorfer Weihnachtsmarkt am 05.12.2022

Am 05.12.2022 kam es zu einer Anschlagsdrohung gegen den Weihnachtsmarkt vor dem Düsseldorfer Rathaus. Als Folge hatte die Polizei alle Weihnachtsmärkte in der Stadt für etwas mehr als zwei Stunden geräumt und weiträumig abgesperrt.

Nach Medienberichten vom 02.01.2023 soll die Polizei jetzt einen 15-jährigen Jugendlichen aus dem Raum Osnabrück als Tatverdächtigen ermittelt haben. Der Jugendliche soll zudem auch einer weiterführenden Schule in Münster sowie einem Berufskolleg in Düren mit einem Terroranschlag gedroht haben.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht über die bisher bekannten Hintergründe der Tat und zum aktuellen Sachstand bei den Ermittlungen.

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann



© IM NRW/Jochen Tack



© IM NRW/Jochem Tack





© IM NRW/Jochen Tack





© IM NRW/Jochen Tack



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (Mdl)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (Mdl)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

08.01.2023

Weitere Beantragung eines schriftlichen Berichts für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 beantragen wir einen weiteren Tagesordnungspunkt:

- **Anti-Terror-Einsatz in Castrop-Rauxel**

Nach Presseberichten vom 08.01.2023 wurde in Castrop-Rauxel ein 32-jähriger Mann festgenommen. Es besteht demnach der Verdacht, dass der Mann einen islamistischen Anschlag mit einer chemischen Bombe vorbereitet haben soll. Der iranische Staatsangehörige sei verdächtig, sich für die Tat die Giftstoffe Cyanid und Rizin besorgt zu haben. Zudem sei auch der Bruder des Verdächtigen festgenommen worden. Hier werde noch geprüft, ob es auch bei ihm einen Zusammenhang mit den Vorwürfen gibt. Der Einsatzort sei weiträumig abgesperrt worden und Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte seien mit einem Großaufgebot vor Ort gewesen. Bis zum Nachmittag des 08.01.2022 seien in der Wohnung des Verdächtigen zunächst keine Giftstoffe gefunden worden. Es seien jedoch Beweismittel sichergestellt worden, die nun ausgewertet werden. Gegenüber der Deutschen Presseagentur (DPA) soll der Düsseldorfer Generalstaatsanwalt gesagt haben, dass der Hinweis auf die Anschlagsgefahr mit einer chemischen Bombe von einer US-amerikanischen Sicherheitsbehörde gekommen sei. Die DPA will

zudem aus Sicherheitskreisen erfahren haben, dass der Tatverdächtige Anhänger einer sunnitischen islamistischen Terrorgruppe sei.

Wir bitten die Landesregierung um einen umfassenden schriftlichen Sachstandsbericht zu dem Vorfall und seinen Hintergründen sowie zum aktuellen Stand der Ermittlungen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'C. Kampmann', is centered on the page.

Christina Kampmann

Markus WagnerMitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Innenpolitischer Sprecher der AfD-LandtagsfraktionTel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.deAfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 DüsseldorfAn die Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL- im Hause -

Düsseldorf, 8. Januar 2023

Beantragung von Tagesordnungspunkten für die 8. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die 8. Sitzung des Innenausschusses am 19. Januar 2023 beantrage ich für die AfD-Fraktion die nachfolgenden Tagesordnungspunkte mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

I.**Düsseldorf: Mann nach Schlägerei in der Altstadt gestorben**

Nach Medienangaben kam es am frühen Donnerstagmorgen, den 5. Januar 2023, zu einer Auseinandersetzung vor einem Club in der Düsseldorfer Altstadt, bei der ein 47 Jahre alter Mann derart lebensgefährlich verletzt wurde, dass er einen Tag später im Krankenhaus verstarb.¹

Aus noch unbekanntem Gründen kam es zwischen dem Opfer und einem 23 Jahre alten Mann in einem Club auf der Mertensgasse zunächst zu einem verbalen Streit, der sich nach draußen verlagerte. Dort schlug und trat der 23-jährige auf seinen Kontrahenten ein, der zu Boden fiel und nicht mehr ansprechbar war. Bis zum Eintreffen der Rettungskräfte wurde das Opfer von Polizeibeamten reanimiert und der mutmaßliche Täter vor Ort festgehalten, bis dieser an die Polizei übergeben wurde. Obwohl der Tatverdächtige nach Informationen der Presse bereits polizeibekannt sei, wurde vom zuständigen Richter festgelegt, dass die zuvor angeordnete

¹ Vgl. https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/blaulicht/duesseldorf-47-jaehriger-nach-altstadt-schlaegerei-gestorben_aid-82517907.

Untersuchungshaft gegen Meldeauflagen und Zahlung einer Kaution ausgesetzt werden könne.²

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben genannten Vorfall? (Bitte Tatverdächtigen, Tathergang, Vorstrafen des Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften des Tatverdächtigen, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist, Vornamen des deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über den Tatverdächtigen nennen.)?
2. Warum wird die angeordnete Untersuchungshaft eines mutmaßlichen Mörders, der zudem bereits polizeibekannt ist, gegen Meldeauflagen und Zahlung einer Kaution ausgesetzt?
3. Wie viele Polizeibeamte werden zwischen 18:00 und 06:00 Uhr morgens des Folgetages in der Düsseldorfer Altstadt eingesetzt?
4. Wem gehört die Immobilie des betreffenden Clubs „Papagayo“?
5. Wer ist der Betreiber des unter Frage 5 abgefragten Clubs?
6. Gibt es zu den unter Frage 4 und Frage 5 genannten Bezüge zur Organisierten bzw. Rocker- oder Clankriminalität?
7. Häufig stehen direkt an der Kreuzung Mertensgasse Ecke Kurze Straße mehrere Einsatzkräfte der Polizei, um das Geschehen zu überwachen. Waren solche auch zum Tatgeschehen vor Ort?
8. Welche Immobilien bzw. Bars, Clubs, Tanzlokale in der Düsseldorfer Altstadt werden durch die Besitz- und/oder Betreiberverhältnisse der Organisierten (Rocker, Clans, etc.) Kriminalität zugerechnet?
9. Welchen Einfluss übt die Zuwanderung auf das Publikum und das strafbare Geschehen in der Düsseldorfer Altstadt aus?

² Ebenda.

II.**Castrop-Rauxel: FBI warnte Behörden vor islamistischen Terror-Anschlag**

„Wir hatten einen ernst zu nehmenden Hinweis, der die Polizei dazu veranlasst hat, noch in der Nacht zuzugreifen.“³

So beschreibt Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) die in der Nacht zu Sonntag, den 8. Januar 2023, stattgefundenen Erstürmung eines Mehrfamilienhauses in Castrop-Rauxel durch ein Spezialeinsatzkommando in ABC-Schutzanzügen. Der Verdacht: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.⁴

Die entscheidenden Hinweise leitete das FBI an die deutschen Sicherheitsbehörden weiter, da die Planung eines Anschlags mit Biowaffen bereits sehr fortgeschritten gewesen sei. Bei dem Polizeieinsatz wurden zwei iranische Brüder festgenommen, wobei sich insbesondere der 32-Jährige im Internet für Rizin und Cyanid interessiert haben soll. Mit diesen Substanzen, die letztlich zur Herstellung einer Biowaffe verwendet werden sollten, sollten bereits zu Silvester bei einem Anschlag Menschen vergiftet werden. Nach Angaben der Medien hatte der Verdächtige zum Jahreswechsel allerdings noch nicht genug Material beschaffen können, was sich laut FBI in den letzten Tagen geändert haben soll.⁵

In der durchsuchten Wohnung wurden nach Medienangaben keine chemischen Kampfstoffe gefunden, allerdings Datenträger, die nun ausgewertet werden. Der 32-jährige Hauptverdächtige ist laut FBI Sympathisant des Islamischen Staates.⁶

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu der oben genannten Durchsuchung? (Bitte Tatverdächtige, Tathergang, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, seit wann die Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind, Vornamen der deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen.)?
2. Wurden bei der Durchsuchung auch legale bzw. illegale Waffen sichergestellt? (Bitte nach Waffenart aufschlüsseln.)

³ Vgl. <https://www.bild.de/bild-plus/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/terror-razzia-in-nrw-fbi-gab-hinweis-auf-islamistischen-bombenbauer-82479414.bild.html>.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda.

3. Hat man bei der Durchsuchung Substanzen, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen, sicherstellen können? (Bitte nach Substanzarten aufschlüsseln.)
4. Wurde bei der Durchsuchung Bargeld aus ungeklärter Herkunft beschlagnahmt?
5. Gibt es Bezüge zur Organisierten und/oder Clan-Kriminalität?
6. Gibt es Bezüge zu Diensten ausländischer Mächte (z. B. Iran o. a.)?
7. Wann erhielt der Minister Kenntnis von den oben genannten Informationen?

III.

Faeser sieht Deutschland im „Zielspektrum“ von islamistischem Terror

„Deutschland steht weiterhin im unmittelbaren Zielspektrum islamistischer Terrororganisationen.“⁷

Dies erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Sonntag, den 8. Januar 2023, nachdem zuvor in der Nacht auf Sonntag Anti-Terror-Ermittler in Castrop-Rauxel einen 32-jährigen Iraner festgenommen haben, der einen islamistischen Anschlag vorbereitet haben soll. Er wird verdächtigt, Zyanid und Rizin beschafft zu haben, um damit einen Anschlag verüben zu wollen. Dieser Vorfall zeigt erneut eindeutig auf, dass die Bedrohung eines Anschlags nach wie vor sehr hoch ist. Dies bekräftigt auch der Terrorismusexperte Neumann und weist daraufhin, dass man eben diese Bedrohung durch islamistische Einzeltäter nicht vergessen dürfe.⁸

Innenministerin Faeser teilte mit, dass seit dem Jahre 2000 Sicherheitsbehörden 21 islamistische Anschläge verhindert hätten. Darüber hinaus wurde Faeser wie folgt zitiert:

„Unsere Sicherheitsbehörden rechnen deshalb jederzeit mit Vorbereitungen für einen Anschlag.“⁹

Sogar Grünen-Innenexperte Konstantin von Notz warnt davor „von islamistischen Täterinnen und Tätern ausgehende Gefahren aus dem Blick [zu] verlieren und [zu] unterschätzen“.¹⁰

⁷ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article243093061/Nach-Razzia-Faeser-sieht-Deutschland-im-Zielspektrum-von-islamistischem-Terror.html>.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie viele islamistisch motivierte Attentate konnten seit 2000 in NRW verhindert werden?
2. Für wie hoch erachtet die Landesregierung die Anschlagssgefahr aus dem islamistischen Spektrum?
3. Ist eine ähnliche Qualität von eventuellen Anschlägen auch aus dem Bereich PMK Links, Rechts bekannt?

Mit freundlichen Grüßen


Markus Wagner, MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (Mdl)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (Mdl)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

30.11.2022

Beantragung von schriftlichen Berichten für die Sitzung des Innenausschusses am 15.12.2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 15.12.2022 folgende schriftliche Berichte:

1. Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit zwei Todesfällen bei Polizeieinsätzen in Dortmund

Am 08.08.2022 kam es in Dortmund im Rahmen eines Polizeieinsatzes zum Tod eines 16-jährigen Jugendlichen. Wir bitten um einen aktualisierten schriftlichen Sachstandsbericht und um Mitteilung, welche weiteren Erkenntnisse in diesem Fall zwischenzeitlich vorliegen. Zudem bitten wir um einen aktualisierten Sachstandsbericht, ob die Landesregierung zwischenzeitlich weitere Maßnahmen bzw. Konsequenzen aufgrund des Vorfalls eingeleitet hat und - wenn dies der Fall sein sollte - um welche es sich dabei handelt.

Darüber hinaus bitten wir die Landesregierung um eine schriftliche Darlegung, ob es mittlerweile neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Todesfall nach einem Taser-Einsatz in Dortmund am 19.10.2022 gibt und - wenn dies der Fall sein sollte - um welche es sich dabei handelt.

2. Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Alte Synagoge in Essen

In der Nacht vom 17. auf den 18.11.2022 hatte es offenbar einen Angriff mit Schusswaffen auf die Alte Synagoge in Essen gegeben. Am Morgen des 18.11.2022 waren entsprechende Einschusslöcher am angrenzenden Rabbinerhaus entdeckt worden.

Auf der Sondersitzung des Innenausschusses am 25.11.2022 wurde bekanntgegeben, dass sich noch weitere Vorfälle mit mutmaßlich antisemitischen Hintergrund im Ruhrgebiet ereignet haben, die möglicherweise in einem Zusammenhang mit der Attacke auf das Essener Rabbinerhaus stehen.

Wir bitten die Landesregierung in einem schriftlichen Bericht um Mitteilung, ob zwischenzeitlich neue Erkenntnisse zu den Vorfällen bestehen und - wenn dies der Fall ist - um welche neuen Erkenntnisse es sich dabei handelt.

3. Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen des Verdachts der langjährigen Freiheitsberaubung eines achtjährigen Mädchens in Attendorn

Ein acht Jahre altes Mädchen soll nahezu sein gesamtes Leben lang in einem Haus im sauerländischen Attendorn festgehalten und knapp sieben Jahre lang komplett von der Außenwelt abgeschirmt worden sein. Die Staatsanwaltschaft in Siegen ermittelt in diesem Zusammenhang aktuell gegen die Mutter des Kindes und die Großeltern. Dabei soll das Jugendamt bereits im Herbst 2020 anonyme Hinweise auf die Tat erhalten haben und nach einem erneuten anonymen Hinweis im Herbst 2021 auch die Polizei hiervon in Kenntnis gesetzt und nach einer Hausdurchsuchung angefragt haben. Die Polizei soll im Gegenzug gefragt haben, ob das Jugendamt denn schon vor Ort gewesen sei. Als dies vom Jugendamt verneint worden sei, habe die Polizei erwidert, dass diese vagen Hinweise noch nicht für eine Durchsuchung ausreichen würden und das Jugendamt gebeten, zunächst selbst zu recherchieren. Danach habe sich das Jugendamt nach Aussage der Polizei jedoch nicht mehr gemeldet.

Wir bitten um Mitteilung, ob es im Rahmen der Ermittlungen zwischenzeitlich zusätzliche Erkenntnisse über die Maßnahmen der Polizeibehörde im Zusammenhang mit diesem Sachverhalt gibt und bitten darüber hinaus um eine Einschätzung, ob die Landesregierung beim Zusammenspiel zwischen Jugendämtern und Polizeibehörden bei Verdacht auf Kindesmissbrauch weiteren Verbesserungsbedarf sieht bzw. welche Maßnahmen sie diesbezüglich für erforderlich hält.

4. Missbrauchsverdacht gegen einen Personenschützer

Nach einem Bericht des Spiegel vom 28.11.2022 ermittelt die Staatsanwaltschaft in Wuppertal gegen einen Polizisten wegen des Anfangsverdachts des Kindesmissbrauchs. Demnach soll es sich um einen leitenden Personenschützer handeln, der für den Schutz von Mitgliedern der nordrhein-westfälischen Landesregierung zuständig gewesen sei. Er sei dabei auch zum Schutz des früheren Ministerpräsidenten Armin Laschet und des jetzigen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst eingesetzt worden. Der Beschuldigte sei mittlerweile jedoch nicht mehr im Dienst. Das mutmaßliche Opfer des Mannes soll inzwischen 18 Jahre alt sein und eine nicht näher bekannte Einschränkung haben. Es soll über viele Jahre missbraucht worden sein.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Sachstandsbericht zu diesem Vorgang. In diesem Zusammenhang bitten wir insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Ist es zutreffend, dass der Beschuldigte zum Schutz des früheren Ministerpräsidenten Laschet und des aktuellen Ministerpräsidenten Wüst eingesetzt wurde und wurde er darüber hinaus noch zum Schutz von weiteren früheren oder aktuellen Mitgliedern der Landesregierung eingesetzt?
- Wann und auf welche Art und Weise haben der Ministerpräsident und der Innenminister von den Vorwürfen erfahren und welche Maßnahmen haben sie daraufhin veranlasst?
- Seit wann und warum ist der Beschuldigte nicht mehr im Dienst als Personenschützer tätig?
- Gibt es aktuell Erkenntnisse über mögliche weitere Opfer?

5. Cyberangriff auf die Universität Duisburg-Essen

Nach Presseberichten wurde die Universität Duisburg-Essen am 27.11.2022 Opfer eines Cyberangriffs. Nachdem die Hacker in die Systeme eingedrungen seien, sollen sie zahlreiche Daten verschlüsselt und Lösegeld gefordert haben. Die Erpresser hätten demnach damit gedroht, dass sie die Daten, die sie verschlüsselt haben, auch im Darknet veröffentlichen könnten.

Die Universität hat den Berichten zufolge zwischenzeitlich die IT-Infrastruktur heruntergefahren und vom Netz getrennt. Zum aktuellen Zeitpunkt (Stand 30.11.2022) konnten die Systeme demnach noch nicht wiederhergestellt werden. Zentrale Dienste wie PC-Anwendungen, E-Mail und Festnetztelefonie stünden dadurch nicht mehr zur Verfügung und Funktionen wie das Einschreibungswesen, Prüfungswesen und das Akademische Auslandsamt seien nicht mehr zu erreichen.

Wir bitten um einen schriftlichen Sachstandsbericht über den Vorgang. Diesbezüglich bitten wir insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Erkenntnisse gibt es bisher über die Täter bzw. Täterinnen?
- Welche Erkenntnisse gibt es über Schäden und wurden die Schäden und Einschränkungen durch den Angriff zwischenzeitlich behoben?
- Ist es zwischenzeitlich gelungen persönliche Daten sowie Forschungsdaten vor dem Zugriff im Darknet zu schützen?
- Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Gefährdungslage für wissenschaftliche Einrichtungen im Hinblick auf Cyberangriffe und wie soll grundsätzlich der Schutz solcher Einrichtungen sichergestellt werden?

6. Straftaten unter Verwendung von Schusswaffen in Nordrhein-Westfalen

Am 29.11.2022 wurde in der Presse darüber berichtet, dass ein 42 Jahre alter Mann mitten in der Krefelder Innenstadt auf offener Straße von einer bisher unbekannt Person erschossen wurde. Auch in den Wochen davor wurde immer wieder von Schießereien in der Öffentlichkeit berichtet, die zum Teil schwere Verletzungen zur Folge hatten - so zum Beispiel am 29.10.2022 in Oberhausen, am 10.10.2022 in Dortmund, am 26.09.2022 in Köln und am 07.09.2022 in Mönchengladbach. Bereits auf der Sitzung des Innenausschusses am 17.11.2022 hatte die Landesregierung über das Thema Waffenkriminalität berichtet (Vorlage 18/445) und mitgeteilt, dass im Jahr 2021 in Nordrhein-Westfalen 1.371 (2019: 1.422) Fälle erfasst wurden, in denen mit Schusswaffen gedroht wurde und 1.194 Fälle (2019: 1.613) erfasst wurden, in denen mit einer Schusswaffe geschossen wurde. Zu berücksichtigen ist dabei nach den Aussagen des Berichts jedoch, dass die Fallzahlenentwicklungen des Jahres 2021 von den Auswirkungen der pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens beeinflusst gewesen sein können. Wir bitten die Landesregierung deshalb um eine ergänzende schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Zu wie vielen Androhungen und zu wie vielen tatsächlichen Verwendungen von Schusswaffen durch Straftäter bzw. Straftäterinnen kam es in Nordrhein-Westfalen jeweils den Jahren von 2011 bis 2021 (bitte Aufschlüsselung nach Jahren)?
- Wie viele Menschen wurden in den Jahren von 2011 bis 2021 aufgrund der Verwendung von Schusswaffen durch Straftäter bzw. Straftäterinnen in Nordrhein-Westfalen getötet (bitte Aufschlüsselung nach Jahren)?

- Wie viele Täterinnen und Täter wurden in den Jahren von 2011 bis 2021 im Zusammenhang mit der Androhung bzw. Verwendung von Schusswaffen verurteilt (bitte Aufschlüsselung nach Jahren)?
- Wie viele Fälle von illegalem Besitz von Schusswaffen wurden in Nordrhein-Westfalen in den Jahren von 2011 bis 2021 festgestellt? (Bitte Aufschlüsseln nach Jahren und nach Art der Waffen)?

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdL)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdL)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

02.12.2022

Beantragung weiterer schriftlicher Berichte für die Sitzung des Innenausschusses am 15.12.2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 15.12.2022 folgende weitere schriftliche Berichte:

1. Welche Pläne hat die Landesregierung für die Polizeiorganisation und den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen?

In einem in Heft 10/2022 veröffentlichten Beitrag in den Nordrhein-Westfälischen Verwaltungsblättern (NWVBI) sprach sich der Leitende Ministerialrat im Innenministerium Prof. Dr. Schönenbroicher für eine durchgreifende Reform der Polizeistrukturen in Nordrhein-Westfalen aus, die von der Politik in der 18. Legislaturperiode in Angriff genommen werden sollte. Die Stärkung der polizeilichen und verwaltungsfachlichen Schlagkraft der örtlichen Polizeibehörden sei dabei nur durch eine Reduktion ihrer Anzahl zu erreichen. Die Zahl der Behörden sollte demnach in Zukunft von aktuell 47 auf 15 bis höchstens 20 Präsidien bei weitgehend einheitlicher Größe und Struktur festgelegt werden. Die bisherige Leitung der Kreispolizeibehörden im kreisangehörigen Raum durch die Landräte und Landrätinnen über das Rechtsinstrument der Organleihe sollte möglichst zugunsten einer Leitung durch ausschließlich staatliche Beamte bzw. Beamtinnen aufgegeben werden.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

- Ist der entsprechende Artikel mit dem Innenminister abgestimmt und entspricht die in dem Artikel beschriebene Auffassung auch der Auffassung der Landesregierung und insbesondere der des Innenministers?
- Wenn dies der Fall sein sollte: Gibt es Pläne der Landesregierung für eine grundlegende Strukturreform der Polizeiorganisation und werden hierfür konkrete Vorbereitungen getroffen? Wenn ja: Welche inhaltlichen Eckpunkte soll eine solche Reform haben und welcher Zeitplan ist hierfür vorgesehen?
- Wenn dies nicht der Fall sein sollte: Welche Auffassung vertritt der Innenminister im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit der aktuellen Polizeistrukturen in Nordrhein-Westfalen?

In einem weiteren Beitrag in Heft 19/2022 des Deutschen Verwaltungsblatts (DVBl) kritisieren Prof. Dr. Schönenbroicher und der Präsident des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts Prof. Dr. Heusch die thematische Ausweitung der Tätigkeit des Bundesamts für Verfassungsschutz auf das Themenfeld der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“. Beklagt wird eine fehlende Präzision des Themenfelds und eine überschießende Tendenz der neuen Kategorie der Delegitimierung.

Da auch der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2021 den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet hat, bitten wir die Landesregierung in diesem Zusammenhang um Beantwortung der Frage, ob die in dem Aufsatz im Deutschen Verwaltungsblatt geäußerte Auffassung auch die Ansicht der Landesregierung und insbesondere des Innenministers wiedergibt und ob in diesem Fall Auswirkungen für die Arbeit des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen zu erwarten sind?

2. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Urteil des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts zur Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand bei Feuerwehrbeamtinnen und -beamten?

Am 09.06.2022 hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen entschieden, dass Feuerwehrbeamtinnen und -beamte gemäß § 116 Abs. 3 LBG nur dann bereits mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können, wenn sie im Einsatzdienst verwendet werden und damit besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Der Begriff des Einsatzdienstes umfasst dabei die Tätigkeiten der unmittelbaren Brandbekämpfung und Hilfeleistung und die Verwendung im Einsatzdienst muss bis zum Ruhestand erfolgen. Nach Einschätzung zahlreicher Expertinnen und Experten hat das Urteil Folgen für die Praxis in den Feuerwehren, Leitstellen, dem IdF und den Brandschutzdienststellen, da Feuerwehrbeamtinnen und -beamte zukünftig unter Berufung auf

das Urteil erst nach Vollendung der bis auf 67 Jahre ansteigenden Regelarbeitsgrenze in den Ruhestand gehen können, wenn sie nicht mehr im reinen Einsatzdienst verwendet werden. Befürchtet wird deshalb, dass dies zu einer Verringerung der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber außerhalb des Einsatzdienstes führen könnte. Weiterhin sei zu befürchten, dass eigentlich nicht mehr voll einsatztaugliche Beamtinnen und Beamte sich in den Einsatzdienst versetzen lassen, um den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand zu erreichen.

Wir bitten die Landesregierung in einem schriftlichen Bericht um eine Beurteilung der Auswirkungen des Urteils. Zudem bitten wir um Mitteilung, welche Konsequenzen die Landesregierung aus dem Urteil zieht und welche Maßnahmen sie ggfs. ergreifen wird.

Mit freundlichen Grüßen

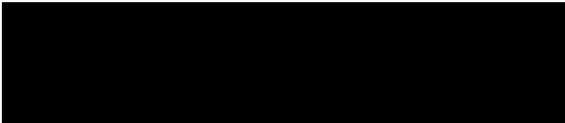


Christina Kampmann



Landtag Nordrhein-Westfalen - Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf

An die
Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL
- im Hause -



Düsseldorf, den 5. Dezember 2022

**Beantragung eines schriftlichen Berichts für die Sitzung des Innenausschusses
am 15. Dezember 2022**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die oben genannte Sitzung des Innenausschusses beantragen wir im Namen der Fraktionen der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen schriftlichen Bericht zum **Polizeieinsatz in Münster zum G7-Gipfel der Außenministerinnen und Außenminister am 03. und 04.11.2022.**

Im Rahmen des G7-Gipfels der Außenministerinnen und Außenminister am 03./04.11.2022 in Münster sollen 3.800 Polizisten sowie 250 THW-Kräfte im Einsatz gewesen sein. Zeitgleich fanden anlässlich der Konferenz 5 Demonstrationen statt. In diesem Zusammenhang wird um einen schriftlichen Bericht zum Verlauf des Einsatzes gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christos Katzidis MdL

Dr. Julia Höller MdL

Markus WagnerMitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Innenpolitischer Sprecher der AfD-LandtagsfraktionTel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.deAfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 DüsseldorfAn die Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL- im Hause -

Düsseldorf, 5. Dezember 2022

Beantragung von vier Tagesordnungspunkten für die 7. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die 7. Sitzung des Innenausschusses am 15. Dezember 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion die nachfolgenden Tagesordnungspunkte mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

I.**Innenminister Herbert Reul widerspricht Thomas Haldenwang – Geht Nordrhein-Westfalen nun endlich entschlossen gegen sogenannte Klimaaktivisten vor?**

„Wer Flughäfen blockiert oder Rettungskräfte behindert, dreht an einer gefährlichen Eskalationsspirale. Die Politik darf sich von diesen Leuten, die medienwirksam Straftaten begehen, nicht unter Druck setzen lassen.“¹

Mit diesen Worten hat sich der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU), ähnlich wie auch der bayerische Innenminister, vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, distanziert. Dieser hatte zuvor während einer Diskussionsveranstaltung des SWR erklärt, dass die Gruppierung „Letzte Generation“ zwar Straftaten begehe, aber nicht extremistisch sei. Weiter führte er aus, dass auch die Behauptung von Alexander Dobrindt (CSU), wonach man die Entwicklung der „Letzten Generation“ zu einer „Klima-RAF“ verhindern müsse, „Nonsens“ sei.²

¹ Vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/klima-kleber-zoff-verharmlost-der-verfassungsschutz-die-klima-kleber-82075634.bild.html>.

² Vgl. <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/bayern-nrw-herrmann-csu-reul-cdu-haldenwang-klima-extremisten/>.

Nach Haldenwangs Einschätzung sei eine beziehungsweise diese Gruppierung erst dann extremistisch, wenn sie den „Staat, die Gesellschaft, die freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage“ stelle.³ Seiner Ansicht nach „tun die Leute [das] eigentlich nicht“. Sie würden die Regierenden nur darauf hinweisen, „jetzt endlich mal was [zu] tun“. Anders könne „man gar nicht ausdrücken, wie sehr man dieses System eigentlich respektiert, wenn man die Funktionsträger zum Handeln auffordert.“⁴ Somit sei die Gruppierung „Letzte Generation“ weiterhin „kein Beobachtungsobjekt“ des Verfassungsschutzes. Um die Organisation als solches einzustufen, seien „hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung notwendig“, die es angeblich aber nicht gäbe.⁵

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass das gewalttätige „Erinnern“ – durch das bewusste Begehen von Straftaten – von Politikern daran, ganz bestimmte Themenfelder im Sinne einer spezifischen politischen Organisation (z. B. Letzte Generation, Tyre Extinguisher, etc.) mit den Prinzipien unserer freiheitlichen Demokratie im Einklang steht?
2. Hat die Landesregierung in Kooperation mit dem nordrhein-westfälischen Innenministerium geplant, Klimagruppierungen wie die „Letzte Generation“ als extremistisch einzustufen und vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen?
3. Welche Gruppierungen im Bereich „Klimaaktivisten“ weisen Kontakte und Überschneidungen personeller und organisatorischer Hinsicht mit Linksextremisten auf? (Bitte einzeln auflisten und beschreiben.)

II.

Mann verletzt Ehefrau schwer mit Messer

Am Samstagabend, den 3. Dezember 2022 griff ein 40-jähriger Mann seine 35-jährige Ehefrau in einem Haus an der Mendener Straße in Wickede mit einem Messer an und fügte ihr schwere Verletzungen zu. Das Opfer musste vom Rettungsdienst noch vor Ort versorgt werden und

³ Vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/klima-kleber-zoff-verharmlost-der-verfassungsschutz-die-klima-kleber-82075634.bild.html>.

⁴ Ebenda.

⁵ Vgl. <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/bayern-nrw-herrmann-csu-reul-cdu-haldenwang-klima-extremisten/>.

wurde anschließend in ein Krankenhaus gebracht, wo es operiert wurde. Die Hintergründe der Tat seien bisher unklar. Der Tatverdächtige soll einem Hafttrichter vorgeführt werden.⁶

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben genannten Vorfall? (Bitte Tatverdächtigen, Tathergang, Vorstrafen des Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften des Tatverdächtigen, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist, Vornamen des deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über den Tatverdächtigen nennen.)?

III.

Bergheim: Mann stirbt nach körperlicher Auseinandersetzung

Am Samstagabend, den 3. Dezember 2022, kam es an einer Bushaltestelle auf der Bergheimer Straße im Ortsteil Oberaußem in Bergheim zu einer Auseinandersetzung, bei der ein 57-Jähriger derart schwer verletzt wurde, dass er in einem Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Die Einsatzkräfte nahmen einen 27 Jahre alten Tatverdächtigen vorläufig fest. Die Staatsanwaltschaft Köln wirft ihm derzeit Körperverletzung mit Todesfolge vor.⁷

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben genannten Vorfall? (Bitte Tatverdächtigen, Tathergang, Vorstrafen des Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften des Tatverdächtigen, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist, Vornamen des deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über den Tatverdächtigen nennen.)?
2. Welche Erkenntnisse liegen hinsichtlich des Opfers vor? (Bitte Vorstrafen des Opfers, Straftatbestände, Staatsbürgerschaft des Opfers, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über das Opfer nennen.)

⁶ Vgl. <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4971/5386192>.

⁷ Vgl. <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/12415/5386253>.

IV.

Köln-Ostheim: Mann durch Schuss verletzt

In der Nacht von Freitag auf Samstag, den 3. Dezember 2022, ist ein 23 Jahre alter Kölner auf der Gernsheimer Straße in Köln-Ostheim durch einen Schuss verletzt worden. Die Hintergründe des Angriffs auf den Verletzten, der im Krankenhaus behandelt werden musste, sind bisher unklar.⁸

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben genannten Vorfall? (Bitte Tatverdächtigen, Tathergang, Vorstrafen des Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften des Tatverdächtigen, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist, Vornamen des deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über den Tatverdächtigen nennen.)?
2. Welche Erkenntnisse liegen hinsichtlich des Opfers vor? (Bitte Vorstrafen des Opfers, Straftatbestände, Staatsbürgerschaft des Opfers, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über das Opfer nennen.)
3. Konnte anhand des Projektils festgestellt werden, ob die Waffe, die bei diesem Vorfall verwendet wurde, bereits bei einem anderem Vergehen eingesetzt worden ist?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdL

⁸ Vgl. <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/12415/5386252>.

Markus WagnerMitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Innenpolitischer Sprecher der AfD-LandtagsfraktionTel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.deAfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 DüsseldorfAn die Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL- im Hause -

Düsseldorf, 2. Januar 2023

Beantragung eines Tagesordnungspunkts für die 8. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die 8. Sitzung des Innenausschusses am 19. Januar 2023 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

I.**Angriffe auf Einsatzkräfte – Bilanz der Silvesternacht**

Die Silvesternacht 2022/2023 war von unfassbaren Szenen geprägt, die sich nicht nur auf Berlin oder andere Millionenstädte in Deutschland begrenzten. Bundesweit gab es unzählige Angriffe auf Mitarbeiter der Feuerwehren und der Polizei. Es wurden Barrikaden errichtet und niedergebrannt. Außerdem wurden zahlreiche Rettungsfahrzeuge angegriffen und zerstört. In Hagen in Nordrhein-Westfalen, das bereits in der Halloween-Nacht durch gewaltsame Auseinandersetzungen auffiel, gab es schwere Ausschreitungen, bei denen meist junge Männer mit Mülltonnen und Sperrmüll brennende Barrikaden errichteten. Außerdem wurden Streifenwagen mit Flaschen und Feuerwerk beworfen. In Düsseldorf missachteten viele junge Männer mit Migrationshintergrund das Böllerverbot und randalierten. Darüber hinaus wurden in Bochum Polizisten von rund 300 Randalierern eingekesselt und mit gefährlichen Polenböllern beworfen.¹

¹ Vgl <https://www.bild.de/news/inland/news-inland/silvester-randale-in-deutschen-staedten-chaoten-wer-seid-ihr-82412472.bild.html>.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Innenausschuss einen Überblick über die ihr bekannten Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste in der Silvesternacht 2022/2023 zu geben und die Silvesternacht mit den Silvesternächten 2020/2021 und 2021/2022 zu vergleichen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den Vorfällen der Silvesternacht 2022/2023? (Bitte Tatverdächtige, Tathergang, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, seit wann die Tatverdächtigen im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind, Vornamen der deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen.)?
2. Wie viele Einsatzkräfte der Feuerwehr, Polizei und der Rettungsdienste wurden verletzt und mussten medizinisch versorgt werden?
3. Sind der Landesregierung besondere regionale Schwerpunkte bei den Ausschreitungen aufgefallen? (Bitte nach Städten und kreisfreien Städten aufschlüsseln.)
4. Gibt es aufgrund der statistischen Daten ein besonderes und/oder eine Häufung hinsichtlich des Profils der Tatverdächtigen? (Bitte nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund aufschlüsseln.)

Mit freundlichen Grüßen


Markus Wagner, MdL



Landtag Nordrhein-Westfalen - Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf

An die
Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL
- im Hause -

Düsseldorf, den 6. Januar 2023

Berichtswünsche für die Sitzung des Innenausschusses am 19. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die oben genannte Sitzung des Innenausschusses beantragen wir im Namen der Fraktionen der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Tagesordnungspunkte:

1. Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in der Silvesternacht

In der Silvesternacht kam es laut Medienberichten deutschlandweit zu Angriffen mit Feuerwerkskörpern auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten. Insbesondere in Bochum, Hagen, Essen und einem Stadtteil in Bonn soll die Lage eskaliert sein.

In Bochum sollen Polizisten von rund 300 Personen eingekesselt und mit Feuerwerk beworfen worden sein.

In Hagen sollen kurz vor Mitternacht zum Teil verummte Jugendliche Straßenbarrikaden aus Waschmaschinen, Mülltonnen und Sperrmüll errichtet und diese übergossen und angezündet haben. Als die Polizei mit einem Streifenwagen in die besagte Straße fuhr, sollen die Randalierer Feuerwerkskörper auf das Fahrzeug geworfen haben. Auch Weitere Einsatzfahrzeuge sollen Zielobjekte von Glasflaschen geworden sein. Zudem sollen immer wieder Böller und Raketen in Richtung Rettungskräfte geworfen sein; auch ein Rettungswagen sei mit Raketen beschossen worden.

Ähnliche Szenen sollen sich in Essen abgespielt haben. Dort sollen rund 200 Personen am Steeler Wasserturm immer wieder Fahrzeuge oder andere Personen mit Böllern und Raketen beworfen haben; darunter auch vor Ort befindliche Polizisten.

Die Feuerwehr soll ebenfalls angegriffen worden sein, als sie in Essen-Freisenbruch mehrere Müllcontainerbrände löschen wollte. Dabei sollen die Einsatzkräfte mit Pyrotechnik beschossen worden sein.

In dem Bonner Stadtteil Medinghoven soll die Polizei mit vorsätzlichen Brandstiftungen „hingelockt“ worden und dann mit Feuerwerkskörpern beschossen worden sein. Dazu soll im Vorfeld der Silvesternacht im Social Media Bereich sogar ausdrücklich aufgerufen worden sein.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zu den einzelnen Vorfällen, sowie ähnlich gelagerten Fällen in Nordrhein-Westfalen, die medial nicht bekannt sind und zum Stand der Ermittlungen gegen die Täter. Außerdem bitten wir um Darstellung, ob signifikante Häufungen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen waren.

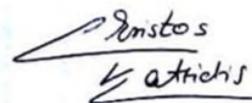
2. Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Stabstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“

Nach Bekanntwerden der Chatgruppen mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Inhalten von Polizeibeamtinnen und -beamten in Mülheim a.d.R. im September 2020 hat das Innenministerium die Stabstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ eingesetzt.

Medienberichten zufolge soll es seit dem Jahr 2017 insgesamt 275 Rechtsextremismus-Verdachtsfälle in der Polizei NRW gegeben haben. 53 dieser Verdachtsfälle sollen sich bestätigt haben, 84 sollen sich nicht bestätigt haben. In 138 Verdachtsfällen soll die Prüfung noch andauern.

Wir bitten um einen schriftlichen Bericht zum Sachstand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen, zu der Verteilung der Verdachtsfälle auf die 50 Polizeibehörden, den noch offenen Verfahren sowie zu der Entwicklung der Verdachtsfälle seit 2017.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christos Katzidis MdL



Dr. Julia Höller MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdB)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdB)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

06.01.2023

Ergänzung zur Beantragung schriftlicher Berichte für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

da sich zwischenzeitlich eine neue Nachrichtenlage im Hinblick auf TOP 5 unserer gestern gesendeten Berichtsbeantragungen (Zahl der Neueinstellungen von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern im Jahr 2022) ergeben hat, möchten wir die entsprechende Beantragung umformulieren.

- **Zahl der Neueinstellungen von Kommissaranwärtern und -anwärterinnen im Jahr 2022**

Die Landesregierung hatte angekündigt im Jahr 2022 insgesamt 3.000 Kommissaranwärter und -anwärterinnen einzustellen. Nun ist jedoch nach einer Meldung des WDR vom 05.01.2023 bekannt geworden, dass das Ziel der Einstellung von 3.000 Anwärtern und Anwärterinnen im Jahr 2022 klar verfehlt wurde. Stattdessen seien lediglich 2.670 Personen eingestellt worden.

Gegenüber der Presse teilte Innenminister Reul diesbezüglich mit, „es sei klar gewesen“, dass man die Einstellungsziele nicht erreichen konnte.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, der insbesondere folgende Fragen beantwortet:

- Was sind die Gründe dafür, dass die Landesregierung ihre Ziele zur Neueinstellung von Kommissaranwärtern und -anwärterinnen im Jahr 2022 verfehlt hat?
- Wieso hat die Landesregierung die beabsichtigte Neueinstellung von 3.000 neuen Anwärterinnen und Anwärtern verkündet, wenn es nach den Worten von Minister Reul von Anfang an klar gewesen ist, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann?
- Wie hoch war insgesamt im Jahr 2022 die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Einstellung in den Polizeidienst, auch im Vergleich zum Vorjahr?
- Wie will die Landesregierung erreichen, dass sie im laufenden Jahr 2023 nicht wieder das Ziel der Neueinstellung von 3.000 Anwärterinnen und Anwärtern verfehlt?
- Was wird die Landesregierung angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels tun, um den öffentlichen Dienst für Bewerberinnen und Bewerber zukünftig attraktiver zu machen?

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann

Markus WagnerMitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Innenpolitischer Sprecher der AfD-LandtagsfraktionTel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.deAfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 DüsseldorfAn die Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL- im Hause -


Düsseldorf, 12. Januar 2023

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 8. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die 8. Sitzung des Innenausschusses am 19. Januar 2023 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen mündlichen Bericht der Landesregierung:

I.**Ibbenbüren: Schüler ersticht Lehrerin**

Im münsterländischen Ibbenbüren hat sich am Dienstagnachmittag, den 10. Januar 2023, ein blutiges Drama an einem Berufskolleg abgespielt. Ein 17 Jahre alter Schüler griff eine 55 Jahre alte Lehrerin an und tötete sie mit mehreren Messerstichen. Nach Angaben der Medien, wurde dem Schüler nur wenige Stunden zuvor ein eintägiger Schulverweis erteilt. Offenbar ist er nach Schulschluss in das Berufskolleg zurückgekehrt und habe gezielt nach der Pädagogin gesucht. Diese traf er in einem Klassenraum im fünften Stock des Gebäudes an, die sich zu diesem Zeitpunkt alleine in dem Raum aufhielt. Nach der Tat alarmierte der Schüler selbst die Polizei und ließ sich von den eintreffenden Polizeibeamten festnehmen.¹

Nach ersten Informationen habe es offenbar Schulprobleme gegeben, die zu dieser tödlichen Attacke führten. Zwischen dem Tatverdächtigen und den Lehrern der Schule soll es immer wiederkehrende Konflikte gegeben haben, die zu dem besagten eintägigen Schulverweis führten.² Einer seiner Mitschüler bestätigte die wiederkehrenden Konflikte zwischen dem Täter und der Schule: „Er hasste die meisten Schüler und alle Lehrer“.³

¹ Vgl. <https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/ibbenbueren-nrw-schueler-soll-lehrerin-getoetet-haben-82510364.bild.html>.

² Ebenda.

³ Vgl. <https://www.derwesten.de/region/nrw-lehrerin-schule-schueler-ibbenbueren-id300373378.html>.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben genannten Vorfall? (Bitte Tatverdächtigen, Tathergang, Vorstrafen des Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften des Tatverdächtigen, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist, Vorname des deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über den Tatverdächtigen nennen.)
2. Gab es bereits vor der Tat Vorfälle bzw. Anzeichen dafür, dass der 17-jährige Tatverdächtige zu Gewalt neigt und insofern eine strafbare Handlung vollziehen könnte?
3. War bzw. ist der mutmaßliche Täter in psychologischer Behandlung? (Bitte nach den Gründen auflisten.)
4. In welcher Form ist das Berufskolleg, an dem sich der oben genannte Mord ereignete, in der Vergangenheit bereits polizeilich in Erscheinung getreten?
5. In welcher Form wird den Hinterbliebenen der getöteten Pädagogin Hilfe zuteil?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdL